



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Der IWF in der Krise“

Die Entwicklung des IWF seit den 2000er Jahren und dessen Rolle
in der internationalen Finanzkrise. Am Beispiel Griechenland.

Verfasserin

Stefanie Lamp

angestrebter akademischer Grad

Magistra (Mag.)

Wien, 2014

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 057 390

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Individuelles Diplomstudium Internationale Entwicklung

Betreuer:

Ao. Univ.-Prof. i.R. DDr. Ingrid Schütz-Müller

Sprache

Es ist mir sehr wichtig in folgender Arbeit alle Geschlechter mit einzubeziehen und anzusprechen. Mir ist klar, dass die gesprochene und geschriebene Sprache ein Abbild der Realität darstellt und diese auch beeinflusst und formt. Dennoch möchte ich hier festhalten, dass es aufgrund einer leichteren und besseren Lesbarkeit nicht möglich ist alle Geschlechter in jeder Situation schriftlich anzuführen. Wenn also im Folgenden eine geschlechtsneutrale Sprache nicht immer möglich sein sollte werde ich die männliche Form des Wortes verwenden. Trotzdem möchte ich hier klar festhalten, dass alle Geschlechter, gleichwertig angesprochen werden.

0. Inhaltsverzeichnis

0.	Inhaltsverzeichnis	3
1.	Abkürzungsverzeichnis	4
2.	Einleitung	5
3.	Hypothesen.....	7
4.	Theoretischer Teil.....	8
5.	Der Internationale Währungsfonds	13
5.1	Geschichte des Internationalen Währungsfonds	13
5.2	Strukturanpassungsprogramme	16
5.3	Kritik am IWF	19
5.4	Krise des IWF?	22
5.5	Vom Washington Consensus zum Post Washington Consensus	25
6.	Aufbau des Internationalen Währungsfonds	33
6.1	Kernaufgaben	33
6.2	Entscheidungsgremien im IWF	34
6.2.1	Gouverneursrat.....	35
6.2.2	International Monetary and Financial Committee/ Interimsausschuss:	37
6.2.3	Development Committee	37
6.2.4	Executive Board.....	37
6.2.5	Managing Direktor.....	38
6.2.6	Groups.....	38
6.3	Kreditvergabe	39
6.4	Quotenregelung	40
6.5	Reformierung der Quoten und Governance Reform	42
7.	Griechenland	46
7.1	Griechenland und die Europäische Union.....	46
7.2	Griechenlands Weg in die Krise.....	48
8.	Der Internationale Währungsfonds, die Europäische Union und Griechenland	58
8.1	Troika	59
8.2	Gründe für die Krise und eine kritische Analyse der möglichen Fehleinschätzungen	65
9.	Folgen der Finanzkrise für Griechenland und seine Bevölkerung	74
9.1	Proteste	76
10.	Conclusio.....	78
11.	Abstracts.....	84
12.	Literatur	86

1. Abkürzungsverzeichnis

BIP: Bruttoinlandsprodukt

BRIC Staaten: Brasilien, Russland, Indien, China

EFSM: European Financial Stabilisation Mechanism

ESAF: Enhanced Structural Adjustment Facility

EFSD: European Financial Stability Facility

ESM: Europäischer Stabilitätsmechanismus

EWS: Europäisches Währungssystem

EZB: Europäische Zentralbank

GIPS Länder: Griechenland, Irland, Portugal, Spanien

IFIAC: International Financial Institution Advisory Commission

IG: Intergovernmentalismus

IMFC: International Monetary and Financial Committee

IMF/IWF: International Monetary Funds oder Internationaler Währungsfonds

LIC: Low Income Countries

NGO/NRO: Non governmental Organisation oder Nicht Regierungsorganisation

PRST : Poverty Reduction Strategy Paper

SAF: Structural Adjustment Facility

SAP: Strukturanpassungsprogramme

SDR/SZR: Special Drawing Rights oder Sonderziehungsrechte

WC: Washington Consensus

UN/VN: United Nations oder Vereinten Nationen

2. Einleitung

In meiner Diplomarbeit beschäftige ich mich mit dem Internationalen Währungsfonds, und in welchem Rahmen er in, von Wirtschafts- und Finanzkrisen betroffenen Ländern, agiert. Um mit einem konkreten Beispiel arbeiten zu können, wird hier im Besonderen auf die seit 2009 andauernde Krise in Griechenland eingegangen.

Zu Beginn werde ich meine Hypothesen beschreiben, auf die im Laufe der Diplomarbeit genauer eingegangen wird. Anschließend werde ich eine kurze theoretische Basis bilden, um die Theorie eventuell mit der Praxis verbinden zu können.

Danach soll ein Überblick über den Internationalen Währungsfonds geschaffen werden, in dem sein Aufbau, seine Ziele und Entscheidungsgremien sowie die Quotenregelungen aufgezeigt werden. Es sollen auch die Entwicklungen, Veränderungen und Umstrukturierungen gezeigt werden, die in den letzten Jahren viel diskutiert und teils auch bereits eingeleitet wurden.

Außerdem werde ich ein Experteninterview mit einem Direktor des IWF an einigen Stellen der Arbeit einfließen lassen, das im Februar 2013 in Washington (D.C.) von mir gemacht wurde. Des Weiteren werde ich hier auch auf die Kritik gegenüber dem IWF, die in den letzten Jahrzehnten aufkam, eingehen und versuchen diese zu analysieren.

Ich möchte mich gleich an diesem Punkt von bestehenden Verschwörungstheorien abgrenzen, die der Ansicht sind, der IWF würde die Weltherrschaft an sich reißen wollen, oder ähnliche Annahmen. Ich möchte vielmehr versuchen aufzuzeigen, dass der IWF in der Zukunft grundlegende Reformen bräuchte, da die globale Welt sich permanent und rapide verändert.

Das nächste Kapitel beschreibt kurz in chronologischer Abfolge die wirtschaftliche, politische und soziale Situation in Griechenland seit dem EU- Beitritt. In Zuge dessen wird versucht zu erklären, wie es zur Krise in Griechenland kommen konnte und welche Mechanismen geschaffen wurden, um eine Verschlimmerung zu verhindern.

Hierbei soll auf den IWF, die Europäische Zentralbank und die Europäische Kommission (Troika) eingegangen werden. Es wird eine Analyse der Politik und Maßnahmen folgen, die durch die Europäische Union und die Troika in Griechenland umgesetzt wurden.

Besonders relevant für mich als Studierende der Internationalen Entwicklung sind die Auswirkungen auf die Bevölkerung, die durch exzessive Sparpolitik und die Kürzungen vor allem im sozialen Bereich entstanden sind.

Damit einher wird eine kritische Betrachtung der umgesetzten wirtschaftspolitischen Maßnahmen folgen, sowie mögliche Alternativen, die umgesetzt werden könnten, um das Land aus der Krise zu holen. Hierzu werde ich einige Ansichten von Wirtschaftswissenschaftlern und Politikwissenschaftlern auswählen und analysieren.

Am Ende werde ich im Rahmen einer Conclusio versuchen meine Hypothese zu verifizieren oder zu falsifizieren, um damit zu einem Abschluss zu kommen.

3. Hypothesen

Folgende Arbeit beschäftigt sich mit zweit Hypothesen verifiziert beziehungsweise falsifiziert werden sollen.

Hypothese 1:

Wenn es in den letzten Jahren zu einem Paradigmenwechsel im Internationalen Währungsfonds gekommen wäre und somit eine Abkehr vom Washington Consensus stattgefunden hätte, dann wäre eine Veränderung bei den Konditionen, die mit den Krediten einher gehen, erkennbar.

Hypothese 3:

Je mehr die Politik des Internationalen Währungsfonds vom Paradigma des Washington Consensus beeinflusst wurde, desto problematischere Konsequenzen ergaben sich für die betroffene Bevölkerung.

Hypothese 3:

Wenn innerhalb der, im Zuge der Europäischen Finanzkrise gegründeten Troika (Internationalem Währungsfonds, Europäischer Kommission und Europäischer Zentralbank), ein dominanter Akteur ermittelt werden kann, dann würde diese Rolle vermutlich die Europäische Kommission einnehmen.

Hypothese 4:

Wenn der IWF eine wichtige Rolle in der Finanzkrise in Griechenland spielt, dann tendenziell deshalb, weil durch ihn einerseits eine Teil der Verantwortung, die die Europäische Union trägt auf eine internationale Ebene abgegeben wird und andererseits, weil er dazu dient die überdominante Rolle einiger EU-Mitgliedsstaaten zu verschleiern.

4. Theoretischer Teil

Bei der Analyse des Internationalen Währungsfonds und dessen Rolle in der Finanzkrise ist es von Bedeutung, sich mit einigen theoretischen Aspekten auseinanderzusetzen. Im Bereich der Internationalen Politik gibt es zahlreiche Theorien, von denen ich in diesem Rahmen und zur Thematik passend nur auf einige eingehen kann.

Zu Beginn beschäftige ich mich mit zwei großen Theorien der internationalen Politik: dem Institutionalismus (zu dem der neoliberale Institutionalismus und der Funktionalismus zählen) und dem Realismus.

Die Denkrichtung des Realismus versucht internationale Systeme zu erklären und entstand bereits einige Zeit vor dem Aufkommen der internationalen Organisationen. Realisten sind der Ansicht, dass auch durch das Aufkommen von internationalen Zusammenschlüssen im Rahmen von Institutionen oder Organisationen sich nichts Grundlegendes ändert. Die bedeutenden Akteure im globalen System sind im Realismus die Staaten. Diese handeln immer nach ihren eigenen Interessen und streben nach Macht. Dadurch, dass es keine „globalen Regeln“ gibt, an die sich diese halten müssen, können sich die Staaten darauf konzentrieren, ihre bestehende Macht zu erhalten oder versuchen, sie zu verstärken. Das bedeutet auch, dass jeder Staat für sich alleine kämpft und sein Überleben sichern muss (vgl. Korab-Karpowicz 2013). In diesem Zusammenhang ist zu sehen, dass Realisten, wie bereits beschrieben, der Ansicht sind, dass internationale Organisationen keine großen Veränderungen im internationalen System erzielen würden. Für sie stellen diese nur ein Werkzeug für die Staaten dar, das ihnen dient, um ihre eigenen Interessen durchzusetzen. Jene Staaten, die größte Macht haben, besitzen laut dem Neorealismus institutionelle Vorteile (vgl. Rittberger/Zangl/Kruck 2013: 47).

Gerade in der Europäischen Finanzkrise wird oft Deutschland eine vorherrschende und profitierende Rolle zugeschrieben. „How Germany Won the Euro Crisis“ (Reisenbichler/Morgan 2013), oder Deutschland sei „Der 'gute Hegemon'“ (Joffe 2012), schreibt die Zeit. Organisationen würden im Realismus also nur als eine Art Maske dienen, durch die Staaten agieren. Institutionen werden nicht als autonome Akteure gesehen und verändern nicht die Rolle der Staaten (vgl. Korab-Karpowicz 2013). Wenn Institutionen ihren Zweck nicht mehr

erfüllen, keine Aufgaben mehr haben und nicht mehr gebraucht werden, so müssten sie dem Realismus nach aufgelöst werden.

Wie wir in folgender Arbeit sehen werden, wurde um die Jahrtausendwende eine Debatte zur Rolle des Internationalen Währungsfonds entfacht. Seine Legitimität und Absichten wurden in Frage gestellt, bis hin zur Frage, ob eine Institution wie diese zur heutigen Zeit überhaupt noch benötigt würde. Im Zuge der Finanzkrise ist diese Debatte dann sehr schnell wieder abgeklungen. Dennoch können die Diskussionen der letzten Jahre mithilfe des Realismus beleuchtet werden.

Als Studierende der Internationalen Entwicklung möchte ich festhalten, dass mit dem Realismus eine gute Möglichkeit geschaffen wird, die Rolle von Staaten und deren Interagieren zu analysieren. Den Akteuren im Staat, also der Bevölkerung und dem Individuum, werden in Bezug auf die Machtfragen jedoch keine Möglichkeiten zugeschrieben.

Im Zusammenhang mit der Theorie des Realismus stellen sich sofort einige Fragen.

Wenn Staaten tatsächlich nur in ihrem eigenen Interesse handeln, warum kommt es dann zur Bildung von Gemeinschaften oder Organisationen, durch die sie doch möglicherweise Souveränität abgeben müssten?

Eine mögliche Erklärung für diese Fragen bietet der Institutionalismus. In folgendem Punkt sind die Institutionalistinnen mit den Realisten einer Meinung: Staaten werden als die zentralen Akteure gesehen, die in einem relativ regelfreien Raum agieren. In Bezug auf zwischenstaatliche Zusammenarbeit, besonders im Rahmen von internationalen Organisationen, sind sie der Ansicht, dass Institutionen für Staaten hilfreich und notwendig sind, um Konflikte zu lösen und politische und ökonomische Vereinbarungen zu schaffen. Die jeweiligen Staaten bleiben jedoch die zentralen Akteure, die Institutionen nutzen, um eine bessere Kommunikation und Verhandlungsbasis zwischen den anderen Staaten zu schaffen (vgl. Rittberger/Zangl/Kruck 2013: 32f). Die Institutionalistinnen und in weiterer Entwicklung auch die Funktionalisten sind der Ansicht, dass Zusammenschlüsse, wie beispielsweise die Europäische Union, für alle Beteiligten funktionieren und von der Vereinigung profitieren würden.

Ein Mechanismus, der im Zusammenhang des Realismus analysiert werden kann, ist der Intergouvernementalismus (IG), der ein Prinzip der Zusammenarbeit verschiedener Staaten darstellt. Für ihn sind die nationalen Regierungen die zentralen Akteure, mit dem primären Ziel, staatliche Interessen durchzusetzen (vgl. Webber 2013: 4). Der wichtigste Grundsatz des IG ist, dass jeder Staat eine Stimme (*one state, one vote*) hat. Die Entscheidungsmechanismen im IWF können meiner Ansicht nach teilweise als intergouvernemental bezeichnet werden, während die Europäische Kommission und die Europäische Zentralbank supranational organisiert sind, worauf später noch genauer eingegangen wird.

Folgende Arbeit beschäftigt sich neben dem Aufbau der Internationalen Finanzinstitution, dessen Reformen und Entwicklungen, sowie mit der Zusammensetzung der Troika. Diese besteht, wie schon genannt aus Internationalem Währungsfonds, Europäischer Kommission und Europäischer Zentralbank. Sie ist ein Instrument, das im Zuge der Finanzkrise geschaffen wurde und dazu dient Rettungsmechanismen für die Staaten zu schaffen und diese zu kontrollieren. In den vergangenen Jahren wurde die Troika von vielen Seiten kritisiert und ihre Legitimation wurde in Frage gestellt.

Es wird mit Hilfe der Theorien versucht werden, auf die vorherrschenden Machtstrukturen innerhalb der Troika und ihren Mitgliedern einzugehen und zu untersuchen welche Entscheidungsmechanismen in ihr vorherrschen. Es soll hier nun, anhand der theoretischen Grundlagen die Frage gestellt werden, welche Machtverhältnisse tatsächlich innerhalb der Troika vorherrschen.

Was ist die Troika? Was macht sie? Und warum gibt es sie? Wie werden Entscheidungen innerhalb der Troika getroffen? Welche Akteure sind von Bedeutung? Sind es die einzelnen Staaten die lenken, ist es die EU als geschlossene Institution, oder nimmt gar der IWF, wie manche meinen, eine diesen beiden übergeordnete Rolle ein?

Dass der IWF in den Medien oft als Instrument mit großer Macht und großem Einfluss dargestellt wird, bleibt unbestritten. Nach Kellermann wird unter Macht Leadership verstanden. Diese kann wiederum einerseits mit Autorität, andererseits jedoch auch durch herbeiführen eines Konsens einhergehen (vgl. Kellermann 2006: 19). Doch wenn wir uns nun die Frage stellen wie viel Macht der IWF tatsächlich hat, so lässt sich das nicht so einfach beantworten.

Der Realismus sagt, dass es die Staaten sind, die hinter den Organisationen stehen und diese lenken. Nun kann die Troika nicht als Organisation, Institution oder der gleichen bezeichnet werden, weil es ein Zusammenschluss wie diesen, noch nie zuvor gab.

Ich werde hier den Begriff des „Ad hoc Exekutivorgans“ einführen, da mir dies vorläufig am passendsten erscheint. Die Troika besteht aus den bereits genannten Organen. Doch stellt sich die Frage, warum gerade diese drei Organe ausgewählt wurden. Wir müssen uns diese Entscheidungen immer vor dem Hintergrund der realistischen Denkschule vorstellen.

Warum ist der IWF Teil einer Kontrollgruppe, welche die aktuelle Finanzkrise in Europa überwachen soll? Dafür gibt es meinen Recherchen folgend verschiedene Erklärungsmöglichkeiten. Die Europäische Union wollte ganz gezielt ein außereuropäisches Organ hinzufügen, um so von Machtkonzentrationen innerhalb der EU abzulenken. Sie könnte aber auch der Ansicht gewesen sein, dass der Fonds in vielerlei Hinsicht Erfahrungen mitbringen würde, da die EU bis zum Zeitpunkt der Krise keinerlei Erfahrungen mit ähnlichen Situationen hatte. Der IWF war jedoch schon viele Jahre mit der Lösung von ähnlichen Problemen beschäftigt. Er wusste außerdem sehr gut, wie man im Zuge der Kreditprogramme Konditionen einführte, die von den betroffenen Staaten eingehalten werden mussten. Im Verlauf der Arbeit sollen einige dieser Erklärungsansätze aufgegriffen und analysiert werden.

Die Entwicklungen die in den letzten Jahrzehnten im Währungsfonds stattgefunden haben müssen jedoch, ebenso wie die Machtverhältnisse, die zwischen verschiedenen Staaten vorherrschen als etwas permanent Veränderbares angesehen werden. Deshalb möchte ich hier noch kurz auf einen theoretischen Ansatz eingehen, der diese Entwicklungen berücksichtigt. Der Sozialkonstruktivismus, auf den ich mich hier stützen möchte, besagt, dass Situationen sich aufgrund der äußerlichen Gegebenheiten ändern können. Internationale Organisationen würden besonders dann entstehen, wenn es die Zeit erfordert. Akteure, wie zum Beispiel Staaten, handeln nicht nur zu ihrem eigenen Nutzen und Vorteil, sondern auch aufgrund der sozialen und gesellschaftlichen Erwartungshaltung (vgl. Rittberger/Zangl/Kruck 2013: 42).

„Internationale Organisationen werden insbesondere dann entstehen können, wenn in den beteiligten Gesellschaften die von ihnen vertretenen Werte und Normen verankert sind.“

(ebd.: 42) Aus sozialkonstruktivistischer Sicht sind also die gemeinsamen Wertvorstellungen einer Gesellschaft von großer Bedeutung, da durch diese die institutionellen Rahmenbedingungen von zukünftigen Organisationen geschaffen werden.

Viele Staaten nehmen unterschiedliche Probleme anders wahr. Sinnvolle internationale Organisationen würden vor allem dann Erfolge erzielen können, wenn schon vor Zusammenschluss der Staaten ein breites Interesse für die spezielle Thematik vorhanden ist. Dies zeigt sich zum Beispiel im Umgang mit umweltpolitischen Fragen (vgl. ebd.).

Anhand dieser Beschreibungen kann gesehen werden, dass der Sozialkonstruktivismus das Zusammenspiel der Staaten (im Rahmen von Institutionen) nicht als etwas Statisches, sondern etwas Veränderliches sieht. So ist es also kein Zufall, dass nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und den damit einhergehenden globalen Veränderungen ein breiter Konsens für die damalige Gründung der Bretton Woods Institutionen (Internationale Währungsfonds und Weltbank) entstand. Als in den siebziger Jahren das System von Bretton Woods zusammenbrach, kam es zu einer Umstrukturierung im internationalen System. Der Internationale Währungsfonds hatte seine ursprüngliche Rolle verloren, worauf später noch genauer eingegangen werden soll.

Durch Krisen in den achtziger und neunziger Jahren, oder auch der europäischen Finanzkrise seit 2007 gewann er wieder an Bedeutung. Im Zuge dieser wurden sogar neue Institutionen wie der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) geschaffen. Dem zufolge ist es natürlich, dass Institutionen sich im Laufe der Zeit verändern, weiterentwickeln oder sogar auflösen.

Unter diesem Betrachtungspunkt möchte ich nun einen historischen Überblick über die Entstehung des Internationalen Währungsfonds geben.

5. Der Internationale Währungsfonds

5.1 Geschichte des Internationalen Währungsfonds

Bereits nach dem Ausbruch des zweiten Weltkrieges wurden in den USA und in Großbritannien, auch aufgrund der Erfahrungen durch die „große Depression“, Ideen und Konzepte zu einer neuen Ordnung der globalen Wirtschaftsbeziehungen diskutiert.

Im Zuge der Konferenz in Bretton Woods, New Hampshire, 1944, wurde eine neue Währungsordnung geschaffen, die als Bretton Woods System bezeichnet wurde. Damit sollte ein System fixer Wechselkurse geschaffen werden in dem der US-Dollars, der mit einer festen Parität an Gold gebunden war, als weltweite Leitwährung fungieren sollte. Die Währungen der Länder waren somit an den Dollar gekoppelt. In diesem Zusammenhang wurde der Internationale Währungsfonds zusammen mit seiner Schwesterorganisation, der Weltbank, gegründet (vgl. IMF homepage o.J.).

1947 begann er mit seinen damals 29 Mitgliedern mit der Aufnahme seiner Tätigkeit. Heute zählt der IWF 188 Mitglieder. Sein Hauptsitz ist in Washington (D.C.). Er zählt zu einer der Sonderorganisation der Vereinten Nationen (VN) und ist durch völkerrechtliche Verträge, die im Artikel 63 der UN-Charta verankert sind mit den VN verbunden (vgl. IWF 2011).

The IMF's primary purpose is to ensure the stability of the international monetary system—the system of exchange rates and international payments that enables countries (and their citizens) to transact with one other. (IWF 2013a)

Bei seiner Gründung waren die wichtigsten Ziele neben der Stabilisierung der Wechselkurse die Förderung der internationalen Zusammenarbeit in der Währungspolitik, die Überwachung der Geldpolitik, technische Unterstützung um Ursachen von Zahlungsschwierigkeiten zu beheben, so wie die Kreditvergabe an Länder, die sich in Zahlungsschwierigkeiten befinden. Die Kredite sind an bestimmte Auflagen gebunden, die das Land erfüllen sollte, um wieder aus der Krisensituation zu gelangen (vgl. IWF 2013b).

Kredite die vergeben wurden, waren an bestimmte Konditionen gekoppelt. Diese wurden in Krisenländern angewendet und sollten versuchen die wirtschaftliche Stabilität in den Ländern auf lange Frist wieder herzustellen. Noch lange Zeit nach dem zweiten Weltkrieg benötigten zahlreiche Länder, aufgrund hoher Verschuldungen Unterstützungen durch internationale

Finanzinstitutionen wie dem IWF. Für viele Staaten stellten die Kredite die er ausstellte eine große und unmittelbare Hilfe dar, da es das Ziel war möglichst schnell aus der prekären Wirtschaftslage zu flüchten. Die Maßnahmen die der Fonds im Gegenzug bestimmte, waren meiner Ansicht nach zu Beginn für die Meisten von geringerer Bedeutung, da es einerseits kaum eine andere Möglichkeit gab, sich Beträge in dieser Größenordnung zu leihen, andererseits glaubte man, dass es von Bedeutung war wirtschaftspolitische Umstrukturierungen durchführen zu müssen, um die Länder langfristig aus der Schuldenfalle holen zu können Schlemmer-Schulte. Auf die Rolle und Wirkung der Politiken und damit verbundenen Konditionalitäten soll jedoch später noch genauer eingegangen werden (vgl. IMF homepage o.J.).

Zusammenbruch des Bretton Woods Systems

Als zu Beginn der 1970er Jahre jedoch das Bretton Woods System und somit das Prinzip der festen Wechselkursbindung zusammenbrach wurde das ursprüngliche Ziel des Währungsfonds, nämlich die Stabilisierung der Wechselkurse, überflüssig.

Die Gründe für den Zusammenbruch können nicht eindeutig genannt werden, dennoch scheinen die Ursachen einerseits auf strukturelle Schwächen des Systems und andererseits auf die damalige Wirtschaftspolitik der USA zurückgeführt werden zu können. Ein großes Problem war ein ständiges Defizit der USA, das zum Vertrauensverlust in den US-Dollar führte. Durch den steigenden Welthandel wurden immer mehr Dollar-Reserven benötigt. Diese Reserven konnten auf lange Frist jedoch nur durch ein Leistungsbilanzdefizit der USA entstehen. Außerdem wurde das drastische Defizit Ende der 1960er Jahre durch die finanziellen Belastungen des US-Haushalts, aufgrund enorm kostspieliger militärischer Einsätze im Ausland verstärkt (vgl. Schlemmer-Schulte 2009: 393f).

Des Weiteren wurden weltweite, wirtschaftliche Veränderungen und Entwicklungen zu wenig berücksichtigt und nicht rechtzeitig genug an die festen Wechselkurse angepasst. Außerdem wurde das Bretton Woods System durch die Preisentwicklung auf dem freien Goldmarkt unter Druck gesetzt. Gold wurde zunehmend zu einem höheren Preis gehandelt, als es der offiziell festgelegte Preis des Systems zuließ.

Aus diesem Grund wandte sich die USA 1971 vom Goldstandard (der Gold-Konvertierbarkeit des Dollars) ab, was de facto zu einem Ende des Bretton Woods Systems führte (vgl. ebd.).

Die Internationale Währungsfonds verlor also durch das neu aufgekommene „Prinzip der frei schwankende Wechselkurse“ eine seiner primären Aufgaben: die Stabilisierung der Wechselkurse.

Zu diesem Zeitpunkt kam es zu einer Neuorientierung des IWF. Sein Fokus lag nun mehr auf der Vergabe von Krediten in Ländern die sich in Krisensituationen befanden (vgl. Kalinowski 2005: 29).

Das Handlungsfeld und die Handlungsbedingungen des IMF haben sich seit dessen Gründung im Jahr 1944 grundlegend verändert. Der IMF wurde als institutionelle Auskleidung des festen Wechselkurssystems von Bretton Woods konzipiert und gestaltet, und definiert seit dem Zusammenbruch des Systems seine Existenz über das Handeln im neuen Umfeld freier Wechselkurse und freien Kapitalverkehrs (Kellermann 2006: 72).

Von Bretton Woods zum Washington Consensus

Das ursprünglich vorherrschende Bretton Woods System wurde in den darauffolgenden Jahren (vor allem zwischen 1980 und 1990) immer mehr vom Washington Consensus abgelöst, worauf ich nun im Genaueren eingehen werde (vgl. Fritsche 2004: 65f.).

Das System der Vergangenheit war viel nationalstaatlicher und autarkischer organisiert. Es war viel mehr auf Industrialisierung ausgerichtet und die öffentlich kontrollierte Planung von Wirtschaft und wirtschaftlichen Investitionen war von großer Bedeutung. Der Washington Consensus hingegen baut auf einer liberalen Wirtschaftsordnung, freien Kapitalverkehr und einer zurückgedrängteren Rolle des Staates auf. (vgl. Fritsche 2004: 65f.)

Der Name „Washington Consensus“ wurde Anfang der 1990er von John Williamson geprägt. Bei einer Konferenz 1990 in Washington (D.C.), die in erster Linie die wirtschaftspolitischen Entwicklungen einiger lateinamerikanischer Länder seit der Schuldenkrise der achtziger Jahre zum Thema hatte, wurden die **Grundprinzipien des Washington Consensus** festgelegt (vgl. Williamson 1990).

- Budget- und Haushaltsdisziplin
- Reduzierung und Umstrukturierung staatlicher Aufgaben
- Reform des Steuersystems
- Freiere Gestaltung Zinssätzen
- Wettbewerbsfähige Wechselkurse
- Liberalisierungen im Handel
- Unterstützung und Öffnung für ausländische Direktinvestitionen
- Privatisierung staatlicher Unternehmen und öffentlicher Einrichtungen
- Deregulierung von Märkten und Preisen
- Sicherung von Eigentumsrechten

Graphische Darstellung: Rittberger/Zangl/Kruck 2013: 220; Inhalt: Williamson: 1990

Anhand dieser Punkte lässt sich erkennen, dass die Ökonomen des IWF während dieser Zeit der Ansicht waren, dass der Staat sich zu stark in den Marktmechanismus einmischen würde. Durch den Washington Consensus wurde also versucht die Politik des Staates zurückzudrängen und den Märkten freien Lauf zu lassen.

„Der Staat solle lediglich den institutionellen Rahmen bereitstellen und nur dann eingreifen, wenn es zu ‚Marktversagen‘ kommt.“ (Kalinowski 2005: 31)

Im Rahmen des Washington Consensus wurde der Mechanismus der Strukturanpassungsprogramme des IWF immer bedeutender, worauf ich im nächsten Kapitel genauer eingehen möchte.

5.2 Strukturanpassungsprogramme

[SAPs] are designed to change the sturcture of the economy, so as to improve the balance of trade and the efficiency of the economie over the medium term. (Cornia/Jolly/Steward 1987: 48).

Die ersten Strukturanpassungsprogramme (SAPs) wurden vom Währungsfonds in den sechziger Jahren entwickelt und angewendet. Während dieser Zeit zeichnete sich ab, dass durch die bloße Kreditvergabe des IWF an die Länder keine nachhaltigen Erfolge erzielt

werden können und das strukturelle und organisatorische Veränderungen nötig wären um langfristige Verbesserungen für die Staaten zu erzielen. Durch die weltweiten wirtschaftspolitischen Veränderungen in den siebziger und achtziger Jahren kam es dazu, dass die Zahlungen des IWF überwiegend von Ländern des Südens in Anspruch genommen wurden. Es ging nicht, wie in den Jahren davor so sehr darum kurzfristige Liquiditätsengpässe auszugleichen, sondern viel mehr darum mit Hilfe der Kredite und wirtschaftlichen Anpassungsmechanismen langfristige, strukturelle Veränderungen in den Ländern zu erzielen (vgl. Fritsche 2004: 60ff.).

Mitte der achtziger bis Ende der neunziger Jahre des 19. Jahrhunderts gewann die Kreditvergabe des IWF und die damit einhergehenden Strukturanpassungsprogramme an großer Bedeutung. Im Zuge der Finanzkrisen in Mexiko 1994, der Ost- Südostasienkrise 1997 und der Krise in Brasilien 1999 vergab der IWF zahlreiche Kredite an neu aufkommende Schwellenländer (vgl. Palma 2008: 89).

„The abrupt cutting off of the supply of external finance left many countries with current account deficits they could not finance.“ (Corni/Jolly/Steward 1987: 49)

Viele Länder sahen aus ihrer Situation keinen anderen Ausweg, als mit Hilfe des IWF Stabilisierungs- und Strukturanpassungsprogrammen einzuleiten.

Die Strukturanpassungsprogramme (SAPs) haben sich seit den sechziger Jahren ständig weiterentwickelt. Im Jahr 1986 wurden Structural Adjustment Facility (SAF) Einrichtungen gegründet, die im Jahr darauf zu Enhanced Structural Adjustment Facility (ESAF) Einrichtungen erweitert wurden. 1999 wurde die ESAF in die „Poverty Reduction and Growth Facility“ umgewandelt, um den Fokus der Programme auf die ärmsten Länder der Welt zu lenken.

Das wichtige und zentrale Element der Programme (SAF, ESAF) ist das vom IWF, der Weltbank und der jeweiligen Regierung beschlossene *Policy Framework Paper*, später *Poverty Reduction Strategy Paper*. Es legt die mittelfristigen makroökonomischen und strukturpolitischen Ziele des Programmes fest (vgl. Fritsche 2004: 62; IMF 1999).

Die Konditionalitäten, die vom Fonds bestimmt wurden verfolgten zumeist ähnliche Schemen. Es gab eine Reihe von Maßnahmen die auf viele völlig unterschiedliche Länder auf die gleiche Art und Weise, ohne persönliche Anpassung angewendet wurden. Um die Länder langfristig aus ihrer prekären, wirtschaftlichen Lage zu befreien, legte der IWF seinen Fokus

besonders auf Privatisierungen von öffentlichen Unternehmen, Liberalisierung der Märkte, Finanzsektor Reformen, Steuerreformen, Einschränkungen der öffentlichen Ausgaben, Hochzinspolitik und Instrumentalisierung der Wechselkurse (vgl. Fritzsche 2004: 63ff).

„Dabei entstand zunehmend der Eindruck, dass Zahlungsbilanzprobleme dem IWF nur noch als Vorwand dienten, um sich (wirtschafts-) politisch einzumischen.“ (Temme 2006: 3)

Der Soziologe Reiner Falk (2001:10) kritisiert den IWF und die SAPs folgendermaßen:

Die zahlreichen einzelnen IWF-Programme waren letztlich Facetten im Rahmen eines global angelegten Herrschafts- und Umstrukturierungsprojekts. In dessen Gefolge sind ganze Volkswirtschaften auf die Erfordernisse des Weltmarkts umgepolt worden; auch die Staatsapparate mußten sich diesen Anforderungen unterordnen, nachdem sie zuvor elementar geschwächt worden waren. Die Umsetzung der neoliberalen Politiken ging einher mit einem tiefgreifenden Wandel der gesellschaftlichen Strukturen: Nicht nur soziale Netze wurden, wo vorhanden, zerstört, sondern gewachsene Solidarstrukturen und das soziale Gewebe ganzer Gesellschaften schlechthin wurden umgewälzt. (ebd.)

Laut Cornis, Jolly und Francis (1987) werden bei Strukturanpassungsprogrammen konsequent stark marktorientierte, und nach außen orientierte Ziele verfolgt. Es wird versucht die Entwicklung mithilfe von „[...] increasing overall efficiency, improving incentives and production responses to marked signals, and by stimulating savings, investments and exports“ (Cornia/Jolly/Steward 1987: 51) zu beschleunigen.

Laut dem IWF würde die liberale Wirtschaftspolitik, die Schwächung des Staates und die Kürzungen im sozialen Bereich, die oft mit den Strukturanpassungsprogrammen einher gingen negative Auswirkungen (wie soziale Unruhen oder primären wirtschaftlicher Stillstand) mit sich bringen. Da aber die nationalstaatliche Anpassung an den freien Markt von liberalen Ökonomen als notwendig und unvermeidlich angesehen wird, werden die negativen Aspekte nur als kurzfristiges Problem dargestellt, dass sich mit der Zeit legen wird. Auf lange Frist gesehen würden alle Länder der Welt von der Öffnung der Märkte profitieren (vgl. Kalinowski 2005: 31).

Dennoch versuchte der IWF, wie schon oben genannten Kredit- und Anpassungsprogramme weiterzuentwickeln. Grund dafür war die immer lauter werdende Kritik am IWF und der Weltbank. Kritisiert und diskutiert wurde das vorherrschende System des Washington Consensus. Im Zuge dessen wurde einerseits die Sinnhaftigkeit der durch die SAPs

eingeführten Liberalisierungsmaßnahmen stark in Frage gestellt. Andererseits wurde aber auch die Frage nach der allgemeinen, generellen Notwendigkeit des IWF immer lauter.

5.3 Kritik am IWF

Bereits in den achtziger Jahren wurden die Strukturanpassungsprogramme des IWF scharf kritisiert. Die Ziele die mit den SAPs erreicht werden sollten, stellten nicht für jeden (Stiglitz; Küblböck/Kolm) die Lösung der in Krisen geratenen Länder dar.

Das Agieren des IWF in der Südostasienkrise, in der der IWF ein „Rettungspaket“ für die betroffenen Länder schnürte, das eine Erhöhung der Zinssätze, Verringerung der Staatsausgaben, Privatisierungen und Kapitalmarktöffnungen beinhaltete und schwerwiegende realwirtschaftliche, soziale und politische Folgen hatte, erschütterte das Vertrauen in die Expertise des Fonds. (Küblböck/Kolm 2010: 35)

Doch die Medizin des IWF versagte mindestens ebenso oft, wie sie anschlug. Die Strukturanpassungspolitik - die wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die einem Land helfen sollen, sich an Krisen und längerfristige Ungleichgewichte anzupassen - führte in vielen Ländern zu Hunger und Ausschreitungen; und selbst wenn die Folgen nicht so dramatisch waren, selbst wenn sich die Länder eine Zeit lang ein bescheidenes Wachstum abtrotzten, kamen die Früchte dieser Mühen überproportional den Begüterten in den Entwicklungsländern zugute, während es den Bedürftigen manchmal noch schlechter ging. (Stiglitz 2002: 12)

Besonders bedeutend wurde zu dieser Zeit die Frage nach der sozialen Komponente, da sich die Situation der Bevölkerung durch die Liberalisierungen und Kürzungen im sozialen Bereich zu verschlechtern drohte. Die SAPs zielten wie schon erwähnt darauf ab den Ländern möglichst schnell den Weg zum freien Markt zu eben, um erhöhte Wirtschaftsleistungen zu erzielen. Das verlange schnelle staatliche Einsparungen, die gerade den ärmeren Teilen der Bevölkerung schaden. Für diese Gruppe wurden jedoch keine Hilfeleistungen geboten, die ihnen den „Übergang zum freien Markt“ erleichtern hätten können (vgl. Führmann 2003: 16f).

In den neunziger Jahren wurden die vom IWF durchgeführten Maßnahmen immer stärker kritisiert. Wurden zuerst eher die wirtschaftlichen, politischen, und sozialen Auswirkungen der Strukturanpassungsprogramme auf die Länder kritisiert, so wurde mehr und mehr die Frage nach der Sinnhaftigkeit der Programme in den Mittelpunkt gestellt (vgl. Führmann 2003: 15).

Privatisierungen von zahlreichen staatlichen Institutionen, eine massive Sparpolitik und enorme Kürzungen im sozialen Bereich mussten von den Ländern durchgeführt werden, um beim IWF Kredite aufnehmen zu können. Einerseits werden diese stark kritisiert, weil nicht klar ist in wie weit sie das Land nicht in noch mehr Abhängigkeiten treiben. Auf der anderen Seite konnte der IWF die Kredite nicht ohne Konditionen vergeben, da er der Ansicht ist, dass die Regierungen dann möglicherweise notwendigen Sparmaßnahmen aus dem Weg gehen könnten und es dann erst recht zu einem Staatsbankrott kommen könnte (vgl. Grossmann 2011: 184f).

Laut Grossmann waren die vom IWF angeforderten Sparauflagen für die Länder oft auch praktisch nicht durchführbar. Die Regierungen könnten die durch Sparpläne verursachten Proteste die in den Staaten ausbrechen würden, nicht verantworten. Außerdem könnte eine Senkung der Staatsaufgaben oder Erhöhungen der Einkommensteuer die Wachstumsraten senken, was für die wirtschaftliche Entwicklung nur von Nachteil wäre (vgl. ebd.).

Die Entwicklung von Bretton Woods hin zu den Prinzipien des Washington Consensus und der damit einhergehenden Einführung der Strukturanpassungsprogramme (SAPs), sind Ausdruck eines Paradigmenwechsels der im IWF ab den siebziger Jahre stattfand.

Ihre Einführung bedeutete eine komplette Umkehr der ursprünglichen in den Grundsätzen des IWF festgelegten Ziele. „Die Politik des IWF hat sich von einer strukturellen Reform und Anpassung des internationalen Finanzsystems an die Bedürfnisse von Wirtschaftswachstum und Welthandel zu einer Politik der Strukturanpassung der Nationalstaaten an die Bedürfnisse des internationalen Finanzmarktes gewandelt.“ (Kalinowski 2005: 30)

Nach einigen Analysen kamen viele Kritiker zu dem Schluss, dass sich die Wirtschaftssituation durch die genannten Maßnahmen, in vielen Ländern nicht wie gehofft verbesserte, sondern eher verschlechterte. Der IWF verkündete 1999: „Some even described these remedies as part of the problem rather than the solution.“ (IWF 1999)

Viele Vertreter des IWF waren jedoch zu diesem Zeitpunkt nicht der Ansicht, dass ihre durchgesetzten Politiken und Maßnahmenprogramme das Kernproblem darstellten. Laut dem Fonds sei eine unglückliche Vermengung von Ereignissen (Vertrauensverlust der Finanzmärkte, strukturelle Probleme in den Ländern, zu hohe Staatsverschuldungen, zu starker Staat, mangelnder institutioneller Rahmen für die Entfaltung des Marktes) dafür verantwortlich (vgl. Kalinowski 2005: 31ff).

In dieser Zeit entstanden entwicklungstheoretische Diskussionen über die Legitimation und Sinnhaftigkeit des Internationalen Währungsfonds. Auf der einen Seite waren es die liberalen Ökonomen des IWF, die davon überzeugt waren, dass die angewendeten Politiken den Staaten helfen würden langfristige, wirtschaftliche Stabilität zu erlangen und international wettbewerbsfähig zu werden. Ihnen gegenüber standen zahlreiche Gruppierungen, von Keynesianern, bis zu Globalisierungskritikern, die alle die Ansicht vertraten, dass Märkte sich nicht so frei und selbständig regulieren würden, wie von den Ökonomen angenommen. Für sie stellte die unkontrollierbare und nicht einschätzbare Entwicklung der Finanzmärkte ein großes Problem dar. Die Liberalisierungspolitiken von denen der IWF so überzeugt schien, würden nicht die gewünschten Erfolge erzielen, sondern eher negative Auswirkungen auf die Staaten haben. Der Fonds sei viel mehr daran interessiert den Wohlstand der wohlhabenden Länder zu wahren, als die strukturellen Unterschiede zwischen den Ländern aufzubrechen (vgl. ebd.).

Zu den größten Kritikern des Fonds einwickelten sich Joseph Stiglitz, ehemaliger Chefökonom der Weltbank, und Paul Krugman, ein bedeutender US-amerikanischer Ökonom. Stiglitz betonte die Unsicherheit der Märkte, und die Notwendigkeit eines funktionierenden Staates. Er ist der Meinung, dass eine Abkehr vom Washington Consensus und ein Umdenken unbedingt notwendig ist (vgl. Stiglitz 2002: 127ff).

Seine Kritik richtet sich einerseits darauf, dass die Ziele des WC viel zu eng gesteckt seien. Allein durch wirtschaftliches Wachstum, sei nicht zwingend eine Verbesserung der Situation zu erzielen. Andererseits lehnt er die Forderung eines minimalen Staates strikt ab (vgl. Führmann 2003: 20-21).

Kritik am IWF übte zu dieser Zeit auch Allan Meltzer, ein amerikanischer Wirtschaftswissenschaftler, Universitätsprofessor und damaliger Vorsitzender der International Financial Institution Advisory Commission, oder auch Meltzer Commission. Die Kommission wurde gegründet um die Weiterentwicklung und Zukunft einiger Internationaler Organisationen zu beobachten und zu analysieren. Unter anderem auch den Währungsfonds (vgl. Hoover Institution Stanford University 2012).

Im Rahmen des von Allan Meltzer verfassten Reports von 2000 wurde der IWF scharf kritisiert. „The report is critical of the IMF’s activities in the 1980s and 1990s, especially of its longterm development lending to developing and transitional countries.“ (Mikesell 2001: 883)

Nach Mikesell (2001: 883-884) kritisiert Meltzer, dass die Kreditprogramme die in Ländern des Südens durchgeführt wurden, Abhängigkeiten der Staaten zum IWF und den reicheren Ländern nur verstärken würden. Den ärmeren Teilen der Welt fehle es an langfristigen strukturellen Reformen ihrer Ökonomien und dem Ausbau von Institutionen. Außerdem wird die Vergabe von Langzeitkrediten stark bemängelt, da diese die Regionen für zu lange Zeit an ökonomische und soziale Bedingungen des Fonds knüpfen würden. Außerdem geht dadurch jegliche Abgrenzung zur Politik der Weltbank verloren, worauf später noch genauer eingegangen werden soll.

Der Report kritisiert auch die vom IWF festgelegten Konditionen, die Länder erfüllen müssten um Kredite zu erhalten. Diese könnten fast nie eingehalten werden, da sie grundlegende Veränderungen und Anpassungen in praktisch allen Bereichen der Staaten verlangen würden. Die Länder würden sich, aufgrund der schwere der Auflagen sehr oft nicht an die Vorgaben halten, was dazu führen würde, dass der IWF Zahlungen einstellt, oder Drohmaßnahmen entwickelt, die Staaten unter Druck setzen würden (vgl. ebd.).

Allan Meltzer spricht sich einige Jahre später für eine klare Aufgabenstellung des „neuen, zukünftigen“ IWF aus. Er solle sich auf die Vorbeugung von Krisen und die Vergabe von notwendigen Hilfskrediten in Krisensituationen konzentrieren. Krisen, wie die der asiatische Länder in den achtziger und neunziger Jahren seien für den IWF mit seiner momentanen Ausstattung nicht lösbar oder vorbeugbar, da es ihm an passenden Ressourcen und Mechanismen fehlen würde. Zusammenfassend meint er: „The new IMF has to recognize this limit on its future role.“ (Meltzer 2011: 450)

5.4 Krise des IWF?

Das Problem vor dem der IWF Anfang 2000 stand war, dass unklar war wie seine zukünftige Rolle im internationalen System aussehen sollte. Aufgrund der Kritik die in den achtziger Jahren aufkam standen einige Stimmen (vgl. Meltzer 2000; Stiglitz 2002) dem IWF sehr kritisch gegenüber, machten ihn teilweise für die schlechte wirtschaftliche Situation in asiatischen und lateinamerikanischen Krisenländern verantwortlich und forderten eine Reform und Neu- oder Umorientierung seiner Aufgabenbereiche.

The [Meltzer] report is critical of the IMF's activities in the 1980s and 1990s, especially of its longterm development lending to developing and transitional countries. The report regards these development loan programs as increasing the indebtedness of poor nations and their dependence on the IMF, while failing to reform their economies and establish conditions for sustained economic progress. The report also regards the large IMF credits to Mexico and Brazil and to the East Asian countries of Indonesia, Korea, and Thailand during the 1990s as bailouts for foreign lenders, with the consequence of encouraging new loans that generate subsequent crises. (Mikesell 2013: 884)

Stiglitz (2002: 249) zu Folge wäre jedoch eine Abschaffung des IWF auch keine Alternative, da er der Ansicht ist, dass er in einer neuen Form zurückkehren würde. In Krisenzeiten benötigen Regierungen aktive internationale Organisationen, die Teile der Verantwortung übernehmen können. Dennoch seien grundlegende Reformen notwendig.

Zu dieser „Sinneskrise“ kam, dass der Fonds zu dieser Zeit relativ wenige Aufgabenbereiche hatte. Zu Beginn der 2000er Jahre war es einigen Ländern, durch günstige ökonomische Bedingungen, möglich, Kredite an den IWF zurückzuzahlen. Diese verfrühten Rückzahlungen traten gepaart mit einem allgemeinen Rückgang der Nachfrage an IWF Krediten auf, was einerseits einen Rückgang an der internationaler Bedeutung des Fonds und Vertrauensverlust in ihn bewirkte, andererseits aber auch zu einem massivem Einbruch des Finanzstocks des IWF führte (vgl. Küblböck/Kolm 2010: 35; Temme 2006: 3). „Im Jahr 2007 verzeichnete der IWF schließlich einen historischen Tiefststand sowohl an Auszahlungen, also auch an Einnahmen aus Schuldendienstrückzahlungen.“ (Küblböck/Kolm 2010: 35)

Viele Länder versuchten keine Kredite mehr beim IWF aufzunehmen oder diese schnellstmöglich zurückzuzahlen, da sie sich nicht zu wirtschaftspolitischen Auflagen verpflichten wollten (vgl. Temme 2006: 3). „[...] the IMF was seen as a surrogate for policies the United States espoused but did not practice at home.“ (Meltzer 2011: 445)

Für den IWF entstand durch die frühen Rückzahlungen, oder nicht- Aufnahme von Krediten das Problem, dass er mit hohen Zinsverlusten konfrontiert war, die er durch die langjährigen Rückzahlungen erhalten hätte und die eine wichtige Einnahmequelle für ihn darstellen (vgl. Temme 2006: 3). Die Legitimations- und Vertrauenskrise des IWF führte nach Temme (2006: 3-4) zu folgenden Problemen für die Institution.

Zum einen befand sie sich in der Krise, da die Länder versuchten ihre Kredite an den IWF möglichst schnell zurückzuzahlen, da sie die Konditionen nicht erfüllen wollten, beziehungsweise konnten. Das führte dazu, dass die Zinsen, die der Fonds von den Ländern

bekam sanken und ihn somit in eine finanzielle Krise stürzen konnten. Zum anderen war die Rolle des Währungsfonds als Manager in Krisensituationen auf die Probe gestellt, da die größeren Länder, die von Krisen betroffen sein könnten, seine Hilfe nicht unbedingt annehmen wollten. Dies führt zu einem weiteren Problem, nämlich der Verteilung der Quoten, auf die ich später noch genauer eingehen werde. Die innere Struktur des IWF müsste verändert und den aufstrebenden BRIC Staaten mehr Mitbestimmungsrechte eingeräumt werden (vgl. ebd.).

Joseph Stiglitz sieht die Politik des IWF der letzten Jahrzehnte wie folgt:

Die mehr als erfolglosen Interventionen des Internationalen Währungsfonds in den achtziger und neunziger Jahren werfen beunruhigende Fragen darüber auf, [...] welche Ziele er für sich definiert und wie er versucht, diese Ziele als Teil seines Auftrags zu erfüllen. (Stiglitz 2002: 226)

Nach diesen kritischen Worten müssen wir uns jedoch immer vor Augen halten, dass der IWF in den letzten Jahren einen enormen Aufwind erlebt hat.

„The IMF returns“ schrieb Allan Meltzer in einem Artikel (Meltzer 2011). Damit meint er, dass der Fonds in den ersten Jahren des neuen Jahrtausends eine deutlich geringere Rolle gespielt hatte, als er es jetzt tut. „The crisis revived the IMF“ (Meltzer 2011: 445). Beim Treffen in London 2008 wurden die Ressourcen des Fonds drastisch erhöht. In den folgenden Jahren wurden zahlreiche Kredite einerseits an die Krisenländer und andererseits an andere Staaten vergeben (vgl. ebd.).

Durch die Europäische Finanzkrise und der „Rettung“ von Griechenland, Spanien, Italien, Portugal, Irland und Zypern gewann der IWF immer mehr an Bedeutung. Auf die Rolle des IWF in der Finanzkrise, besonders in Griechenland wird später noch genauer eingegangen werden. Auch wird die Frage von großer Bedeutung sein, ob der Währungsfonds aus seinen Feheinschätzungen in den achtziger und neunziger Jahren gelernt hat.

Das folgende Kapitel beschäftigt sich mit der Frage, ob es und wenn ja zu welchen Veränderungen es in den letzten Jahren im Internationalen Währungsfonds gekommen ist.

5.5 Vom Washington Consensus zum Post Washington Consensus

Aufgrund der starken Kritik, die in den achtziger Jahren aufkam und ihren Gipfel im Zuge der Asienkrise erreichte, versuchten der IWF und die Weltbank sich vom Washington Consensus zu distanzieren.

Der durch seine konstruktiven Kritikansätze besonders bedeutend gewordene Joseph Stiglitz prägte zu diesem Zeitpunkt den Begriff des Post Washington Consensus (vgl. Sehring 2003: 26-27).

Zunächst soll festgehalten werden, dass es keine eindeutige oder richtige Definition für den Post Washington Consensus (PWC) gibt, da zahlreiche Autoren ihn unterschiedlich verwenden. Durch die von vielen Seiten aufgekommene Kritik am WC kann der PWC als ein Sammelbecken von Lösungsversuchen und neuen wirtschaftspolitischen Ansätzen gesehen werden.

Im Jahr 1999 wurden wie bereits kurz erwähnt die *Poverty Reduction Strategy Paper (PRST)* entwickelt (vgl. Fritsche 2004: 62; IMF 1999). Diese sollten das neue Hauptziel der Internationalen Organisationen unterstreichen: die Bekämpfung von Armut. Das Thema Armut wurde zu dieser Zeit einerseits deshalb so wichtig, weil erkannt wurde, dass die weltweiten Ungleichheiten von Jahr für Jahr zunahmen. Außerdem wurde versucht auf die Kritik am Washington Consensus, er würde soziale Elemente vernachlässigen, einzugehen.

Beim United Nations Millennium Summit (einem Treffen wichtiger, weltweiter Vertreter, das 2000 stattfand) einigte sich „die Welt“ auf acht Ziele, die im Zusammenhang mit der Entwicklung der benachteiligten Staaten, bis 2015 erreicht werden sollten (IMF 2013m).

Millenium Development Goals (UNDP 2013):

- Eradicate extreme poverty and hunger
- Achieve universal primary education
- Promote gender equality and empower women
- Reduce child mortality
- Improve maternal health
- Combat HIV/AIDS, malaria and other diseases

Die Vertreter des Post Washington Consensus beschäftigten sich vor allem mit zwei Kerngedanken: (vgl. Sehring 2003: 27)

- Die im vergangenen durchgeführten Wirtschaftspolitiken und makroökonomischen Maßnahmen, die neu gestaltet und bewertet werden müssten.
- Die Ziele und Definitionen von Entwicklung und wie diese in allen Ländern erzielt werden könnte (vgl. ebd.).

Joseph Stiglitz (2008) sieht die Entwicklung vom Paradigma des Washington Consensus hin zu dem des Post Washington Consensus als notwendig. Es herrschte ein breiter Konsens darüber, dass in vieler Hinsicht wirtschaftspolitische Fehleinschätzungen und Fehlentscheidungen getroffen wurden:

There was a failure in understanding economic structures within developing countries, in focusing on too narrow a set of objectives, and on too limited a set of instruments. (Stiglitz/Serra 2008)

Trotz der wirtschaftspolitischen Maßnahmen die in den Ländern getroffen wurden, konnten die Staaten nicht die gewünschten Erfolge erzielen, die zu einer Verbesserung ihrer Situation beitragen würden. Für Stiglitz (2004) sind einige Elemente zu nennen, die im Post Washington Consensus von Bedeutung sind (vgl. ebd.):

- Erfolgreiche Entwicklungsstrategien können niemals nur in Washington erreicht werden. Die betroffenen Länder müssten in diese Prozesse eingebunden werden.
- Es muss eine Abkehr von der „one size fits all“ Politik gelingen.
- Eine Strategie, die bei einem Land funktioniert, kann bei einem anderen völlig fehlschlagen.
- Wirtschaftswissenschaftler seien der Ansicht, dass zu starker Protektionismus nicht zu gewünschtem Wirtschaftswachstum führen würde. In welchem Ausmaß liberalisierende Politiken jedoch angewendet werden sollten, sind sich die Ökonomen nicht einig. Sie sind jedoch der Meinung, dass es keine Beweise dafür gibt, dass starke Liberalisierungsmaßnahmen (besonders in Ländern mit hohen Arbeitslosenzahlen) zu mehr Wachstum führen (vgl. ebd.)

Als „Lösung“ für diese Uneinigkeit geht der Konsens in folgende Richtung: „[...]countries should be given scope to experiment, to use their own judgment, to explore what might work best for them.“ (Stiglitz 2004)

Eine stabile makroökonomische Politik ist für die Vertreter des PWC nach wie vor von Bedeutung und wird als Grundlage für Entwicklungsstrategien und wirtschaftliche Stabilität gesehen. Allerdings sollte die stabile Wirtschaft nur als Grundlage, für das zu erreichende Ziel der nachhaltigen Entwicklung gesehen werden. Man müsste von dem Gedanken wegkommen, dass Entwicklung durch einseitige wirtschaftspolitische Maßnahmen (wie Senkung der Inflation, Schuldenreduktion) erzielt werden könnten. Sozialen Problemen wurde während des vorherrschenden Paradigmas des Washington Consensus kaum Beachtung geschenkt, was im Zuge des PWC verändert werden müsste. Liberalisierungsmaßnahmen sollten nur noch als Mittel für Entwicklung dienen und nicht als Selbstzweck. Ziel müsste es sein eine wettbewerbsfähige Wirtschaft zu schaffen, die nicht zwingend mit Liberalisierungen einher gehen müsste (vgl. Sehring 2003: 28-29).

Zu betonen ist, dass Stiglitz (1999: 27) nicht für eine völlige Abkehr von allen Elementen des WC eintritt. In Bezug auf die Rolle des Staates, der im WC auf sein Minimum reduziert wurde, ist er jedoch klar anderer Meinung: Die Unvollkommenheit des Marktes kann durch einen gut funktionierenden Staat ausgeglichen werden: „Trying to get government to focus on the fundamentals – economic policies, basic education, health, roads, law and order, environmental protection – is a vital step.“ (ebd.)

Warum der Staat von großer Bedeutung ist lässt sich mit der Theorie des Ökonomen John Maynard Keynes erklären. Nach Stiglitz (2002: 127ff) hatte Keynes Konzeption des Währungsfonds eine bis heute bedeutende Schlüssigkeit. Keynes war der Ansicht, dass Märkte versagen könnten und sich somit nicht selbst überlassen werden könnten. Sie benötigten also eine Form der öffentlichen oder staatlichen Kontrolle und Überwachung. Er hilt globale politische Mechanismen für notwendig um dem Versagen des Marktes entgegenzuwirken, da Importe und Exporte über die Ländergrenzen hinausgehen. Die Länder die von Rezessionen bedroht waren, sollten mit Hilfszahlungen versorgt werden, da eine erhöhte Liquidität die globale Wirtschaft ankurbeln würde.

Das Problem, dass der IWF aber heute hat ist, dass nur noch Marktideologien das Sagen haben. Ihrer Ansicht nach funktionieren die Märkte gut und wie von selbst, während hingegen Staaten eher schlecht funktionieren. Das grundlegende Zwiespalt besteht also darin, dass eine Institution die ursprünglich gegründet wurde um eventuelle Mängel an den Märkten beheben zu können, heute nicht von Ökonomen geleitet werden kann, die der Ansicht sind die Märkte würden sich von selbst regulieren (vgl. ebd.).

Eine Möglichkeit für den Fonds, um aus seiner Legitimitätskrise zu gelangen wäre es seine Ziele und Ideen neu zu formulieren, wie es 1945 gemacht wurde. Er müsste sich kritisch mit den angewendeten Politiken des letzten Jahrhunderts befassen und sich die Frage stellen, ob die Märkte sich tatsächlich so frei und positiv entfalten wie angenommen. Bislang hat der IWF keine schlüssige Theorie des Marktversagens formuliert, die seine eigene Existenz rechtfertigen und eine rationale Begründung für seine konkreten Eingriffe in den Markt liefern würde (vgl. Stiglitz 2002: 227).

Mit der Zeit kamen auch zahlreichen nicht direkt mit dem Post Washington Consensus zusammenhängende Reformvorschläge für den internationalen Währungsfonds auf. Gefordert wird beispielsweise eine klare Abgrenzung bei den Kreditvergabe Modalitäten. Der IWF vergab seit den achtziger Jahren immer häufiger auch langfristige Kredite, was ursprünglich eher der Aufgabenbereich der Weltbank war (vgl. Temme 2004: 6). Der IWF sollte ausschließlich kurzfristige Überbrückungskredite in Krisenländern vergeben, da es unbedingt notwendig wäre eine Finanzinstitution zu haben die schnelle Liquidität garantieren könne. Dadurch könnte eine Stabilität der Wechselkurse und Finanzsysteme in den ärmsten Ländern erzielt werden, was den Staaten langfristig am meisten helfen könnte (vgl. ebd.: 6f).

Nach Stiglitz (2002: 25) kam es zu dieser Zeit zu einer immer stärkeren Verflechtung der beiden Organisationen WB und IWF. Die Weltbank vergab seit Anfang der 1980er Jahre, zusätzlich zur Vergabe von projektbezogenen Krediten (z.B. Infrastrukturprojekte), sogenannte Strukturanpassungskredite. Wenn diese Kreditprogramme, in Absprache mit dem IWF, beschlossen wurden entwickelte der Fonds wirtschaftspolitische Auflagen für die Schuldner Länder. Die eigentliche Aufgabe des IWF sollte sich darauf beschränken in Krisenländern Hilfe zu leisten; da viele Entwicklungsländer jedoch permanent Hilfe brauchten, wurde der IWF durch die wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die in vielen Entwicklungsländern gesetzt wurden, zu einem bedeutendem politischen Akteur (vgl. ebd.).

Bis vor einiger Zeit wurde im IWF die Frage diskutiert, ob Armutsbekämpfung, die ursprünglich eher ein Aufgabenbereich der Weltbank war, auch im Fonds von größerer Bedeutung werden sollte. Mittlerweile ist der Kampf gegen Armut auch im IWF ein bedeutendes Ziel (vgl. Stiglitz 2002: 226f).

Axel Dreher (2009: 260), Professor für Internationale Wirtschafts- & Entwicklungspolitik hat sich die Frage gestellt:

But why should the IMF give development aid at all? Is this not the task of its sister organization, the World Bank? Given the evidence summarized in this paper, it should be clear that the IMF has no role as a development agency. (vgl. ebd.)

Bei der Gründung der beiden Institutionen war der Fonds also eher damit betraut kurzfristige Zahlungshilfen an Krisenländer zu geben und nicht generelle, finanzielle Entwicklungshilfe in ärmeren Regionen zu leisten. Die Weltbank hingegen, sollte langfristige Kredite vergeben und unterschiedliche Entwicklungsprojekte betreuen. Durch die Entwicklungen in den siebziger Jahren vergab der IWF, wie bereits besprochen, jedoch auch zunehmend Hilfsmittel für eine längere Dauer (vgl. Temme 2004: 6).

Aufgrund der beschriebenen Notwendigkeit der Abgrenzung zwischen IWF und Weltbank kommt Yilmaz Akyüz (2005) zu dem Entschluss: „There are indeed no compelling reasons why the IMF should deal with structural problems in developing countries.“ (ebd.: 6)

Der Währungsfonds sollte sich „auf seine ursprüngliche Aufgabe besinnen, Kredite bereitzustellen, um die Gesamtnachfrage in Ländern, die vor einer Rezession stehen, wiederherzustellen“ (Stiglitz 2002: 276).

Grundsätzlich bin ich der Ansicht, dass eine gemeinsame Zielführung zwischen IWF und Weltbank langfristig gesehen nicht unbedingt ein Problem darstellt, im Gegenteil könnte es sogar stärkend für die Durchführung der gemeinsamen Ziele wirken. Das Problem der Abgrenzung zwischen den beiden Organisationen wird vermutlich aus historischen Gründen kritisiert, da der IWF, wie besprochen ursprünglich nur für kurzfristige Überbrückungskredite zuständig war. Ich sehe in Bezug auf die Vergabe von längerfristigen Krediten durch den Fonds teilweise kein so großes Problem. Wichtig ist, dass er die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung hat und seine anderen Aufgaben dadurch nicht an Bedeutung verlieren. Das Problem, das durch die Vergabe von langfristigen Krediten eher entsteht ist, dass diese an wirtschaftspolitische Umstrukturierungen gekoppelt sind, die einerseits von der Position des

Fonds aus notwendig sind, auf der anderen Seite jedoch kaum demokratische Legitimation finden. Wenn die Bereiche des IWF sich in Zukunft weiter mit denen der Weltbank verflechten, und der Fonds möglicherweise Kredite vergibt, die über viele Jahre gehen sollten, so wäre es auf jeden Fall wichtig, speziell angepasste Programme für die Länder zu entwickeln und möglicherweise die Konditionen zu überarbeiten.

Als Sonderorganisation der UN, die in rechtlichen, politischen und organisatorischen Fragen unabhängig ist, wird am IWF häufig kritisiert, er würde nicht das *one state, one vote* Prinzip der UN verfolgen (vgl. Temme 2004: 5ff). Einige Mitglieder (Schwellenländer) fühlen sich im Fonds nicht genug repräsentiert, da sich ihre Beitragszahlungen in den vergangenen Jahren deutlich erhöht haben, die Quoten jedoch gleich blieben. Deshalb wäre es von großer Bedeutung, wenn die eingeleitete Quotenreform und möglicherweise eine Umstrukturierung der Entscheidungsmechanismen, so bald wie möglich zustande kommen würde. Auf dieses Thema werde ich im Folgenden noch genauer eingehen.

Temme (2004: 6ff) sieht ein weiteres grundlegendes Problem des IWF das einer Veränderung bedarf. Er ist der Ansicht, dass es ein Problem darstellt, dass der Fonds lediglich wirtschaftspolitischen Einfluss auf Länder hat, die Kredite bei ihm aufnehmen. Er hätte damit kein Mittel um eine mögliche wirtschaftliche Koordination zwischen seinen Mitgliedern zu schaffen, weil er ausschließlich in Situationen handelt in denen die Länder schon kaum mehr einen anderen Ausweg sehen. Durch diese Handhabung kommt es jedoch dazu, dass der IWF wirtschaftspolitische Ratschläge (Auflagen) immer nur den ärmeren, von Krisen befallenen Ländern erteilen kann. Gegenüber den Gläubigerländern, die oft mitverantwortlich an der Situation der Krisenländer sind, hat er jedoch keinerlei Mitspracherecht (vgl. ebd.).

Für Stiglitz (2002: 33) ist vor allem problematisch, dass Weltbank und IWF immer überwiegend von Vertretern der Industrieländer geleitet werden, von denen zu wenig Erfahrung mit den Ländern der Dritten Welt verlangt werden würde. Er ist der Meinung, dass die Nationen, welche die Institutionen am meisten benötigen würden, nicht angemessen vertreten sind.

Dazu ist es jedoch wichtig zu sagen, dass der IWF (2001) in Bezug auf die Zusammenarbeit mit Krisenländern in den letzten Jahren auf die Konzepte von *ownership* und *participation*

besonders viel Wert gelegt hat. Es besteht keine klare Definition für diese Begriffe, der IWF beschreibt *ownership* wie folgt:

Ownership remains a difficult concept to define for operational purposes. Ideally, ownership should reflect a shared vision and an active support of program objectives by the authorities and the Fund. It was agreed that ownership is present when the policy-making authorities of the a country willingly assume responsibility for their policies, based on an understanding that the program of policies is achievable and is in the country's own interest. (IWF 2001)

Es wird versucht den Ländern mehr Mitspracherecht einzuräumen und sie mehr in Entscheidungsprozesse einzubinden. Dennoch halte ich die Konzepte und Ziele der Mitbestimmung für sehr problematisch, da die Kreditprogramme des IWF mit relativ strengen Auflagen verbunden sind, um die wirtschaftspolitische Situation in den Ländern längerfristig zu stärken und eine mögliche Rückzahlung der Kredite zu erzielen. Für die Stärkung von *ownership* und *participation* stellt die Vergabe von Konditionen natürlich eine große Herausforderung dar.

Im Rahmen des Reformprozesses sollte es auch zu einer Veränderung im Schuldenmanagement des IWF kommen. Bis dato wurde er von privaten Investoren als Versicherung in Krisenzeiten wahrgenommen, was nach Temme (2004: 7) in Zukunft zurückgestellt werden sollte. Bisher war es häufig so, dass der Fonds in Krisensituationen privaten Gläubigern Geld zurückgezahlt hat, um deren Kredite zurückzuzahlen (*bailout*). So stellten Spekulationen für (ausländische) Investoren kein großes Risiko dar. In Zukunft sollten keine Vergünstigungen dieser Art für private Gläubiger stattfinden (vgl. ebd.).

Weiters wäre es von Bedeutung, die Bevölkerung der betroffenen Länder besser über die Politiken des IWF und deren mögliche Auswirkungen zu informieren. Staaten die beim IWF ansuchen tun dies zumeist unter massivem Druck und oft erst, wenn sie keinen anderen Ausweg mehr sehen. Diese Länder sollten die Konsequenzen kennen, die mit den Vorgaben und Empfehlungen des IWF einhergehen. Außerdem könnten Mechanismen geschaffen werden die der Fonds bei drastischen Verrechnungen (wenn die Wirtschaftsleistung trotz eingehaltener Vorgaben weiter sinkt, oder die Armut stärker zunimmt) zur Rechenschaft ziehen könnte (vgl. Stiglitz 2002: 276).

Im Zuge der Veränderungen die in den letzten Jahren im IWF stattgefunden haben, sollte auch die Frage gestellt werden, inwieweit der aktuelle IWF-Direktor, oder die IWF-Direktorin Veränderungen im Fonds bewirken kann. Der generelle Eindruck, der im Zuge meiner Expertenbefragung (Interview 2013) herauskristallisierte, ist, dass Christine Lagarde versucht weitaus transparenter zu arbeiten, und mehr Mitbestimmung und Beteiligung zu erzielen, als ihr Vorgänger Dominique Strauss-Kahn. Er hatte viel mehr Macht und Entscheidungsgewalt in seiner Person vereinigt als Lagarde.

Es darf nicht vergessen werden, dass Strauss-Kahn zu jener Zeit Direktor des IWF war, als die Finanzkrise ausbrach. Auf ihm lastete also vermutlich ein enormer Druck, da der IWF seit den achtziger Jahren bis zur Krise in Lateinamerika (besonders durch Argentinien) Anfang der 2000er Jahre an einem enormen Legitimitätsverlust litt. Es kann also angenommen werden, dass die Entscheidung auf welche Art und Weise (in Bezug auf die Kreditvergabe und die wirtschaftspolitischen Konditionen) der IWF in der Finanzkrise in Griechenland ab 2008/2009 agiert hat, eine sehr große Herausforderung für den Fonds und den damaligen Direktor darstellte.

Nach Stiglitz hätte der IWF mit der Führung von Strauss-Kahn von einigen alten Zielen Abstand genommen. Er distanzierte sich von “long-standing tenets on capital controls and labor-market flexibility. It appears that a new IMF has gradually, and cautiously, emerged under the leadership of Dominique Strauss-Kahn.” (Stiglitz 2011: 1)

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass in den letzten Jahren auf jeden Fall zahlreiche Ideen entwickelt wurden, die mögliche Veränderungen im Internationalen Währungsfonds bewirken könnten. Ob sich dies auch in seinem Handeln während der gegenwärtigen Finanzkrise erkennen lässt wird weiter untersucht werden.

6. Aufbau des Internationalen Währungsfonds

Im Folgenden wird der Aufbau der internationalen Finanzinstitution besprochen. Es wird genauer auf die Ziele, Entscheidungsgremien und Quotenregelungen eingegangen.

Bei der Gründung beschlossenen Ziele (vgl. IMF 2013c)

- Zusammenarbeit im Bereich der Währungspolitik
- Ausgewogenes Wachstum im Welthandel zu schaffen
- Überwachung der Stabilität der Wechselkurse (bis zum Zusammenbruch des Bretton Woods Systems)
- Mitwirkung bei der Schaffung eines multilateralen Zahlungssystems
- Bereitstellung von Fondsmittel für Mitgliedsländer in Zahlungsschwierigkeiten
- Versuch das Ausmaß an internationalen Zahlungsbilanzungleichgewichten zu verringern

6.1 Kernaufgaben

Die Articles of Agreement legen drei Hauptaufgaben des Fonds fest: (vgl. IMF 2013a)

- Eines der wichtigen Verfahren des IWF ist die **Überwachung oder *surveillance***. Der IWF versucht die wirtschaftspolitischen Lage und Strategie seiner Mitgliedsländer umfassend zu analysieren und zu beurteilen. Es werden im Rahmen dieses Instruments vorsorgliche Kredite vergeben und Erweiterungen bei der Überwachung, Aufsicht und Durchführung von Programmen und Politiken durchgeführt (vgl. ebd.).
- Ein weiterer wichtiger Arbeitsbereich des Fonds sind die **Finanzhilfen**. Diese sind Kredite oder Darlehen die an Mitgliedsländer vergeben werden können, die sich in Zahlungsbilanzschwierigkeiten befinden. Sie sollen die Staaten, neben der schnellen Finanzhilfe dazu anregen wirtschaftspolitische Anpassungs- und Reformmaßnahmen durchzuführen, um langfristig stabiler zu werden (vgl. ebd.).

- Die dritte wichtige Aufgabe des IWF ist die **technische Hilfe**. Der IWF bietet Ländern die Möglichkeit der professionellen Unterstützung in den unterschiedlichsten Bereichen. Dazu gehören unter anderem die Umsetzung einer effektiven Fiskalpolitik, Institutionsaufbau, administrative Tätigkeiten, Ausbildung von Beamten, etc. (vgl. ebd.).

6.2 Entscheidungsgremien im IWF

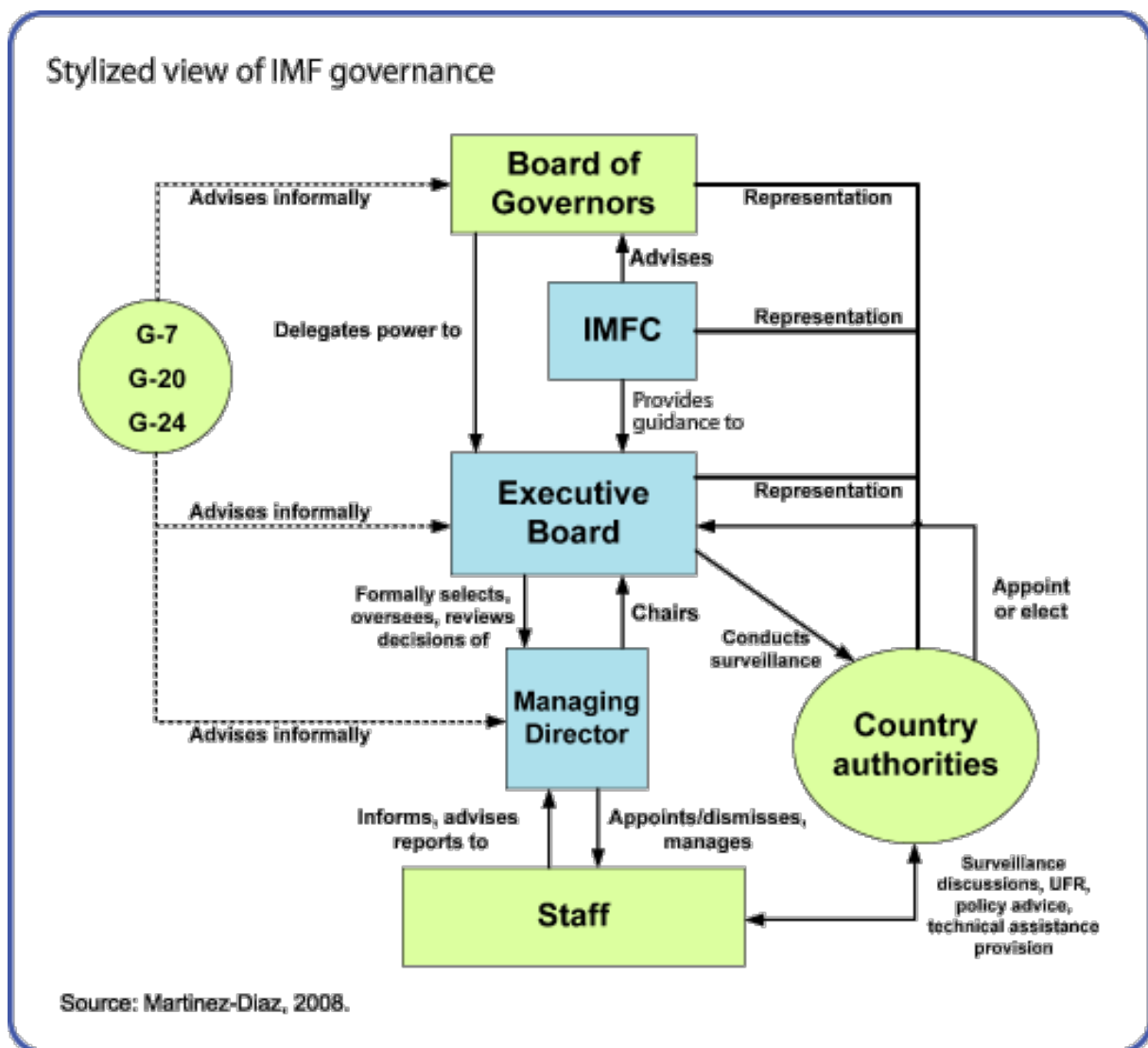


Abbildung IWF 2013e

Ziel des IWF ist es alle 188 Mitgliedsländer ausgewogen zu vertreten (vgl. IMF 2013d). Jeder dieser Staaten hat bestimmte Mitspracherechte und ist in unterschiedlichen Gremien vertreten

6.2.1 Gouverneursrat

Der Gouverneursrat ist der „highest decision-making body“ (IWF 2013e) der Institution. Er besteht aus je einem Vertreter aus allen Mitgliedsländern, sowie deren Stellvertreter. Üblicherweise werden die Finanzminister oder die Zentralbankchefs der jeweiligen Länder als Gouverneure gestellt (vgl. IWF 2013e). Bei der Jahresversammlung zwischen dem Gouverneursrat und der Weltbankgruppe werden Bedürfnisse, Ziele und Entwicklungen besprochen.

Zu den wichtigsten Aufgaben des Rates gehört, dass er Quotenveränderungen beschließen kann und über die Bereitstellung von Special Drawing Rights (SDR), für die betreffenden Länder verfügt. Er ist auch zuständig für die Eingliederung neuer Mitgliedsstaaten, oder Austritte von Ländern. Außerdem kann er Abänderungsanträge für die Articles of Agreement and By-Laws veranlassen (vgl. ebd.).

Bei Entscheidungen gilt für den Gouverneursrat das gleiche wie für den Exekutivrat. Der Entscheidungsprozess im IWF weicht zu mindestens theoretisch vom *one state, one vote* Prinzip anderer internationaler Organisationen ab und verfolgt das Prinzip der Stimmgewichtung. Dabei entsprechen die jeweiligen Stimmrechte der Länder den Quoten die das Land hat. Jedes Land hat eine 250 Basisstimmen plus jeweils eine zusätzliche Stimme für jeden Anteil seiner Quote. Wie viel ein Land also mitbestimmen kann, entscheidet sich anhand seiner Anteile, die er am IWF hat (vgl. Schlemmer-Schulte 2009: 388f; IWF 2013e). Wie diese Anteile ermittelt werden, wird im Anschluss noch genauer erklärt werden.

Die Entscheidungen des Gouverneursrat und im Executive Rat werden häufig auf Basis einer einfachen Mehrheit getroffen. Für wichtige Entscheidungen, wie die Reformierung eines der Organe des IWF ist jedoch eine qualifizierte Mehrheit (70-85%) notwendig (vgl. Schlemmer-Schulte 2009: 388f). Dem IWF zufolge werden in der Praxis jedoch die meisten Entscheidungen mit einem Konsens aller Mitgliedsländer getroffen (vgl. IWF 2013e). Durch den hohen Anteil an Quoten (ca. 17 Prozent), den die Vereinigten Staaten besitzen, können sie bei Entscheidungen die über 85% der Stimmanteile erfordern ein Vetorecht einräumen.

Stiglitz kritisiert, dass die Quotenverteilungen sich seit der Gründung des IWF nur minimal verändert haben, und die Beschlüsse nach wie vor von den Staaten (vor allem den USA) gelenkt werden, die bei der Gründung am wirtschaftlich stärksten waren (vgl. Stiglitz 2002: 27f).

Der von mir befragte Experte (Interview 2013) des IWF ist der Ansicht, dass die Quoten auf jeden Fall einer Reform bedürfen. Es sei aber dennoch nach wie vor so, dass die USA die höchsten Einzahlungen im Fonds leisten und es daher schwierig sein würde zu legitimieren, dass die Prozentanteile der Quoten der Vereinigten Staaten gesenkt werden sollten.

Aufgrund der Betrachtung der Entscheidungsmechanismen des IWF können diese teilweise zu einer Form des Intergouvernementalismus gezählt werden. Nicht jedes Land besitzt die gleichen Anteile an Stimmrechten, dennoch werden viele Entscheidungen einstimmig beschlossen. Die Staaten sind außerdem nicht eindeutig rechtlich- zwingend an die Durchführung von Beschlüssen gebunden.

Welche rechtliche Grundlage die Entscheidungen des IWF haben, und wie bindend diese für die Staaten (zum Beispiel im Fall von Konditionen, die mit Krediten einher gehen) sind, ist umstritten. Nicht klar ist, ob es sich bei Vereinbarungen zwischen dem Fonds und den Staaten um völkerrechtliche Verträge handelt. Nach Krajewski wird im IWF eher davon ausgegangen, dass die Kreditvereinbarungen zwischen den Beteiligten keine Verträge sind. Für diese Auffassung, in Bezug auf die Frage, ob es sich um völkerrechtliche Verträge handelt würde sprechen, dass Staaten, die Kredite beantragen, häufig die getätigten Vereinbarungen mit dem IWF, nicht innerstaatlich ratifizieren (vgl. Krajewski 2012: 250ff).

Eine andere Auffassung der Vereinbarungen zwischen Fonds und Ländern wäre, dass die Vereinbarungen einem vertraglichen Charakter nahe kommen, da sie oftmals umfassende Verpflichtungen für beide Seiten beinhalten würden. Krajewski zufolge würde es jedoch sowohl dem Fonds, als auch den Staaten an Rechtsbildungswillen fehlen, der daran zu erkennen sei, dass bei Dokumenten, die im Zuge von Kreditvergaben erstellt werden, bestimmte Formulierungen vermieden werden, die auf vertragliche Vereinbarungen schließen lassen (vgl. ebd.).

Wenn man die Vereinbarungen zwischen IWF und den Staaten also nicht als „richtige“ völkerrechtliche Verträge sieht, so hat dies zur Folge, dass die Nichteinhaltung der Abkommen keine völkerrechtlichen Delikte darstellen. Wenn die Regierungen der Länder also zum Beispiel beschließen, im Zuge von Krediten festgelegte wirtschaftspolitische Maßnahmen nicht einzuhalten, so kann kein rechtlicher Einspruch gegen sie erhoben werden. Der Internationale Währungsfonds kann jedoch auf diese Handlungen reagieren, indem er

beispielsweise weitere Zahlungen einfriert oder ganz einstellt. Das kann wiederum dazu führen, dass die Kreditwürdigkeit des Staates gegenüber anderen Gläubigern sinkt. Der Fonds kann also, bei nicht Einhaltung der Vereinbarungen, effektive Sanktionsmaßnahmen ergreifen (vgl. Krajewski 2012: 250ff).

Die nicht klare Regelung bezüglich der Vereinbarungen zwischen den Beiden stellt für die Staaten auch innerstaatlich ein Problem dar, da die Abkommen üblicherweise keine Ratifikation in den Staaten verlangen. Dadurch haben die Länder keine Möglichkeit sich auf die richtige Art und Weise mit den vereinbarten Maßnahmen zu befassen und diese zu diskutieren, was in manchen Fällen bedeutet, dass die Auflagen nicht unbedingt auf demokratischen Weg in den Ländern implementiert werden (vgl. ebd.).

6.2.2 International Monetary and Financial Committee/ Interimsausschuss:

Das International Monetary and Financial Committee (IMFC) soll dem Gouverneursrat in einer beratenden Funktion zur Seite stehen. Er hat jedoch keine Entscheidungsgewalt. In den Bereich des Komitees fallen die Überwachung des Internationalen Finanz- und Geldsystems und die Beobachtung der globalen Liquidität. Der IMFC besteht aus 24 Mitgliedern die aus dem Gouverneursrat stammen, die alle Staaten repräsentieren. Er trifft sich zweimal im Jahr (vgl. IWF 2013e).

6.2.3 Development Comittee

Ein weiteres ausschließlich beratendes Organ des IWF und gleichzeitig der Weltbank ist das Development Comittee. Es besteht aus 25 Mitgliedern die meistens die Finanzminister oder Zentralbankchefs der unterschiedlichen Länder sind. Das Komitee beschäftigt sich überwiegend mit der wirtschaftlichen Situation von Entwicklungsländern und den Finanzhilfen die vom IWF an diese gehen (vgl. IWF 2013e).

6.2.4 Executive Board

Da der Gouverneursrat nur einmal jährlich zusammentrifft, ist es notwendig, dass die Executive Direktors sich vor Ort mit allfälligen Themen befassen. Das Exekutivdirektorium besteht aus 24 Direktoren. Den Vorsitz hat der Managing Direktor. Fünf der 24 werden von den Ländern mit den momentan höchsten Quoten gestellt (Vereinigten Staaten, Japan,

Deutschland, Frankreich, Großbritannien). Die anderen 19 werden von den Mitgliedsstaaten gewählt. Der Executive Board trifft meistens einige Male pro Woche zusammen. Es werden alle möglichen Aufgabenbereiche des Fonds und aktuelle Entwicklungen besprochen. (vgl. ebd.) Er überwacht beispielsweise die Umsetzung der vom Gouverneursrat festgelegten Währungs- und Wirtschaftspolitik der Kreditnehmer (vgl. Driscoll 1998: 10). In Bezug auf die Abstimmungen gelten für das Executive Board die gleichen Bestimmungen wie für den Gouverneursrat.

6.2.5 Managing Direktor

Der Managing Direktor ist der geschäftsführende Direktor des IWF, der Vorsitzende des Executive Board und der Leiter der über 2600 Mitarbeiter (*staff*). Er wird vom Exekutivdirektorium und dem Gouverneursrat vorgeschlagen und gewählt und ist mindestens fünf Jahre lang im Amt. Der seit der Gründung erhaltenen Tradition zufolge ist der Direktor des IWF meistens ein Europäer, wogegen die Weltbank meistens einen Direktor aus den Vereinigten Staaten stellt (vgl. IWF 2013e; Meltzer 2011: 448). Derzeitige Direktorin ist Christine Lagarde aus Frankreich.

6.2.6 Groups

Außerhalb des Internationalen Währungsfonds existieren zahlreiche Gruppierungen und Zusammenschlüsse, die sich mit internationalen Finanzmärkten und weltweiten wirtschaftspolitischen Entwicklungen beschäftigen.

With the IMF at the center of the coordinated global response to events in international financial markets and the world's economies, understanding what these groups do and how they work is important. (IWF 2013f).

Als Beispiel kann hier die die „Group of seven“ (G7) genannt werden, ein Zusammenschluss der 1975 zwischen sieben Industrienationen (USA, Kanada, Vereinigtes Königreich, Deutschland, Italien, Frankreich und Japan) gegründet wurde. Die „Gruppe der 7“ wurde 1998 mit dem Beitritt Russlands zur „Gruppe der Acht“ (G8) erweitert. Die G8 sind eine Verbindung, die sich mit verschiedenen wirtschaftlichen und politischen Fragen und Problemen (Welthandel, Krisen, Umwelt) beschäftigt (vgl. ebd.).

Des Weiteren besteht ein Zusammenschluss der sogenannten „Gruppe 77“ (ein großer Teil der Mitglieder waren Entwicklungsländer), die 1964 im Verlauf der United Nations Conference on Trade and Development gegründet wurde und mittlerweile 132 Mitglieder zählt. Ihr Hauptziel ist die wirtschaftliche Stärkung von Entwicklungsländern im internationalen System (vgl. IWF 2013f).

6.3 Kreditvergabe

Eine der wichtigsten Aufgaben des IWF ist wie schon erwähnt die Finanzhilfe. Wenn einem Land die Zahlungsunfähigkeit gegenüber einem oder mehreren Gläubigern droht, und es somit keine Möglichkeiten hat seine Schulden zu begleichen, kann es beim IWF um Kredite ansuchen.

Der IWF hat zahlreiche unterschiedliche Kreditvergabemethoden geschaffen, die je nach der Situation des Landes angewendet werden. Er kann Kredite vergeben, die einerseits einen Puffer darstellen können, andererseits aber auch den Übergang zu wirtschaftspolitischen Veränderungen ebnen soll (vgl. IWF 2013j). Es werden Verträge geschlossen, die das Land zumindest theoretisch dazu verpflichtet ihre Fiskalpolitik anzupassen, Staatsausgaben zu verringern und bis zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage einen Sparkurs zu verfolgen. Diese Verträge haben insofern keine zwingende rechtliche Basis, dennoch kann der IWF sich, bei Nichteinhaltung der vereinbarten Reformen, dazu entscheiden die Zahlungen anzuhalten oder gar zu stoppen.

Der IWF sieht durch die Vergabe von Konditionalitäten eine Möglichkeit ein kontinuierliches Wirtschaftswachstum in Ländern zu schaffen, das langfristig zu einer stabilen Wirtschaft führt, die in absehbarer Zeit in den Weltmarkt integriert werden könnte (vgl. IMF 2013e). Ein wichtiges Ziel für den Fonds ist jedoch natürlich auch, die Kredite die er verliehen hat, in einer Form zurückzubekommen. Die Konditionalitäten sollten also auch die Rückzahlungsfähigkeit der Länder sicherstellen, und des Weiteren eine Kreditfähigkeit gegenüber der Öffentlichkeit bewirken. (vgl. Gerster 1982: 28)

Laut Dreher (2009: 233) nahmen die Konditionen seit der Gründung des IWF von Jahr zu Jahr zu. Dieser Anstieg der Konditionen wird seit einiger Zeit von zahlreichen Seiten

diskutiert. Kritisiert wird die mögliche Ineffektivität der Auflagen, da in ärmeren Ländern oft nicht Ergebnisse erzielt wurden, die vom IWF geplant waren.

Wenn ein Land beim IWF um Kredite ansucht und der Fonds sich bereit erklärt Finanzhilfe zu leisten, verläuft dies auf folgendem Weg: „In einem typischen IWF- Programm werden dazu die Mittel in so genannte Tranchen zerlegt, die bei Erfüllung der Programmkriterien abgerufen werden können.“ (Fritsche 2004: 51) Bei nicht Einhaltung der Abmachungen, besteht die Möglichkeit neu zu verhandeln und die Programme aufgrund möglicher neuer Wirtschaftsfaktoren zu verändern. Falls die Gespräche und Verhandlungen jedoch keine Ergebnisse erzielen, wird entweder nochmal von vorne begonnen (was jedoch für die kreditbedürftigen Ländern zu hohen Zeitverlusten führen kann, was die Situation noch weiter verschlechtern könnte) oder der IWF kann gegebenenfalls mit einer Kürzung, Einfrierung oder Streichung der Mittel reagieren (vgl. ebd.).

6.4 Quotenregelung

Der IWF besteht, wie schon erwähnt, aus 188 Mitgliedsstaaten. Diese haben unterschiedlich hohe Mitbestimmungsrechte in den Entscheidungsgremien. Jedes Mitgliedsland hat gewissermaßen mit dem Beitritt und der damit einhergehenden Einzahlung von Geldern einen Anteil am Kapital des IWF. Diese Anteile des Kapitals werden als Quoten bezeichnet (vgl. IWF 2013g).

Diese Quoten haben verschiedene Funktionen. Zum einen werden anhand der Quoten die Einzahlungsverpflichtungen festgelegt die jedes Land zu zahlen hat. Zum anderen können die Quoten das Ausmaß der finanziellen Unterstützung die der Mitgliedsstaat erhalten kann bestimmen. Außerdem gilt, je mehr Quoten ein Staat hat, desto mehr Mitbestimmungsrechte hat er (vgl. ebd.). In regelmäßigen Abständen (maximal fünf Jahre) erfolgt eine Quotenüberprüfung durch den Gouverneursrat (vgl. IWF 2004). Dem IWF zu Folge werden diese Quoten dann bei nicht gerechten Verhältnissen angepasst. Außerdem könne jedes Mitglied zu jeder Zeit eine Anpassung zu beantragen. De facto können diese Reformen jedoch nur sehr schwer umgesetzt werden, da sie eine „doppelte Mehrheit“ (Mehrheit der Staaten und Mehrheit der Stimmanteile) benötigen (vgl. Bergthaler/Giddings 2013: 372). Im Fall der Quotenregelung benötigen 3/5 der Mitglieder über 85 Prozent der Stimmen (vgl. IWF 2013g). Die Zahlungen der jeweiligen Mitgliedsländer ermöglichen dem IWF im Idealfall genug

Liquidität um den Mitgliedsländern in Notsituationen Kredite geben zu können (vgl. IWF 2013g; IWF 2013h).

Welche Quoten ein Land bekommt hängt in erster Linie von der wirtschaftlichen Gesamtlage der Staaten, aber auch von deren historischen Beziehungen zum IWF ab. Anhand einer speziell angefertigten Formel wird dann die Quotenverteilung ermittelt. Die Formel setzt sich überwiegend aus dem BIP, Wohlstand, den wirtschaftlichen Schwankungen und internationalen Reserven der Länder zusammen (vgl. IWF 2013h). Die Quoten werden in sogenannten „Special Drawing Rights (SDR)“ bemessen. SDR sind eine künstliche Währung, die 1969 vom IWF eingeführt wurde um mehr Liquidität schaffen zu können (vgl. IWF 2013i).

Die Quoten der einzelnen Mitglieder sind die Bausteine für die zukünftigen finanziellen und organisatorischen Beziehungen zum Fonds. Sie dienen unterschiedlichen Zwecken. Einerseits ermöglichen sie den Mitgliedsstaaten in Krisensituationen vom Fonds um Hilfeleistungen anzusuchen. Dieser kann dann auf die einbezahlten Mittel zugreifen und Finanzmittel bereitstellen. Außerdem wird anhand der einbezahlten Quoten ermittelt wie viel Geld ein Mitgliedsland im Bedarfsfall ausborgen kann. Ein weiterer wichtiger Punkt der durch die Quoten ermittelt wird ist wie schon erwähnt das jeweilige Stimmrecht der Länder (vgl. Driscoll 1998: 7).

Der IWF finanziert seine Tätigkeiten also durch die Mittel die er von den Mitgliedsstaaten erhält. Diese bestehen entweder aus nationalen Währungen oder aus Special Drawing Rights (vgl. IWF 2013h).

Aktuelle Quotenverteilung im IWF

Member	Quota share (percentage)	Voting share (percentage)
United States	17.69	16.75
Japan	6.56	6.23
Germany	6.12	5.81
France	4.51	4.29
United Kingdom	4.51	4.29
China	4.00	3.81
Italy	3.31	3.16
Saudi Arabia	2.93	2.80
Canada	2.67	2.56
Russia	2.50	2.39

Abbildung: Weiss, Martin 2013 aus IWF

6.5 Reformierung der Quoten und Governance Reform

In den vorigen Kapiteln wurden schon einige bedeutende Reformansätze für den IWF genannt. Nun möchte ich noch kurz auf die längst fällige innere Umstrukturierung des Fonds eingehen.

Dem Jahresbericht des IWF von 2011 zu folge, nimmt der Fonds gerade eine grundlegende Überarbeitung seiner Quotenregelungen und der Governancestruktur vor. In den letzten Jahrzehnten, seit der Gründung des IWF sind dessen Mitglieder von 29 auf 188 gestiegen: Trotz der Überprüfung der Quotenverteilung, die alle paar Jahre stattfindet, wurden in letzter Zeit immer mehr Stimmen laut, dass die Quotenregelung nicht mit den sich schnell verändernden weltwirtschaftlichen Veränderungen mithalten könnte und dadurch einer Reform bedürfe (vgl. Küblböck/Kolm 2010: 9).

Wie bereits beschrieben, hängt die Anzahl der Quote die ein Land bekommt von der wirtschaftlichen Gesamtlage des Landes ab. Momentan haben die USA und Europa die höchsten Anteile. Durch die aufstrebende wirtschaftliche Situation einiger Schwellenländer wurde der IWF zunehmend unter Druck gesetzt. Die Staaten verlangten eine Erhöhung ihrer Quoten, da sie für ihre hohen Beitragszahlungen zu geringe Mitbestimmungsrechte haben.

„There is no reason to doubt that some countries want more votes to recognize their increased prominence“ (Meltzer 2011: 448).

Ein erster Schritt wurde im Jahr 2006 gesetzt, in dem eine ad hoc Quotenerhöhung zu Gunsten von China, Korea, Mexiko und die Türkei eingeleitet wurde (vgl. Küblböck/Kolm 2010: 38). Im Zuge dieser Verhandlungen wurde beschlossen, dass die Quoten in den nächsten Jahren dahingehend verändert werden sollten, dass es einerseits zu einer Verdoppelung der Ressourcen des IWF kommt und auf der anderen Seite versucht werden soll die Mitbestimmung der aufkommenden Schwellenländer zu stärken und aber gleichzeitig die ärmeren Länder nicht zu benachteiligen (vgl. IWF Jahresbericht 2011: 43). Entwicklungsländer, vor allem afrikanische Länder waren bis dato stark unterrepräsentiert (vgl. Küblböck/Kolm 2010: 38).

Die Verhandlungen von 2008 haben ergeben, dass es eine Verschiebung bei den Quoten zu Gunsten der Gruppe der Schwellen- und Entwicklungsländer um rund neun Prozent geben

soll. Erreicht werden sollte eine neue Berechnungsformel für die Quoten der Mitgliedsländer. Die Reform hat zum Ziel die Basisstimmen der Low Income Countries (LICs) zu verdreifachen. Laut Küblböck/Kolm (2010: 38) kam es in der Vergangenheit immer wieder zu Erhöhungen der Quoten, was dazu geführt hat, dass sich der Anteil an Basisstimmen an gesamten Stimmrechten immer mehr verringert hat. Durch die sinkende Bedeutung der Basisstimmen, verloren vor allem LIC zunehmend an Mitbestimmungsmöglichkeiten im IWF, was dringenden Reformen bedurfte (vgl. ebd.). Die Folge der Verhandlungen bezüglich der Quotenveränderung war, dass die BRIC (Brasilien, Russland, Indien, China) Staaten insgesamt über sechs Prozent der Quoten gewannen.

Anfang 2014 soll die neuste Quotenüberprüfung des IWF abgeschlossen werden und es könnten, laut dem IWF im Zuge dessen zu weiteren Verschiebungen und Veränderungen kommen (vgl. IWF Jahresbericht 2011: 43). Durch die Quotenveränderung von 2010 werden Indien und Brasilien nun zusammen mit den Vereinigten Staaten, Japan, China, Frankreich, Deutschland, Italien, die Russland und das Vereinigte Königreich zu den anteilsmäßig größten Mitgliedern (vgl. IWF Jahresbericht 2012: 56).

Im Jahr 2006 und 2008 wurden die Reformen beschlossen, zwei Jahre später bestätigt, bis zum heutigen Zeitpunkt jedoch noch nicht in allen Ländern ratifiziert. Um die Umstrukturierung der Quoten tatsächlich zu veranlassen bedarf es der „acceptance by three-fifths of the Fund's 188 members (or 113 members) having 85 percent of the Fund's total voting power“ (IWF 2013k). Bei der Abstimmung im November 2013 gelang jedoch nur eine Mehrheit von 76,07 Prozent (vgl. ebd.).

An den Reformen wird jedoch kritisiert, dass sie nach wie vor reiche Industrieländer bevorzugen würden, da diese immer noch die höchsten Stimmenanteile besäßen. Außerdem wird die Erhöhung der Basisstimmen als zu nicht ausreichend beurteilt. Nach Küblböck/Kolm (2010: 38ff) fordern zivilrechtliche Stimmen zunehmend die Einführung des Prinzips der doppelten Mehrheit in allen Entscheidungen, da dies ein mögliches Mittel wäre die kleineren Länder, mit geringeren Quoten zu stärken und außerdem das Vetorecht der Vereinigten Staaten etwas zu schwächen.

Von den Mitgliedsstaaten wird jedoch, durch eine Einführung der doppelten Mehrheit befürchtet, dass es Entscheidungsfindungen deutlich verzögern und erschweren könnte (vgl. ebd.).

Aufgrund der angestrebten gerechteren Aufteilung der Mitbestimmungsrechte für kleinere Staaten halte ich das Konzept der doppelten Mehrheit für sehr bedeutend.

Mir ist bewusst, dass die Vereinigten Staaten ihre de facto Sperrminorität in naher Zukunft nicht aufgeben wollen oder können, daher würde ich die doppelte Mehrheitsfindung als guten Kompromiss sehen einerseits den Staaten durch ihre Quoten ihre Gewichtung zu lassen, andererseits aber auch jeder einzelne Staat an mehr Bedeutung gewinnen könnte.

Trotzdem die Quotenreform der letzten Jahre noch nicht von allen Staaten angenommen wurde, soll es im Fonds in den nächsten Jahren zu weiteren Reformen kommen. Neben der Durchführung der Verdoppelung der Quoten aller Mitglieder, soll eine hohe Steigerung der Finanzkapazität des IWF erzielt werden. Ebenso soll die Stärkung der Quotenanteile der Schwellenländer endgültig in Kraft treten. Außerdem soll es zu einer Governance Reform im IWF kommen, da sich die Governance Strukturen des Fonds seit seiner Gründung kaum verändert haben (vgl. Küblböck/Kolm 2010: 38ff).

Vielleicht könnte man diese Entwicklung als Antwort auf die bereits angeführte Kritik am IWF sehen die in den letzten Jahren von großer Bedeutung war. „Der Fonds kann nur dann effektiv sein, wenn seine Governance als legitim erachtet wird“ (IWF 2011: 5), schreibt der Fonds in seinem Jahresbericht.

Der IWF arbeitet seit 2011 an einer Reform bezüglich der Arbeitsweise des Exekutivdirektoriums. Konkret diskutiert wird über ein mögliches neues Entscheidungsgremium auf Ministerebene (vgl. ebd.: 43f). Es soll zu einer Umstrukturierung des momentan 24-köpfigen Exekutivrats kommen, indem zwei bis dato europäische Sitze, an Vertreter von Schwellen- und Entwicklungsländern abgetreten werden (vgl. Küblböck/Kolm 2010: 38ff). Das Direktorium soll sich in Zukunft nur noch aus gewählten Mitgliedern zusammensetzen. Die Vertretung im Exekutivdirektorium der fortgeschrittenen europäischen Länder soll sich um zwei Direktorensitze verringern. Um die Vertretung mehrerer Länder im Rat zu ermöglichen werden weitere Stellvertretende Exekutivdirektoren ernannt (vgl. IWF-Jahresbericht 2012: 56). Bis zum heutigen Zeitpunkt gab es jedoch keine Mehrheitsfindung für die Änderungsanträge.

Aufgrund der zunehmenden Legitimationskrise des IWF wurde ein weiterer Punkt zu mindest formell in die Reformagenda des IWF aufgenommen: „die Modernisierung des Fondsmandates“. Das Eingreifen des IWF in Krisensituationen soll noch besser überprüft und

analysiert werden. Das Mandat des Fonds beruft sich überwiegend auf die Bereiche: Finanzierung, Überwachung und Stabilisierung des Internationalen Währungssystems (vgl. ebd.).

Auch wenn die Ratifizierung einiger Reformen nur sehr langsam voran geht, kann gesagt werden, dass der IWF in den letzten Jahren einige Schritte getan hat um eine Quoten- und Gouvernancereform einzuleiten.

The IMF approved two ad hoc quota increases (2006 and 2008), completed one periodic quota review with a doubling of quotas (2010) and approved two amendments to its Articles related to quota and governance (2008 and 2010) setting out major changes tot he governance structure.“ (Bergthaler/Giddings 2013: 373)

7. Griechenland

Im nächsten Kapitel werde ich einen kurzen historischen Überblick zu Griechenland seit dem EU Beitritt geben. Dem soll eine chronologische Analyse dem Weg Griechenlands in die Finanzkrise folgen. Mir ist bewusst, dass ich im Zusammenhang mit der Finanzkrise auch mit der Immobilienkrise in US-Amerika beginnen könnte, dennoch würde das den Rahmen der Arbeit sprengen. Somit werde ich, nach einer kurzen Einführung mit 2009, dem Jahr in dem Finanzkrise in Griechenland offiziell ausbrach, beginnen. Im Anschluss soll die Politik der im Zuge der Krise gegründeten Troika (Internationaler Währungsfonds, Europäische Zentralbank und Europäische Kommission) analysiert und besprochen werden. Abschließend soll noch einmal der Bogen zu den Reformvorschlägen des Fonds gezogen werden. Es wird versucht zu analysieren in wie weit innerstrukturelle Veränderungen seit den neunziger Jahren stattgefunden haben und in welchem Ausmaß das passierte.

In den letzten Jahren gab es kaum ein Problem das die Europäische Politik und Öffentlichkeit so sehr beschäftigt hat wie die Krise der Eurozone. Die Europäische Union musste sich im Zuge dieser Krise mehr denn je der Unterschiede und Ungleichheiten zwischen den verschiedenen Mitgliedsstaaten bewusst werden und auf eine Politik des Zusammenhalts setzen. Seit 2008 versuchten die Staaten der Eurozone Maßnahmen zu entwickeln um gegen die Krise anzukämpfen und mögliche Lösungsmechanismen zu erschaffen. Trotz dieser Mechanismen kann nicht bestimmt gesagt werden, dass sich alle Länder von der Krise erholt haben. Länder wie Griechenland, Spanien, Portugal, Irland und Zypern haben nach wie vor massive ökonomische und soziale Probleme zu lösen. Betrachtet man die wirtschaftliche Entwicklung Griechenlands der letzten 30 Jahre, so kann man feststellen, dass die Krise, die aus dem nichts zu kommen schien, so unvorhersehbar gar nicht war.

7.1 Griechenland und die Europäische Union

Nach vielen Jahren der Verhandlungen trat Griechenland 1981 der Europäischen Gemeinschaft bei. Die Sozialistische Partei (PASOK), die aus der Panhellenischen Widerstandsbewegung gegen die Militärdiktatur heraus entstand, hatte zu dem Zeitpunkt erstmals die Parlamentswahlen gewonnen (vgl. Roth 2011: 156).

Durch die Ablösung der eher konservativ regierenden Karamanlis- Regierung entstand in dem Land eine starke Aufbruchsstimmung. Es begann eine Zeit des kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Aufschwungs. Zum Zeitpunkt des EU-Beitritts blieb Griechenland, ebenso wie die Beitrittsländer Portugal und Spanien, außerhalb des Europäischen Währungssystems (EWS). (Der EWS wurde 1979 von einigen europäischen Staaten eingeführt und diente der Beschränkung von Wechselkursschwankungen für einige wichtige EU-Währungen) (vgl. Roth 2011: 156-157). Während der nächsten Jahre erzielte das Land einen wirtschaftlichen Aufschwung. Dies gelang durch Wettbewerbsverzerrungen, die aufgrund der ungleichen ökonomischen Lage der Mitgliedspartner entstanden konnten und durch periodische Abwertungsoperationen ausgeglichen werden. Außerdem versuchte die damalige Regierung die wirtschaftspolitischen Anpassungsmaßnahmen die die Europäische Gemeinschaft mit sich brachte in Grenzen zu halten (vgl. ebd.).

Zwischen 1979-1992 wurde der Drachme stark abgewertet. Die Exporte von der Halbinsel nach Europa wurden somit fast halb so billig, die Exporte von der Europäischen Kernzone hin nach Griechenland jedoch wiederum verdoppelt. Die Wirtschafts- und Währungsmäßig guten Bedingungen mit denen das Land und einige andere peripherere EU Staaten die letzten Jahre wirtschafteten, änderten sich jedoch 1992 mit dem Vertrag von Maastricht. Dieser sollte die vertragliche Voraussetzung für den Übergang der Europäischen Gemeinschaft zur Europäischen Union schaffen. Mit diesem Vertrag entstand das Regelwerk der sogenannten Konvergenzkriterien, die jedes damalige und zukünftige EU Land einhalten musste und die zur Überprüfung der wirtschaftlichen Situation der Staaten dienen sollte. Diese Kriterien legten fest, dass es bestimmte Referenzdaten für Inflation, Wechselkurse, Zinssätze und den Staatshaushalt gab. Außerdem setzten sie eine Begrenzung der jährlichen Neuverschuldung auf drei Prozent des Bruttonationalprodukts fest. Diese Bestimmungen brachten die PASOK in Bedrängnis, da die Erfüllung der Maastricht Kriterien eine Abkehr von der bisherigen sozialistischen Vollbeschäftigungspolitik und zur „Deregulierung des öffentlichen Sektors“ (Roth 2011: 157) führen könnten. In den darauf folgenden Jahren kam es jedoch, durch sehr starke Gewerkschaften, nicht zu einer ernsten Abkehr des bisherigen Systems (vgl. Roth 2011: 156-158).

7.2 Griechenlands Weg in die Krise

Es spricht vieles dafür, dass die Schieflage des griechischen Staatshaushalts ein Reflex auf die schwache Wirtschaftskraft des Landes ist, die nicht zur Deckung des gelebten Wohlstands ausreicht. (Schrader/Laaser: 1)

Am 9. Dezember 2009 kündigte der damalige, erst kürzlich amtierende Ministerpräsident Griechenlands Giorgos Andrea Papandreou die massiven finanziellen Probleme, in denen das Land stecke an und damit die Tatsache, dass Griechenland kein sicherer Schuldner mehr war. Die vorherige Regierung hatte einen Scherbenhaufen hinterlassen, der sich in einem rapiden Anstieg der Defizite und Schulden äußerte. Diese Entwicklungen seien die Früchte der unverantwortlichen und schlechten Politik der letzten 20 Jahre (vgl. Yataganas, Xénophon A. 2010: 59). Die Gesamtschulden beliefen sich damals auf etwa 300 Milliarden Euro. Das Defizit betrug 2009 über 12 Prozent, was weit gegen die von Maastricht vorgeschriebenen Regeln (von 3 Prozent) verstieß (vgl. Illing, Falk 2013a: 79f).

Die Reaktion einiger Rating Agenturen (Fitch, Standard & Poor's, Moody's) war eine sofortige Herabstufung Griechenlands, außerdem stiegen die Risikoprämien für griechische Staatsanleihen rapide an (vgl. Stubbe, Ralph 2012: 4). Aufgrund der enormen Verschuldung und dem daraus entstehenden hohen Kreditbedarfs stiegen also die Zinsen für griechische Staatsanleihen stark an (vgl. ebd.).

Durch die Krise, die sich in Griechenland entwickelte kam es des weiteren außerdem dazu, dass die Staatshaushalte weiterer Staaten der Europäischen Union (Portugal, Italien, Irland, Spanien-zusammen mit Griechenland auch PIIGS genannt) auf den Finanzmärkten in Bedrängnis kamen, da diese in einer ähnlichen, wenn auch nicht so drastischen Lage waren wie Griechenland (vgl. Breitinger 2010).

Dass die griechische Situation nicht von heute auf morgen entstanden sein konnte schien sicher, doch bei der Frage, warum es zu diesem Zeitpunkt zu einer Eskalation kam die scheinbar erst so spät „bemerkt“ wurde, teilten sich die Meinungen. Außerdem schien die Überraschung für manche weniger groß als für andere, wie hier aufgezeigt werden soll.

Einem Artikel von Carsten Hefeker aus dem Jahr 2006 zu Folge habe sich Griechenland „einst mit gefälschten zahlen in die EWU hineingeschummelt und eine „Korrektur des Bruttonationalprodukts vorgenommen [...]. Ganze 25% ist das BIP demnach seit Jahren

höher als bislang angegeben. Das hat den angenehmen Nebeneffekt, dass damit das Defizit, gemessen am BIP sinkt und damit die strengen Auflagen aus Brüssel gegenstandslos sind“ (Hefeker, Carsten 2006: 621).

Laut Klaus Schrader und Claus-Friedrich Laaser (2010: 541) habe das „ganze Land [...] nach dem Eintritt in die Europäische Währungsunion systematisch über seine Verhältnisse gelebt.“

Nach Roth war es „[...] allen Akteuren bewusst, dass Griechenland die im Maastricht-Vertrag festgelegten Kriterien nicht erfüllte“ (Roth 2011: 158).

Auch der Wirtschaftswissenschaftler Karl Brenke (2012: 17) ist der Ansicht, dass Griechenland seit langem über seine Ressourcen hinaus gelebt hat, in dem Sinne, dass das Land mehr Güter verbraucht als produziert hat. Die Ausgaben des Staates (laut Brenke der Verbrauch der Güter) überschritt in der letzten Dekade das Bruttoinlandsprodukt (also die Wirtschaftsleistung) des Landes. Brenke ist ebenso davon überzeugt, dass die Situation in Griechenland nicht überraschend kam, aber dass viele Geldgeber womöglich über die Situation hinweg gesehen haben, da diese „die Mitgliedschaft in der Eurozone auch als einen Garanten für die Zahlungsfähigkeit ihrer Schuldner ansahen“ (ebd.).

Falk Illing (2013b: 31f) ist der Ansicht, dass es in den letzten Jahrzehnten in Griechenland zu einer Ansammlung von Problemen gekommen ist. Zum einen sei die griechische Ökonomie eine der unterentwickeltesten in der Europäischen Union. Ein großes Problem sei, dass das Land fast keine Exporte hat, und nicht die Fähigkeit hat sich ohne massive Importe zu erhalten. Neben den wirtschaftlichen Schwächen des Landes kommt noch ein relativ schwach ausgeprägter Staat hinzu. Ein weiteres Problem stellen die ineffektiven Verwaltungsstrukturen Griechenlands dar, die längst einer Überarbeitung und Reformierung bedürfen würden. Nach Illing würden zahlreiche Gesetze die im Parlament beschlossen wurden nie umgesetzt (vgl. ebd.).

Aufgrund der schwachen Ökonomie Griechenlands, der fehlenden Durchsetzungskraft des Staates und einem relativ geringen Steueraufkommen (welches durch Steuerhinterziehungen noch weiter gesenkt wird) „führte die steigende Staatsverschuldung zu einer sukzessiven Bindung der Haushaltsmittel Athens für Tilgung und Zinslast“ (Illing: 2013b: 31f). Trotz

einiger Versuche der Regierung (zum Beispiel wurden Privatisierungen veranlasst, die jedoch nicht die gewünschten Einnahmen brachten) benötigte das Land Ende 2009 mehr Geld.

Obwohl einige Wissenschaftler und auch der Bericht der Europäischen Kommission in Bezug auf die Jahre ab 2004 die Lage Griechenlands bereits prophezeiten beziehungsweise einschätzen konnten, schien die Europäische Union sich des Ernstes der Lage noch nicht so bewusst gewesen zu sein (vgl. Europäische Kommission 2010).

Aufgrund der dennoch aufkommenden Zweifel veranlasste die europäische Kommission eine Überprüfung der von Griechenland angegebenen Wirtschaftsdaten. Man kam zu dem Entschluss, dass die mangelnde Methodik der griechischen Behörden keine Garantie für den Wahrheitsgehalt der von den Griechischen Stellen übermittelten Daten darstellen konnte. Es konnte keine „Unabhängigkeit, Integrität und Rechenschaftspflicht der nationalen statistischen Stellen“ (Europäische Kommission 2010: 5) sichergestellt werden. Nach genauerer Überprüfung der Zahlen der letzten Jahre, oder sogar Jahrzehnte übermittelte wurden, musste die Europäische Kommission feststellen, dass die Daten schon seit geraumer Zeit nicht korrekt waren (vgl. ebd.).

Ein großes Problem, das zu dieser Zeit auf den Staat zukam war, dass die Risikoaufschläge für griechische Staatsanleihen stark anstiegen. Dies passierte, weil die Investoren durch ihre Verluste durch die Finanzkrise unsicher und skeptisch wurden (vgl. Illing 2013b: 33). Trotz der misslichen Lage in der sich Griechenland befand, war zu Beginn ein Großteil der Länder der Europäischen Union davon überzeugt, dass das Land aus der Problemsituation relativ alleine herauskommen könnte (vgl. ebd.).

Im Laufe des Februars 2010 wurde jedoch schnell klar, dass Griechenland es nicht alleine aus der Krise schaffen würde. Dies war der Grund für den ersten EU- Krisengipfel, an dem die EU- Staaten Griechenland ihre Unterstützung zusicherten. Während dieses Treffens wurden dem Ministerpräsident massive Sparmaßnahmen für das Land nahegelegt, da nur so der Staatsbankrott abzuwenden sei. Papandreou erklärte sich dazu bereit das Staatsdefizit um 4 Prozent zu senken und in Zusammenarbeit mit den anderen EU Staaten ein Sparpaket zu entwickeln, was sofort zu heftigen Protesten in der Bevölkerung führte (vgl. Illing 2013a: 81).

Laut Falk Illing hatte die Zustimmung der EU zum derzeitigen Zeitpunkt die Funktion den Finanzmärkten das Gefühl zu geben, dass es sicher wäre weitere Staatsanleihen zu kaufen und so die „Refinanzierung des Landes an den Finanzmärkten aufrechtzuerhalten“ (Illing 2013a: 81). Außerdem versuchte man durch die „Rettungs-Ankündigung“ den von den Märkten gewünschten Risikoaufschlag auf Staatsanleihen zu senken, da Griechenland sonst noch weitere Kosten tragen müsste (vgl. ebd.).

Nach langen Diskussionen und unterschiedlichen Meinungen bezüglich der Art der Unterstützung wurde im März 2010 ein formloses Hilfspaket beschlossen. Bis zu diesem Zeitpunkt war die EU noch nie mit einer derartigen Situation konfrontiert gewesen, was einerseits zu großer Ratlosigkeit, andererseits jedoch auch zu zahlreichen Spekulationen über das Konzept der EU führte. Noch nie wurde die EU auf eine so harte Probe gestellt wie zur Zeit der Finanzkrise. Mehr denn je war der Zusammenhalt zwischen den verschiedenen Staaten notwendig, dennoch kamen auch Stimmen auf, die für einen Ausschluss schwächerer, in Krisen geratener Länder plädierten (vgl. Illing 2013a: 83)..

Ende März jedoch kam es zu einer Einigung auf dem EU Gipfel, dass hochverschuldete Staaten bilaterale Hilfe von Eurostaaten und möglicherweise auch finanzielle Unterstützung durch den IWF zugesprochen werden konnte, wenn das der letzte Ausweg vor der Staatsinsolvenz wäre. Die Hilfe musste bilateral erfolgen, da eine gemeinschaftliche Unterstützung durch die EU bis dato noch nicht vorgesehen war (vgl. Illing 2013a: 83).

Nachdem die tatsächliche Situation des Landes aufgedeckt und eine, wenn auch formlose, Hilfe durch die Europäische Union bestätigt wurde, schürte die Öffentlichkeit und die Medien die Befürchtung, dass Griechenland einen Staatsbankrott zu befürchten hätte. Wenn ein Land neue Schulden auf sich nimmt, sind diese immer an höhere Zinsen gebunden, was zu einer immer weiter steigenden Neuverschuldung führen kann, da die neuen Schulden wieder nicht beglichen werden können. Anfang März legt Griechenland also ein Sparpaket in Abstimmung mit den anderen Eurostaaten fest, und im April bittet das Land erstmals mittels eines Briefes an die EU um finanzielle Hilfe bei der EU. Papandreou hatte zuvor monatelange versucht den „Gang nach Canossa“ zu vermeiden, sah sich jetzt aber nicht in der Lage die Krise ohne finanzielle Unterstützung zu überwinden (vgl. ebd.: 84).

Ende April erfolgte eine erneute Herabstufung des Staates durch die bereits erwähnten Ratingagenturen. Aufgrund der politischen Unterstützung, die Länder Griechenland zugesprochen hatten, wurde am 2. Mai 2010 ein offizielles Hilfspaket im Rahmen der EU

beschlossen. Erstmals war auch der vorher ausgeschlossene Internationale Währungsfonds an den Verhandlungen beteiligt. Das Paket umfasste 110 Milliarden Euro (die sich jedoch in den nächsten Monaten noch erhöhen sollten), welches an verschiedene politische und wirtschaftliche Maßnahmen gebunden war, die von der Europäischen Union, der Europäischen Zentralbank und dem Internationalen Währungsfonds beschlossen wurden (vgl. Stubbe 2012: 4; Illing 2013a: 80ff).

Die Staaten der EU waren sich einig, dass die Lage in Griechenland zu prekär war um nicht einen ersten Schritt für ein internationales Regelwerk zu schaffen, dass die Krise eindämmen und überwinden würde. So schloss sich die Europäische Union mit der Europäischen Zentralbank und dem Internationalen Währungsfonds zur sogenannten Troika zusammen. Das Sparpaket, oder auch „erstes Hilfspaket“ das von der griechischen Regierung vereinbart wurde, beinhaltete vor allem Kürzungen bei den Gehältern und Pensionen, sowie Steuererhöhungen. Das führte bei der Bevölkerung zu Protesten und Demonstrationen gegen die von der EU gesetzten Maßnahmen (vgl. Illing 2013a: 85-86).

Die Kreditzahlungen erfolgten in Tranchen und waren an strenge Auflagen und Überprüfungsmechanismen gebunden. Die Überprüfung dieser Bestimmungen wurde von der Troika überwacht und abgesegnet (vgl. ebd.: 86). Es wurde immer wieder betont, dass es ohne die Kredite und die Zuständigkeiten der Troika dazu kommen würde, dass Griechenland Zahlungsunfähig werden würde. Das wollte die EU unbedingt verhindern, da sie befürchteten, dass dadurch die Finanzstabilität der Währungsunion gefährdet wäre (vgl. ebd.). Die Regierung unter Papandreou sah sich gezwungen die massiven wirtschafts- und sozialpolitischen Sparmaßnahmen im Land durchzuführen, weil sie einen sonstigen Ausschluss aus der Eurozone befürchtete.

In den nächsten Monaten verbesserte sich die wirtschaftliche Lage Griechenlands nicht, im Gegenteil drohte aufgrund des Deflationskurses eine Depression (vgl. Roth 2011: 169). Dies veranlasste die Europäische Union zur Planung eines Rettungsschirmes. Viele EU Staaten waren sich einig, dass die bisherige Hilfe langfristig nicht reichen würde um den vor dem Bankrott stehenden Staat zu retten. Dennoch kam es bei den Verhandlungen zu Unstimmigkeiten, da Deutschland den beschlossenen Maßnahmen erst nicht zustimmen wollte. Erst auf Drohung der EZB hin, die keinen anderen Ausweg sah als griechische Staatsanleihen zu kaufen, stimmte Deutschland den Verhandlungen zu. Nach dem Vertrag von Maastricht ist die EZB nicht berechtigt Staatsanleihen zu kaufen, da sie sonst ihre

Unabhängigkeit verlieren würde. Außerdem würde sie somit ein Instrument zur Staatsfinanzierung werden was nicht der Zuständigkeitsbereich der Bank sein sollte (vgl. Illing 2013a: 86-88). Nach Breuel (2011: 58) erhöht dies das Risiko einer steigenden Inflation.

Aufgrund dieser Beeinflussung durch die EZB wurde im Mai ein Rettungspaket mit über 700 Milliarden Euro beschlossen, das aus Geldern der EU und des IWF finanziert wurde (vgl. Illing 2013a: 89). Der vorläufige Stabilitätsmechanismus setzte sich aus zwei neu gegründeten Institutionen zusammen: einerseits aus der europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF), und andererseits aus dem europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSM). Der EFSF (und später Europäischer Stabilitätsmechanismus- ESM) war verantwortlich für den Hauptanteil der Finanzierung und stellte Finanzmittel zur Verfügung die auf den Märkten aufgenommen wurden. Der EFSM (der einerseits auf einer Verordnung, andererseits auf dem späteren ESM beruht) ermöglicht den Mitgliedsstaaten, bei großen finanziellen Schwierigkeiten Hilfe zu erhalten. Die beiden Mechanismen erhielten außerdem eine Erweiterung, die der EZB erlaubten europäische Staatsanleihen auf dem Sekundärmarkt zu kaufen (vgl. ebd.). Der Sekundärmarkt ist jener Markt an dem Handel mit bereits gekauften Wertpapieren stattfindet.

Eigentlich sollte es laut Maastricht nicht die Aufgabe der EZB sein Staatsanleihen zu kaufen, durch den Umweg über den Sekundärmarkt wurde dies jedoch möglich (vgl. Illing 2013a: 99ff).

Einige Monate später im Juli 2011 wurde auf dem EU Gipfel dann eine finanzielle Erweiterung und Kompetenzvergrößerung des ESFS beschlossen (vgl. Illing 2013a: 94). Auf dem EU Sondergipfel wurde von den Finanzministern der EU Mitgliedsstaaten ein umfassendes „zweites Hilfspaket“ zur Rettung des Euro geplant. Finanzinstitute sollten in Zukunft Staatsanleihen mit niedrigeren Zinsen und längerer Laufzeit kaufen, für die Europa vereint garantieren würde. Durch die Kredite des Stabilisierungsmechanismus sollten ebenfalls die enorm hohen Zinsen die Griechenland bis jetzt zahlen musste gesenkt werden. Parallel zu diesen Bestimmungen wurde die Hellenische Republik permanent unter Druck gesetzt, sie müsse ihre Sparanstrengungen erhöhen. Die Troika sah die bereits eingeführten Kürzungen als nicht effektiv genug an (vgl. ebd.).

Für die griechische Bevölkerung bedeutete das noch stärkere Sparmaßnahmen im Lohn- und Sozialen Bereich und weitere Kürzungen im öffentlichen Sektor. Dazu zählte unter anderem

ein akuter Einstellungsstopp, Senkung der Löhne und Pensionen. Es wurde eine nationale Treuhandbehörde aufgebaut, deren Ziel es war umfassende Privatisierungen von öffentlichen Einrichtungen (Immobilien, Kommunikationsunternehmen, Versorgungsbetriebe) durchzuführen (vgl. Roth 2011: 170).

In den folgenden Monaten wurde immer öfter über einen Schuldenschnitt Griechenlands debattiert. Es wurde immer mehr bewusst, dass Griechenland vermutlich seine Schuldenlast trotz der bestehenden Hilfeleistungen nicht überwinden können wird. „Der Schuldenstand von 160 Prozent des Bruttoinlandsprodukts würde zu diesem Zeitpunkt auf 180 Prozent steigen.“ (Illing 2013a: 100) Außerdem war es dem Staat unmöglich die von der Troika vorgegebenen Sparziele zu erreichen. In Bezug auf die Schulden die das Land hatte, und auf den Versuch den Staat vor einer Insolvenz zu bewahren kamen nur einige Möglichkeiten in Frage. Entweder einen Teil der Schulden zu erlassen (*haircut*), Eine Streckung der Laufzeit, oder eine Verminderung der vereinbarten Zinsen (vgl. Brasche 2013: 207). Nach langen Diskussionen und Verhandlungen einigten sich die europäischen Staatsscheffe im Oktober auf eine Verminderung der Schulden auf 120% des BIP bis zum Jahr 2020 beziehungsweise 2022. Des Weiteren erließen zahlreiche private Gläubiger Griechenlands die Schulden. Bedingung für das zweite Hilfspaket war, dass die Auflagen, welche die Troika mit dem Staat vereinbart hat eingehalten werden (vgl. Illing 2013a: 102).

Im November 2011 plante der Ministerpräsident Papandreou eine Volksabstimmung und eine Vertrauensabstimmung im Parlament. Die Bürger sollten die Möglichkeit haben über die von der EU vorgegebenen Sparmaßnahmen abzustimmen. Das führte zu Unverständnis und Unzufriedenheit bei einigen EU-Mitgliedsstaaten. (vgl. Wittrock 2011). Diese reagierten indem sie die erste Hilfstranche für das Sparpaket vorübergehend aussetzten. Durch diese Drohmaßnahme, die vor allem von Kanzlerin Merkel und Präsident Sarkozy ausging, zog Papandreou seinen Vorschlag zurück (vgl. Illing 2013a: 102-103, 148). Wenn Griechenland sich nicht an die vorgegebenen Maßnahmen halten würde, würde dies mit ziemlicher Sicherheit zu einem Staatsbankrott, oder sogar zum EU Ausschluss führen. „Mr Papandreou's risky gamble has backfired“ schreibt der Economist (2011).

Falk Illing (2013a: 102-103) sieht das Handeln Papandreous als politisch, taktischen Schachzug. Durch die Ankündigung der Volksabstimmung würde der griechische Staatsschef nur scheinbar gegen die Sparpakete der EU auftreten. Mit der Befragung wollte er der

Bevölkerung das Gefühl geben, sie könnten selbst entscheiden wie es mit ihrem Land weitergehen würde. Da durch das Referendum aber enorm viel Zeit verloren gegangen wäre – die Griechenland nicht hatte, hätte ihm die Reaktion der Euro Länder von vorne herein klar sein müssen. Somit wurde er also „gezwungen“ die Sparmaßnahmen durchzusetzen, um das Land zu „retten“ (vgl. ebd.: 103-104).

Einige Tage danach trat der Ministerpräsident von seinem Amt zurück. Im Zuge seines Rücktritts wurde eine Minderheitsregierung geschaffen, welche die Sparpläne der Troika durchsetzte. Die Gründe für seinen Rücktritt sind umstritten und viel diskutiert. Das neue Kabinett wurde unter dem Vorsitz des ehemaligen Vizepräsidenten der Europäischen Zentralbank, Lucas Papademos, gegründet. Während der Zeit der Übergangsregierung mussten alle im Parlament vertretenen Parteien zusammenarbeiten (vgl. ebd.).

Die wirtschaftliche Situation in Griechenland verbesserte sich jedoch bis zu Beginn des neuen Jahres nicht. Vom Standpunkt der Troika gesehen würde das Land zu wenige der beschlossenen Auflagen konsequent durchsetzen um tatsächliche Erfolge zu erzielen. Die Verhandlungen mit den Gläubigern standen still und das bereits im Vorjahr angekündigte Hilfspaket war nach wie vor nicht ausbezahlt. Neben den „unzureichenden Reformen“ in der hellenistischen Republik, scheiterten die Verhandlungen an der Einigung über den „Zins der Papiere, welche die Investoren bei einer Umschuldung im Austausch für die griechischen Staatsanleihen erhalten würden“ (Illing 2013a: 119).

Nach monatelangen Verhandlungen wurde im März 2012 das zweite Hilfspaket unwiderruflich beschlossen. Außerdem sollte es zu einem weiteren Schuldenerlass durch private Gläubiger kommen. Ein weiteres wichtiges Mittel, das im März 2012 beschlossen wurde und mit 1. Jänner 2013 in Kraft trat war der Europäische Fiskalpakt. Er stellt keine neuartigen fiskalpolitischen Regeln auf, sondern unterstützt und vertieft die bereits vorhandenen EU Regeln. Er besagt, dass die Mitgliedsstaaten in Krisensituationen verpflichtet sind Schuldenbremsen innerhalb eines Jahres zu implementieren (vgl. BMF 2012: 31).

Für Griechenland und die anderen Staaten, die auf Hilfeleistungen angewiesen sind, bedeutet das, dass sie die Konditionen, die sie auferlegt bekommen erfüllen müssen. Passiert dies nicht, so kann es im Rahmen der EU zu Sanktionen kommen. Die einzelnen Staaten müssen demnach etwas von ihren Souveränitätsrechten an die EU abgeben und unter dem Druck der

Troika mehr Disziplin leisten (vgl. Illing 2013a: 129).

Im September 2012 trat der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) in Kraft. Dieser sollte den ESFS ablösen. Bei dem Zusammentreffen im Sommer 2012 wurde innerhalb kurzer Zeit der „Rettungsschirm für die gesamte Eurozone“ verhandelt und beschlossen. Die Vereinbarungen, die mit dem ESM einhergingen, lassen sich auf drei Punkte zusammenfassen. Erstens richtet die EU einen Fonds für Zahlungsbilanzhilfen für Euroländer ein. Das bedeutet, dass für Länder innerhalb der Eurozone eine EU-Einrichtung zur Sicherung ihrer Zahlungsbilanz (wie oben bereits genannt – auch Finanzstabilisierungsmechanismus) geschaffen wird. Zweitens erklärt sich die EZB bereit, Anleihen aus EU-Staaten anzukaufen. Drittens soll ein System von Kredithilfen für den ganzen Europaraum geschaffen werden (vgl. Wehr 2011: 114f). Laut Wehr (ebd.) sei mit dem Finanzstabilisierungsmechanismus ein Instrument geschaffen worden, mit dem die EU künftig bei Sanierungsprogrammen erstmals auf einem Level mit dem Internationalen Währungsfonds handeln könne.

Der endgültig vom Gouverneursrat des ESM – in dem die Finanzminister der Länder vertreten sind – festgelegte Betrag für den ESM hatte ein Volumen von 700 Milliarden Euro. Deutschland bezahlt den verhältnismäßig größten Anteil, was dem Land ein Vetorecht bei Entscheidungen einräumt (vgl. Illing 2013: 134).

Im Mai 2012 kam es zu Neuwahlen in Griechenland. Die beiden Parteien PASOK und Nea Dimokratia verloren stark an Stimmen. In der Parteienlandschaft des Landes machten sich einige Stimmen breit, die eine Neuverhandlung der beschlossenen Sparpakete und Maßnahmen anstrebten und durchsetzen wollten (vgl. Illing 2013a: 137f). Zum etwa gleichen Zeitpunkt kam es auch zu einem Umschwung in der europäischen Politiklandschaft. Frankreichs Präsident Sarkozy wurde vom sozialistischen Kandidaten Francois Hollande abgelöst. Einige Mitgliedsstaaten (Frankreich, Italien und Spanien) waren entschlossen, den harten Sparkurs (der zu diesem Zeitpunkt vor allem von Deutschland verlangt wurde), der den Krisenländern auferlegt wurde, etwas zu lockern (vgl. Illing 2013a: 129). Zu Tatsächlichem „Lockerungen“ ist es jedoch in den folgenden Monaten nicht gekommen.

Da es in diesen Wochen zu keiner Regierungsbildung kommen konnte, wurden im Juni Neuwahlen veranlasst. Dieses Mal gewann die Nea Dimokratia die Mehrheit. Im Zuge dessen blieb Griechenland bei den bisher verhandelten Sparpaketen. Aufgrund des lang andauernden

Wahlkampfes und der nicht konsequenten Einhaltung der vorgegeben Reformen drohte Griechenland in den Sommermonaten abermals eine Insolvenz. Dies bedeutete, dass das Land einen weiteren Schuldenschnitt benötigen würde. Wie in der Vergangenheit wurde aufgrund dieser Ereignisse über einen möglichen Austritt Griechenlands aus der Eurozone diskutiert (vgl. Illing 2013a: 137f).

Die griechische Wirtschaft war nach wie vor sehr schwach, was auch auf die Reformen zurückgeführt werden kann. Durch sie stagnierte der Staatshaushalt, wodurch die Staatsdefizite nicht sinken konnten. Aufgrund dieser Fakten kam man zu dem Schluss, dass Griechenland ein drittes Hilfspaket benötigen würde (vgl. ebd.). Welchen Rahmen dieses haben soll und welche Konditionen damit verbunden sein werden, wird zum jetzigen Zeitpunkt verhandelt. Wie bald es jedoch zu einer Einigung zwischen Troika und Regierungen kommen wird ist noch unklar.

8. Der Internationale Währungsfonds, die Europäische Union und Griechenland

Zuerst müssen wir uns die Frage stellen in welchem Rahmen der Internationale Währungsfonds in Griechenland agiert oder agieren kann. Wie schon besprochen, ist die Arbeitsweise des Fonds so, dass er aufgrund der Mitgliedszahlungen von Ländern, Kredite an eben diese geben kann.

Nun ist Griechenland eines der am Stärksten von der Finanzkrise betroffenen Länder in der Europäischen Union. Dadurch, dass der Staat so stark von der Krise betroffen war, befürchtete die Europäische Union, dass sich diese auf andere (besonders die südeuropäischen) Länder der Währungsunion ausbreiten könnte. Aus diesem Grund herrschte ein relativ breiter Konsens vor, dass Griechenland Unterstützung erhalten sollte.

Im Zuge dieses Rettungsversuchs der Hellenischen Republik wurde 2010 der überwachende Zusammenschluss von Internationalen Währungsfonds, der Europäischen Kommission und der Europäischen Zentralbank gegründet, der unter dem Namen „Troika“ bekannt wurde (vgl. Illing 2013a: 86). Ziel der Europäischen Union ist es, durch die wirtschaftlichen Anpassungsstrategien und drastische Sparmaßnahmen einen massiven Defizitabbau und längerfristiges wirtschaftliches Wachstum in Griechenland zu erzielen. Eine genaue Auflistung des Programmes findet sich im Bericht „The Economic Adjustment Programme for Greece. Fourth Review. European Economy“ (Europäische Kommission 2011). Es sollte versucht werden mit Hilfe von hohen Kürzungen der Staatsausgaben und langfristigen strukturellen Maßnahmen (wie Steuerer Reformen) das Haushaltsdefizit zu verringern und dadurch zu erhöhten Staatseinnahmen zu gelangen. Das Land sollte, in einer bis dahin nie da gewesener Geschwindigkeit sein Defizit in einem Umfang von 15,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes zwischen 2010-2013 abbauen. Ein Rückgang in diesem Ausmaß war jedoch von vorne herein sehr unrealistisch, und konnte auch nicht erzielt werden, da die schwachen wirtschaftlichen Bedingungen und die geringe Produktivität nicht von einer Sekunde auf die andere verschwinden würden. Hinzu kam ein enorm großer Anteil an Schattenwirtschaft, Steuerhinterziehungen und ungenügender technischer und innovativer Fortschritt in den Industrien (vgl. Lanara 2012: 3f). Vor dem Hintergrund der strukturellen Veränderungen die in Griechenland eingeleitet werden sollen, wurden die Politiken und Ziele der europäischen Union und der Troika in den letzten Jahren oft verändert und aktualisiert.

8.1 Troika

Wichtig zu erwähnen ist, dass die Troika in Griechenland und in den anderen Krisenländern erst seit relativ kurzer Zeit agiert und es daher noch nicht besonders viel Literatur zu dem Thema gibt. Umso interessanter ist es jedoch sich in diesem Zusammenhang einige Fragen dazu zu stellen.

Zuerst muss festgelegt werden, dass die Troika kein Legislativorgan ist. Zahlreiche Medien schaffen jedoch häufig diesen Eindruck. Wenn sie überhaupt eingeteilt werden soll, so ist die Troika ein exekutives Organ, wobei ich hier wieder, vorsichtiger weise den Begriff des „Ad hoc Exekutivorgans“ nennen möchte. *Ad hoc* soll die Tatsache beschreiben, dass die Troika sehr plötzlich und ohne große Legitimation durch die Länder, die jetzt von ihr Überwacht werden, gegründet wurde.

Die Idee, die sich hinter ihr verbirgt ist, dass jede dieser Institutionen Vertreter in das Komitee der Troika entsendet, die dort als unabhängige Berater fungieren. De facto ist es jedoch natürlich so, dass jeder Vertreter seine eigenen Interessen verfolgt. Das könnte daran aufgezeigt werden, dass die Personen die als Mitarbeiter in die Troika entsandt werden, keine neu geschaffenen Posten haben, sondern schon seit einiger Zeit in ihrer Institution arbeiten.

Für den IWF wurde zum Beispiel der dänische Wirtschaftswissenschaftler Poul M. Thomsen, der Deputy Director of the IMF's European Department im Fonds gewählt. Laut dem IWF hat er in seiner Funktion langjährige Erfahrung mit ökonomischen und sozialen Problemen in verschiedenen Ländern, was ihn zum passenden Vertreter zu machen scheint (vgl. IMFdirect 2013).

[...] [The troika] is aimed at ensuring maximum coherence and efficiency in staff-level program discussions with governments on the policies that are needed to put their economies back on the path of sustainable economic growth and job creation. (IMF 2013)

Laut dem von mir befragten Experten (Interview 2013), trifft die Troika in regelmäßigen Abständen, etwa alle drei Monate in den Krisenländern, im Fall Griechenlands in Athen zusammen und überprüft die wirtschaftliche Situation des Landes. Aufgrund dieser Informationen werden Berichte erstellt, die dann entscheiden wie viel Geld das Land benötigt,

ob die festgelegten Auflagen eingehalten wurden und ob und wann die nächsten Zahlungen erfolgen werden. Je nach Erfolg der Verhandlungen, sowohl mit den Regierungen, als auch innerhalb der Troika, würden dann entweder Entscheidungen getroffen, ein Aufschub, oder in manchen Fällen ein Abbruch und Neubeginn erreicht werden. Die Troika-Überwachungsberichte und daraus resultierenden Maßnahmen für die Staaten sind für die Länder zwar nicht bindend, eine große Wahl haben die Regierungen der betroffenen Staaten jedoch nicht. Dennoch soll festgehalten werden, dass sie nicht gezwungen werden können, die im Zuge der Kredite verlangten Sparmaßnahmen durchzuführen. Ein Grund dafür, warum die Verhandlungen um die nächste Hilfstranche immer sehr lange dauert, ist, dass die Regierungen versuchen die Liberalisierungs- und Sparauflagen, die ihnen auferlegt werden in irgendeiner Weise verkleinern zu können.

Ein Problem, dass die Troika hat ist, dass es keinen rechtlichen Rahmen gibt in dem sie agiert. Es wurde ein Instrument außerhalb des EU-Rechtes geschaffen, das nun durch seine Berichte Entscheidungen darüber beeinflussen kann welche Maßnahmen in Krisenländern durchgeführt werden. Und das ohne große Kontrolle.

Ich vermute, dass es als die Troika gegründet wurde kaum Zeit dafür gab einen rechtlichen und demokratischen Rahmen zu schaffen. Jetzt wird diese Möglichkeit zumindest von einigen Seiten in Betracht gezogen. Von Athen aus steht die Troika seit Jahren unter scharfer Kritik, jetzt jedoch haben sich auch einige EU Abgeordnete das Ziel gesetzt einen analysierenden und untersuchenden Bericht über die Entscheidungsbildungsprozesse in der Troika zu verfassen, der 2014 fertiggestellt werden soll (vgl. Eder 2013).

Ein weiteres Problem stellt die Tatsache dar, dass bei der Berichterstattung der Troika zwar immer Vertreter der jeweiligen Institutionen anwesend sind, nie jedoch Vertreter aus dem betroffenen Land selbst. Es wird zwar im Land mit der Regierung verhandelt, Daten und Fakten werden vorgelegt, etc. Einen richtigen, dauerhaften Vertreter, der das betroffene Land repräsentieren soll, gibt es jedoch in diesem Gremium nicht.

Nun möchte ich mir die Frage stellen, warum gerade die genannten Organe für den Zusammenschluss der Troika zustande gekommen sind. Hier ist noch festzuhalten, dass die Europäische Union sich, als klar wurde, dass die Finanzkrise viel drastischere Folgen haben würde als erwartet, nicht einig war wie mit dem Problem umgegangen werden sollte. Es gab zu Beginn und auch jetzt keinen einheitlicher Kurs zur „Rettung der Krisenländer“, ins besondere nicht für Griechenland. Einige Vertreter plädierten für eine uneingeschränkte

Rettung der Eurozone und des Euros. Andere jedoch waren der Ansicht, dass es besser wäre Mechanismen zu schaffen, die Krisenstaaten aus der Eurozone ausschließen könnten. Letztendlich setzten sich die Stimmen, die für einen einheitlichen Zusammenhalt der Eurozone waren durch. Im Zuge dessen wurde die Troika geboren.

Gehen wir nun zurück zu der Frage warum welche Organe verwendet wurden um diese zu bilden: Der Internationale Währungsfonds vergibt schon seit vielen Jahrzehnten Kredite an Länder die sich in finanziellen Engpässen befinden. Er hat also viel Erfahrung mit Staaten in Krisensituationen. Er weiß wie man Kredite vergibt, welche Arten von Krediten am passendsten sind und besonders wichtig- er weiß auch wie man für die Vergabe von Hilfsleistungen bestimmte Konditionen verlangt. Damit soll nicht gesagt sein, dass jedes Land das je einen Kredit beim IWF aufgenommen hat auch wirklich alle Maßnahmen (meistens Privatisierungen im öffentlichen Bereich und Sparpolitik) erfüllt hätte.

Ich will damit nur sagen, dass er sein Geld nicht leichtfertig, ohne genaue Angaben vergibt, die das Land zu erfüllen hat, um die Schulden möglicherweise auch wieder zurückzahlen zu können. Die betroffenen Länder wissen das, und haben oft keine Wahl als die Konditionen anzunehmen, da der Fonds sonst seine Zahlungen einstellen würde.

Vielleicht also war ein Grund der Europäischen Union, den IWF offiziell mit dazu zu holen, dass er mehr Erfahrungen mit Krisensituationen hat und eine gute beratende Funktion einnehmen würde. Vermutlich ist es auch von Vorteil, dass der Fonds im Zuge der Krisenvergabe weiß wie er seine Interessen wahren und auch durchsetzen kann.

Eine andere Vermutung, die auf verschiedene Art und Weise betrachtet werden kann ist, dass der Internationale Währungsfonds in der sonst rein Europäischen Runde „gut aussieht“. Er stellt einerseits eine teilweise intergouvernementale Position dar, die aufgrund seiner langjährigen Tätigkeit einen relativ demokratischen Eindruck vermittelt. Andererseits könnte er auch von Europa (oder einigen europäischen Ländern) ablenken, die nicht den Anschein machen wollen, sie hätten durch die Krise zu viel Macht gegenüber anderen Staaten erlangt.

Das könnte möglicherweise funktionieren, da laut dem Experten (Interview 2013) des IWF, in Europa seit den achtziger Jahren viel Kritik am Fonds geübt wurde und er den Ruf bekommen hatte er würde in erster Linie die Interessen der USA vertreten. Die Frage, ob das tatsächlich so ist kann nicht leicht beantwortet werden. Der IWF wurde, zusammen mit einigen anderen Ländern in den Vereinigten Staaten gegründet und wird nach wie vor zu großen Teilen von

den USA finanziert. Durch die steigenden Anteile, die die Schwellenländer seit den letzten Jahren jedoch einzahlen kam der Fonds zu dem Schluss, dass die Quotenregelungen einer Reform bedürften, die auch bereits eingeleitet wurde.

Dennoch geht es hierbei darum, wie Europa oder die europäische Bevölkerung die Mitarbeit des IWF wahrnimmt. Und so könnte die Teilnahme des Fonds so gesehen werden, dass neben der Europäischen Union noch ein weiterer Akteur ins Rampenlicht getreten ist dem eine dominante Rolle zugeschrieben werden kann.

Die Europäische Kommission könnte für die Bildung der Troika von Bedeutung gewesen sein, weil sie ein wichtiges supranationales Exekutivorgan der Europäischen Union ist. Sie wird auch als die „Hüterin der Verträge“ bezeichnet und überwacht in dieser Aufgabe die Einhaltung des Europarechts und Staaten. Bei Nichteinhaltung des Rechts von den Staaten hat sie die Möglichkeit vor dem Internationalen Gerichtshof zu klagen (vgl. Europäische Union 2013). Es macht also durchaus Sinn, dass ein Organ wie dieses Teil des Wirtschaftsüberwachungsmechanismus der Krisenstaaten wird.

Die Europäische Zentralbank ist ebenfalls eine supranationale Institution. Ihr vorrangiges Ziel, neben einigen anderen Aufgaben, ist es Preisstabilität zu gewährleisten, also die Inflation zu überwachen. Im Zuge der Krise besonders wichtig wurde sie aufgrund der Debatte um ihre Unabhängigkeit in Bezug auf den Ankauf von Staatsanleihen. Meiner Vermutung nach war die EZB für die Troika von Bedeutung, weil sie einerseits die steigende Inflation in den Krisenländern überwachen konnte. Andererseits gilt die für die Europäische Union als „unterstützenden Organ in zahlreichen Bereichen“, solange ihr oberstes Ziel gewährleistet ist (vgl. Europäische Zentralbank 2013).

Die Meinung des IWF Experten (Interview 2013) beschreibt die Entstehungsgeschichte des Zusammenschlusses der Troika folgendermaßen. Als sich Griechenland im November 2009 für zahlungsunfähig erklärte, versuchte der damalige Direktor des Internationalen Währungsfonds, Dominique Strauss-Kahn, das Land davon zu überzeugen, dass es versuchen sollte mit Hilfe des IWF aus der Krise zu gelangen. Die Hellenische Republik lehnte diese Hilfe jedoch, mit Unterstützung der Europäischen Union ab. Europa hatte jedoch nicht die Mittel und das *know-how* um die Krise in Griechenland zu lösen, was in den nächsten Monaten immer klarer wurde.

Als es schließlich im Mai 2010 zum ersten Programm des IWF in Griechenland kam war es laut Expertenmeinung (Interview 2013) schon sehr spät. Seiner Meinung nach hätte ein früherer Gang zum IWF den Vertrauensverlust der Märkte eindämmen können, da der IWF als erfahrener und internationaler Vertreter Sicherheit geben hätte können. Wäre Griechenland also früher bereit gewesen mit dem IWF zu arbeiten, so hätte das möglicherweise die Lage verbessern können.

Da die Europäische Union grundsätzlich der Ansicht war sie könnte die Probleme in der Eurozone selbst regulieren, kam es zu Beginn noch zu keiner Zusammenarbeit.

Als jedoch klar wurde, dass das Problem allein, und nur von europäischer Seite her nicht gelöst werden konnte, schloss man einen Kompromiss. Dieser besagte, dass eine Gemeinschaft geschaffen werden sollte, die zu 2/3 aus EU und zu 1/3 aus dem Währungsfonds bestehen sollte. Dem Experten zufolge (Interview 2013) wurde der IWF also einerseits als „symbolischer Partner“ hinzugezogen, andererseits jedoch auch um einen kleinen Teil der europäischen Verantwortung an die Internationale Gemeinschaft abzugeben. Jetzt stellt sich noch die Frage wie die Troika zu Einigungen kommt und ob es eine treibende Kraft gibt.

Grundsätzlich kann anhand der Analyse gesagt sein, dass die Eurokrise stark von europäischer Seite gelenkt wird. Man darf nicht vergessen, dass die Troika keine Entscheidungen trifft, sondern Entscheidungen überwacht und anhand ihrer Berichte weiteres Vorgehen vorschlägt. Die tatsächlichen Entscheidungen werden von den Regierungen der Mitgliedsländer der Europäischen Union getroffen.

Ein Artikel im Spiegel bringt es wie folgt auf den Punkt:

Ob die Hilfstranche ausgezahlt wird, bestimmen nämlich in letzter Instanz nicht die Troika-Vertreter oder deren Chefs bei EZB, EU-Kommission und IWF. Die Entscheidung liegt vielmehr bei den Regierungen der übrigen Euro-Staaten, aus deren Haushalt sich die diversen Rettungsprogramme und Rettungsschirme speisen. Wobei klar ist: Gegen das Votum von Kanzlerin Angela Merkel fließt ohnehin kein weiterer Euro nach Athen. (Rickens 2012)

Feststeht jedenfalls, dass Griechenland als Mitglied der Europäischen Union einerseits Abkommen mit den anderen EU-Staaten schließt, andererseits jedoch als Mitglied des Währungsfonds genauso Verträge mit letzterem schließt.

Dass im Zuge der Krise eine Art „Überorgan“ geschaffen wurde, in dem EU und IWF alles überwachen, einschätzen und Zukunftsprognosen geben halte ich für sehr problematisch. Ohne rechtliche Grundlage und ohne klare Aufgabentrennung weiß ich nicht wie lang das „Ad hoc Exekutivorgan“ bestehen kann. Das Problem bei einem Zusammenschluss wie diesem ist auch, dass nicht klar ist wie mit Uneinigkeiten umgegangen wird. Anzunehmen ist, dass der Fonds und die Europäische Union sich nicht immer einig sind. In den Medien wird jedoch sehr glaubhaft versucht die Troika immer als geschlossene Einheit darzustellen. Das ist von großer Bedeutung, da in Griechenland großer Missmut gegenüber dem Mechanismus der Troika vorherrscht. Würde diese zulassen, dass ihre Legitimität und Entscheidungskraft in Frage gestellt würde, so würde ihr das enorm schaden.

Im November des letzten Jahres wurden jedoch durch einige Medien Streitigkeiten zwischen dem IWF und den anderen Mitglieder der Troika aufgezeigt. Christine Lagarde und Jean Claude Juncker hätten auf einer Pressekonferenz offen darüber debattiert, ob Griechenland „reduce its debt levels to 120 per cent of economic output by 2020“, oder ob dafür mehr Zeit benötigt werden würde (Spiegel/Chaffin 2012). Lagarde entgegnete Juncker auf den Vorschlag der EU, Griechenland zwei Jahre länger Zeit zu geben, als ursprünglich vereinbart mit folgenden Worten: „We clearly have different views.“ (Spiegel/Chaffin 2012)

Der Bericht der Financial Times (2012) geht davon aus, dass es hinter verschlossenen Türen bereits monatelang zu Uneinigkeiten zwischen den Mitgliedern der Troika gekommen war. Die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sei für die Reduzierung des genannten Schuldenlevels bis 2022, da sie die Einschätzung des IWF für zu pessimistisch halte und der Meinung war, Griechenland sollte mehr Spielraum für die Reduzierung erhalten. [...] [The IMF] has insisted the overhauled bailout plan include a credible debt reduction proposal, which may force eurozone countries to accept losses on bailout loans.“(Spiegel/Chaffin 2012)

Ohne Schuldenentlastung vermutet der IWF für 2020 ein Schuldenlevel von 150 Prozent, während die europäischen Vertreter von 140 Prozent sprechen. Es sei jedoch, um in Griechenland weiterzukommen von großer Bedeutung, dass die Mitglieder der Troika sich einig würden. Einige Tage später heißt es auf der Homepage der Europäischen Kommission: „the euro area Finance ministers and the IMF agreed to extend the fiscal adjustment path by two years“ (Europäische Kommission 2013).

Der IWF Experte (Interview 2013) sieht die Europäische Union als die treibende Kraft in der Troika. Im Zuge der nach der Asienkrise aufkommenden Kritik an den Strukturanpassungsprogrammen des IWF, war die Europäische Union ein heftiger Gegner der Auflagen des Fonds geworden. In der Europäischen Finanzkrise jedoch würde die EU den Schuldnern noch viel schärfere Auflagen erteilen, als es im Interesse des IWF wäre. Dieser sei in diesem Fall eher „the good guy“. Der Grund warum die Europäische Union für eine strenge Einhaltung der Auflagen ist und diese auch in den letzten Jahren öfters verschärft hat scheint für Mitarbeiter des IWF klar. Die Konditionen dienen einerseits natürlich der wirtschaftlichen Verbesserung der Länder, andererseits jedoch auch der Besänftigung der Bevölkerung der EU Länder, die den Eindruck hatten, sie würden „für die Krise bezahlen“.

Anhand dieses kurzen Beispiels kann gezeigt werden, dass nicht nur die Verhandlungen zwischen Griechenland und dem „Ad hoc Exekutivorgan“ oft große Probleme darstellen, sondern auch Entscheidungen innerhalb der Troika nicht immer leicht zu treffen sind.

8.2 Gründe für die Krise und eine kritische Analyse der möglichen Fehleinschätzungen

Es wurde im Vorhinein versucht chronologisch aufzuzeigen wie es nach offiziellen Meinungen zur Krise in Griechenland und einigen weiteren EU Staaten gekommen ist. Aber was sind nun die tatsächlichen Gründe für die Finanzkrise? Wie konnte es sein, dass Griechenland zuerst in die Europäische Union und dann in die Eurozone aufgenommen wurde, wenn offensichtlich einige Zahlen nicht stimmten? Wer ist schuld an der Krise- ist es tatsächlich so einfach zu sagen, dass Griechenland über seine Verhältnisse gelebt hätte und es dadurch zur Krise kommen musste? Welche Möglichkeiten haben Euroländer um die Krise zu überwinden?

Zuerst muss festgehalten werden, dass diese Fragen nicht eindeutig beantwortet werden können. Dennoch werde ich versuchen sie kritisch zu betrachten und zu analysieren.

Die Meinungen in Bezug auf die Frage warum es zur Krise gekommen ist teilen sich in die verschiedensten Richtungen. Selbst bei der Definition, ob es sich nun um eine Eurokrise, Schuldenkrise der Staaten Finanzkrise oder ähnliches handelt ist sich kaum jemand einig.

Eine Frage, die sich im Zusammenhang mit der Eurokrise in den letzten Jahren immer häufiger gestellt wurde ist, ob eine Währungsunion ohne gemeinsame Wirtschaftspolitik bestehen kann. Einige kritische Stimmen (Flassbeck 2010; Scharpf 2011) sind der Ansicht, dass das nicht bestehen einer solchen Politik, eine der wahren Ursachen für die Krise in der Eurozone ist.

Es gibt jedoch zahlreiche unterschiedliche Ansätze, die auf die möglichen Ursachen, Wirkungen, Folgen und Lösungsmöglichkeiten der Krise eingehen, von denen ich hier nun einige vorstellen möchte:

Dem Wirtschaftswissenschaftler Heiner Flassbeck (2011) zufolge sei das Problem, dass einige Länder in Europa (vor allem Deutschland) die nicht in großem Ausmaß von der Finanzkrise betroffen sind, behaupten würden, dass es keine Eurokrise gab. Laut ihnen seien die Gründe für die Krise nicht auf gesamteuropäischer Ebene zu finden, sondern lediglich auf die Südeuropäischen Länder zurückzuführen, die lange Zeit über ihre Verhältnisse lebten. Der Blick auf die Staatsschulden und den damit einhergehenden Problemen, die in den Medien zahlreich beschrieben wurden, würden den Blick nur vom Wesentlichen ablenken.

Wer Leistungsbilanzungleichgewichte, also die Verschuldung des ganzen Landes zum Thema macht, kommt nicht umhin zuzugeben, dass Außenhandelsdefizite etwas mit Außenhandelsüberschüssen der anderen zu tun haben. (Flassbeck 2011)

Das Problem sei aber, dass die Politik in Deutschland diese Problematik nicht wahrhaben möchte, da sie sich dann eine Mitverantwortung an der Eurokrise zugestehen würde. Die jahrelange Sparpolitik die in Deutschland vorherrschte, hätte die Situation nämlich in keiner Weise verbessert. Bei der Anerkennung dieses Problems würde man zu dem Schluss kommen, dass das zentrale Ziel, das bei der Gründung der Währungsunion festgelegt wurde, nämlich die Festlegung der Inflationsrate auf etwa zwei Prozent, verfehlt wurde (vgl. ebd.).

Deutschland hätte durch massives Lohndumping in den letzten Jahren ein starkes Sinken der Rate erzielt, wohingegen Länder des Südens viel höhere Inflationsraten erreichten. Dadurch hätte Deutschland einen Wettbewerbsgewinn gegenüber Griechenland und den anderen Krisenländern erzielen können.

Dieses Problem könnte nach Flassbeck (2011) nur gelöst werden, in dem Deutschland seine Löhne massiv anhebt und Griechenland seine Lohnkürzungen langsam und nicht auf dem drastischen Weg der verlangt wird, durchführt. Es müsse eine Angleichung der Lohnstückkosten passieren, da sonst immer Wettbewerbsunterschiede vorherrschen würden.

Außerdem sollte das seit der Einführung des Euros gemeinsam festgelegte Inflationsziel von zwei Prozent zwischen den unterschiedlichen Euroländern nicht so stark abweichen. Die Inflationsraten der südeuropäischen Länder schossen in den letzten Jahren stark nach oben, wohin gegen Deutschland weit unter dem festgelegten Ziel lag. Dies hat laut Flassbeck wiederum mit den Lohnpolitiken zu tun, die in den europäischen Staaten stark ambivalent verliefen (vgl. Flassbeck 2011).

Der Rechts- und Politikwissenschaftler Fritz Scharpf (2011) ist in Bezug auf Griechenland der Meinung, dass eine leichtfertige Finanzpolitik zwar zur Krise beigetragen hätten, die wahren Ursachen der Krise jedoch weiter zurück liegen würden. Grundlegendes Problem sei, dass einige Länder als sie der Währungsunion beitraten, viele Kriterien nicht erfüllten, die für eine gemeinsame Union wichtig gewesen wären.

Obwohl alle in den neunziger Jahren heroische Anstrengungen unternommen hatten, um die „Maastricht-Kriterien“ für den Beitritt zu erfüllen, waren die wirtschaftlichen, politischen und institutionellen Unterschiede innerhalb der Euro-Gruppe so groß, dass die Eurozone nach dem Urteil insbesondere amerikanischer Ökonomen nicht als „optimal currency area“ qualifiziert werden konnte, in der die makroökonomische Entwicklung durch eine zentralisierte, einheitliche Geldpolitik erfolgreich gesteuert werden konnte. (Scharpf 2011)

Für Scharpf ist die oft genannte Verminderung der extremen Staatsschulden Griechenlands ein wichtiger Punkt, dennoch sei das Problem damit nicht gelöst. Das eigentliche Problem seien die dramatischen Unterschiede der EU-Staaten in Bezug auf die Wettbewerbsfähigkeit. Diese sei seit Beginn der Krise in den GIPS-Ländern stark gesunken. Wenn dieses Problem nicht korrigiert werden würde, so könnten die Kredite, egal wie hoch sie sind, die Abhängigkeiten der Staaten nicht ändern (vgl. ebd.).

Wenn Griechenland in der Eurozone bleiben sollte, müsse eine Wiederherstellung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit erzielt werden. Dies könnte nur mit einer Senkung der Lohnstückkosten erzielt werden, was eine drastische Verminderung der Löhne bewirkt. Außerdem ist er der Ansicht, dass Deutschland „abwerten“ müsste, was bedeutet, dass das Land auf längere Zeit gesehen seine Löhne erhöhen müsste (vgl. ebd.).

Für ihn ist also die gegenwärtige Form der „Griechenlandrettung“ durch Kredite zwar kurzfristig gesehen eine Möglichkeit, an den Strukturproblemen der Währungsunion würde damit jedoch nichts geändert werden. Die schnellen finanziellen Maßnahmen würden in den Krisenländern zwar die Finanzierung der Defizite ermöglichen, die enormen Sparauflagen

würden die Krise jedoch nur weiter vertiefen und verlängern und würden von den Regierungen Maßnahmen verlangen, die demokratisch nur schwer legitimierbar wären. Wenn die Auflagen in den Ländern durchgeführt werden, dann erscheinen sie für die Bevölkerung als Zwangsmaßnahmen, die von europäischen Instanzen und Geber Ländern auferlegt werden. Dadurch steigt die politische Verdrossenheit gegenüber den unmöglich zu erreichenden scheinenden Auflagen und die Frustration darüber, dass trotz Maßnahmen keine Wirkungen erzielt wurden. Für Scharpf stellen die derzeitigen Rettungsversuche Griechenlands nicht die geeignetste Lösung dar. Er ist der Ansicht, dass die Wirtschaftsunion eine funktionierende Wirtschaftspolitik aufbauen müsste und, dass im Zuge dessen diskutiert werden müsste, ob der Euro tatsächlich für alle Länder der Europäischen Union die sinnvollste und nachhaltigste Währung sei (vgl. Scharpf 2011)

Der Ökonom und langjährige kritische Analyst des IWF Paul Krugman (2012) sieht im Euro das große Problem der Eurozone.

Europa, insbesondere die Euro-Zone als Ganze, steht eigentlich gar nicht so schlecht da. Aber Europa ist kein Ganzes. Es ist eine Ansammlung von Staaten mit ihren eigenen Haushalten (da es kaum eine gemeinsame Haushaltspolitik gibt) und Arbeitsmärkten (da die Mobilität der Arbeitnehmer gering ist). Was diese Staaten nicht haben, ist eine eigene Währung. Und genau das war der Auslöser der Krise. [...] In der Regel entledigen sich Staaten ihrer Schulden mit einer Mischung aus Inflation und Wirtschaftswachstum, mit der sie die reale Schuldenlast abbauen. Doch da den Ländern der Euro-Zone dieser Weg nicht offensteht, sind sie zu Jahren der Deflation und Stagnation verdammt. (Krugman 2012)

Um die Krisensituation abzuschwächen oder sogar zu beheben schlägt Krugman folgende Punkte vor:

Zum einen sollte die Europäische Zentralbank die Möglichkeit haben Staatsanleihen von Eurostaaten anzukaufen. Zweitens benötigen Staaten mit massiven Außenhandelsdefiziten Wege um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Das könnte kurzfristig dadurch gelöst werden, dass Länder mit Überschüssen ihre Nachfrage nach Gütern aus anderen, schwächeren europäischen Staaten stärken. Außerdem sollten die Inflationsraten der Mitglieder der Eurozone mit der Zeit nicht mehr so stark von einander abweichen, wie es jetzt der Fall sei (vgl. ebd.).

Dem Ökonomen Konrad Raffer zufolge liegen die Wurzeln der Finanzkrise weit zurück. Griechenland sei in die Europäische Union aufgenommen, obwohl es zum damaligen Zeitpunkt nicht bereit dafür gewesen wäre. Die Ungleichgewichte in den Euroländern

verstärkten sich von Jahr zu Jahr mehr und wurden im Besonderen durch deutsche Politik verschärft. Noch bevor die akuten Zahlungsbilanzprobleme Griechenlands auftauchten, war intern eine Krise ausgebrochen. Das Problem, welches das Land in die Krise stürzte, war staatliche Misswirtschaft in Verbindung mit gefälschten Wirtschaftszahlen.

„Griechenlands ungerechtfertigte Euromitgliedschaft ermöglichte zu billige Kredite und weiterhin extrem lasche Steuereinhebung“ (Raffer 2012a). Der Regierung war es dadurch möglich jahrelang Steuergelder mit Krediten zu finanzieren, was früher oder später nicht auf diese Art weiter gehen konnte.

Was Griechenland in der Situation in der es sich 2009 befand hätte retten können wäre ein geregeltes Insolvenzverfahren. Griechenland hätte die Krise schneller überwinden können und die „Ansteckung“ anderer europäischer Länder wäre verhindert worden. Dadurch wäre den Steuerzahlern des Landes viel erspart geblieben und die Verluste im privaten Sektor hätten eingedämmt werden können. Sein Argument ist, dass die griechischen Staatsschulden zum erstmaligen Zeitpunkt der Halbierung etwa 120 Prozent des BIPs betrugen. In den Jahren seit des EU Beitritts Griechenlands lag das Schuldenniveau des BIPs immer etwa bei 100 Prozent. Durch die Krise schoss es auf 120 hinauf. Durch die falsche „Bailoutpolitik“ von IWF und EU wäre die Schuldenlast in den letzten Jahren auf 160 Prozent des BIPs angestiegen. Nach einigen Schuldenschnitten hatte sich die Troika bis zum Beginn der 2020er Jahre das Ziel gesetzt die Schulden auf 120 Prozent des BIPs zu senken. Den Wert, den das Land auch schon vor der Rettung hatte (vgl. Raffer 2012b).

Raffer sieht folgendes Problem, dass durch die *bailouts* entstand:

Bald schon bewarben Banken Griechenlandpapiere mit der Argumentation, diese hätten wegen des Risikoaufschlags hohe Renditen, wären aber wegen der EU-Garantie tatsächlich risikolos. Dass weitere „Rettungsschirme“ die Spekulation weiter beflügeln würden, musste klar sein. (Raffer 2012a)

Kunibert Raffer ist der Ansicht, dass die Krise in Griechenland genutzt hätte werden können um eine Krise im gesamten Euroraum einzudämmen. Der Betrag der Schulden, um den es zu Beginn der Diskussion um einen Schuldenschnitt ging, wäre im Vergleich zu dem was im Zuge der Rettungspakete verwendet wurde, gering gewesen. Der *bailout* hätte, wie im Artikel 125 des Vertrages von Lissabon vorgeschrieben, verhindert werden sollen und durch eine Reduktion der Schulden hätte die Krise gelöst werden können.

In Bezug auf den notwendigen Schuldenerlass in Griechenland sind Kunibert Raffer und Jeffrey Sachs einer Meinung: Der Ökonom und langjährige kritische Berater des IWF und der

Weltbank sieht die einzige Lösung des Problems in Griechenland darin, dass dem Land seine Schulden erlassen werden (vgl. Fink 2013).

Er ist außerdem der Ansicht, dass es, wenn die Länder der Eurozone aus der Krise kommen sollen, notwendig wäre, Maßnahmen gegen den Kern der Krise zu ergreifen, nämlich die Krise des Bankensektors. Es würde zu viel Energie aufgewendet, um drastische Sparpolitiken durchzusetzen, wo doch der Zusammenhang zwischen Austeritätspolitik und Wachstum nicht so klar feststellbar ist, wie einige Ökonomen glauben würden (vgl. Sachs 2012).

Griechenlands Problem 2009 war, dass die Banken, die große Anteile an Staatsanleihen besitzen, unter großen Kapitalverlusten litten. Durch die Gerüchte und Befürchtungen das Land würde vor dem Staatsbankrott stehen, könnte seine Schulden nicht zurück bezahlen oder würde sogar aus der Eurozone ausscheiden, wurden die Banken in eine massive Krise gestürzt (da sie nicht länger für Sicherheiten garantieren konnten) (vgl. ebd.).

Laut Sachs sei die Krise in Griechenland jedoch nicht hauptsächlich durch die Sparpolitik und die mangelnde Konkurrenzfähigkeit gegenüber anderen europäischen Staaten bedingt, sondern durch ein chronisches Fehlen von sogenanntem *working capital* (Betriebsnotwendigem Vermögen). Klein- und mittelgroße Betriebe in Griechenland, bedürfen schon seit einigen Jahren höhere Finanzhilfen, die jedoch nicht gegeben werden konnten. Das Problem sei, dass Griechenland zwar versucht hat fortschrittliche Betriebe zu etablieren und zu entwickeln, aber dass dies jedoch nicht gelingen kann, wenn der Bankensektor von Jahr zu Jahr schwächer und kleiner wird (vgl. ebd.). Sachs kritisiert an der europäischen- und vor allem deutschen Krisenpolitik, dass das Problem nicht richtig erkannt wurde und dass die Stabilisierung der Banken zu wenig berücksichtigt wird. Nur durch die massiven Kürzungen, die von der Troika verlangt würden, würde das Land nicht von alleine wieder stabiler werden können (vgl. ebd.).

Um die Eurozone aus der Krise zu holen, müsste einerseits genügend *working capital* vorhanden sein und die Banken in den betroffenen Ländern müssten „gerettet“ also finanziert werden. Die EZB sollte in Notfällen, wenn keine anderen Möglichkeiten mehr bestehen würden, als Kreditgeber letzter Instanz handeln (vgl. Sachs 2012).

Der wichtigste Punkt, um Griechenland dauerhaft aus der Krise holen zu können sei jedoch ein enormer Schuldenerlass durch die europäischen Länder (vor allem von Deutschland, da es das größte Geberland ist):

Griechenland wird mehr gescholten, als es das verdient hat. Europas Reaktion auf die Krise war nicht realistisch. Für den Zustand Griechenlands sind nicht nur die Griechen verantwortlich, sondern auch jene, die behauptet haben, ihnen zu helfen. [...] Griechenland ist wirklich bankrott. Es braucht eine große Abschreibung auf seine Schulden. [...] Zum Beispiel ist in den 1980er Jahren Lateinamerika durch die gleichen Programme gegangen wie heute Griechenland. Die Länder dort sind gescheitert, eines nach dem anderen. [...] Lateinamerika erholte sich erst, nachdem die USA als größter Kreditgeber einen großen Teil der Schulden erlassen hatten. Genau das muss Deutschland als Griechenlands größter Kreditgeber jetzt auch tun. Wenn die Dinge so aus dem Ruder gelaufen sind, muss der Gläubiger die Wahrheit akzeptieren: Er wird seinen Kredit nicht ganz zurückbekommen. Es ergibt keinen Sinn, von den Griechen mehr Geld zu fordern, als sie zahlen können. (Fink 2013)

Der Experte des IWF (Interview 2013) sieht ein systematisches Wettbewerbsproblem als die Hauptursache der Krise. In der Union wäre einerseits wirtschaftlich sehr starke Länder wie Deutschland und andererseits sehr schwache Länder (wie Griechenland, Spanien...) vertreten. Der IWF hätte das Problem, wenn auch nicht in dieser Größenordnung, schon einige Jahre vor dem Ausbruch der Krise erkannt. Daraufhin wurde ein Paper verfasst wurde, das sich mit den wirtschaftlichen Ungleichgewichten innerhalb der Eurozone befasste. Aufgrund der guten wirtschaftlichen Lage in der sich die Länder jedoch damals befanden, wurde dieses Thema politisch nicht diskutiert. Er ist außerdem der Ansicht, dass ein früher Schuldenschnitt Griechenlands die Lage möglicherweise deutlich verbessert hätte. Das Problem war jedoch, dass die Europäische Union einerseits den Ernst der Lage nicht früh genug erkannte, andererseits, aufgrund der fehlenden Erfahrung der EU in Krisensituationen wie diesen, noch nicht bereit für einen Schuldenschnitt war.

Noam Chomsky, der eigentlich Sprachwissenschaftler ist, aber als US-amerikanischer Intellektueller oft (linke) Kritik mit weltweiter Medienresonanz am aktuellen politischen Geschehen äußert, sieht die Sparpolitik der Europäischen Union als ein großes Problem für die betroffenen Länder. „'Its policies are destroying Greece' Chomsky argues, referring to the European Union“ (Nevradakis 2012) sagt er in einem Interview.

Er ist nicht der Ansicht, dass die Austeritätspolitik die gewünschten Ergebnisse für das Land bringen würde. Nicht nur, dass die Politiken nicht die gewünschten wirtschaftlichen Ergebnisse erzielen würden, sie hätten auch noch zu massiven sozialen Problemen im Land geführt (vgl. ebd.).

[...] [The European Union should] in order to stimulate the economy, they are going to have to accept a higher rate of inflation...there's substantial economic literature

showing that a higher rate of inflation, if it's more or less stable, is perfectly consistent with long-term growth. (Nevradakis 2012)

Es seien jedoch auch interne Probleme, wie schwach ausgeprägte bürokratische Strukturen und ein schwacher Staat, die das Land in die Krise geführt haben: „You can't attribute everything to the troika.“ (Nevradakis 2012) Seiner Ansicht nach sollte der Fokus der Europäischen Union nicht auf die Sparpolitik gelenkt werden, sondern auf Wachstum (vgl. ebd.).

Die massiven Kürzungs- und Sparmaßnahmen werden von vielen Seiten kritisiert:

[Das Sparprogram] hält Griechenland in einem Teufelskreis gefangen, da der strenge Sparkurs eine Wirtschaftskrise auslöst, der weitere Sparmaßnahmen, neue Steuern und eine tiefere Rezession folgen, die wiederum das Wirtschaftswachstum drosseln, die Schaffung von Arbeitsplätzen verhindern und den sozialen Zusammenhalt gefährden. (Lanara 2012: 4)

Ich habe zu Beginn die Frage gestellt welche Lehren der Internationale Währungsfonds aus den vergangenen Krisen gezogen hat und wie er seinen politischen Einfluss in Krisenstaaten verändert hat.

Nun ist zum Beispiel die Gewerkschafterin Zoe Lanara (2012:4) der Ansicht, dass sich an der Politik des IWF seit der Asienkrise kaum etwas verändert hatte. Sie ist der Ansicht, dass sein Handeln und wirtschaftspolitisches Eingreifen in die gleiche Richtung geht wie während der Schuldenkrise der Entwicklungsländer in den achtziger Jahren und das der Tigerstaaten in den neunziger Jahren. In Griechenland ließe sich die klassische Schocktherapie wiedererkennen, die der Fonds schon zu früheren Zeiten angewendet hatte und die jetzt von der Europäischen Union übernommen und angewendet wird (vgl. ebd.).

Die Umsetzung des wirtschaftlichen Anpassungsprogramms zeigt deutlich, dass der Griechenland auferlegte Maßnahmencocktail den Problemen nicht entgegenwirkt, sondern das Land möglicherweise sogar vollends in den Ruin treibt. (Lanara 2012: 5)

Es ist jedoch sehr wichtig zu sagen, dass der IWF durchaus einige Fehlentscheidungen oder Fehleinschätzungen in Griechenland anerkennt und diesbezüglich 2013 auch ein *paper* (*Greece: Ex Post Evaluation of Exceptional Access under the 2010 Stand-By Arrangement*) verfasst hat (vgl. IMF 2013n)

Zusammenfassend werden zwei große Fehler von Seiten des Fonds anerkannt. Einerseits hat er sich in Bezug auf die Annahme, dass Griechenland seine Schulden komplett und in angenommener Zeit zurückzahlen können würde, weit verschätzt. Andererseits ist der IWF sich bewusst, dass er die gravierenden Folgen die durch die Sparpolitik entstanden sind stark unterschätzt hat. Außerdem werden Probleme in Bezug auf die Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission und der Zentralbank aufgezeigt, da es teilweise zu Differenzen zwischen den Verhandlungspartnern gekommen sei (vgl. IWF 2013n; Krugman 2013). Kritiker wie Paul Krugman sind der Ansicht, dass die Zugeständnisse des IWF von vorne herein klar hätten sein müssen (Krugman 2013).

Auch wenn viele der durchgeführten Maßnahmen nicht mehr rückgängig gemacht werden können, bin ich der Ansicht, dass das *paper* ein wichtiger Schritt für den Fonds ist, seine Handlungen zu analysieren und möglicherweise in der Zukunft anders zu agieren.

9. Folgen der Finanzkrise für Griechenland und seine Bevölkerung

Im Rahmen der Finanzkrise und der wirtschaftlichen Anpassungsprogramme, die im Zuge der Kreditvergabe beschlossen wurden, hat Griechenland mit zahlreichen wirtschaftlichen, politischen, ökologischen und sozialen Folgen zu kämpfen. Ein besonderes Problem stellt sich dadurch dar, dass Europa zwar beschossen hatte sehr hohe Kredite zu vergeben und Griechenland bei einer Rettung der finanziellen und wirtschaftlichen Situation zu helfen, auf die soziale Situation wurde jedoch praktisch keine Rücksicht genommen. Dass es aufgrund der wirtschaftlichen Umgestaltung, die von der Troika überwacht wurde, zu negative Auswirkungen für die Gesellschaft kommen würde, war möglicherweise klar. Welches Ausmaß diese jedoch erreichen würde, wohl kaum.

Gesellschaft und Arbeitsmarkt wurden von heute auf morgen mit zahlreichen Privatisierungen von öffentlichen Einrichtungen, Kürzung von Löhnen, Entlassungen, Anhebung des Pensionsantrittsalters, Kürzung des Arbeitslosengeldes, Steuererhöhungen, Einsparungen in öffentlichen Bereichen und dem Abbau von arbeitsrechtlichen Institutionen konfrontiert (vgl. Lanara 2012: 3). Die Lebensbedingungen von großen Teilen der Bevölkerung wurden durch die genannten Maßnahmen stark verschlechtert. Vielen von ihnen wurde die finanzielle Grundlage genommen. Auch die starken Steuererhöhungen drückten das Einkommen der Teile der Bevölkerung, die ihre Arbeit noch nicht verloren hatten. Nicht zu vergessen ist, dass die Lebenserhaltungskosten in dieser Zeit nicht sanken, sondern eher anstiegen. Der Konsum ging in den letzten Jahren durch diese Entwicklungen stark zurück. Ohne Konsum sinkt die Produktivität hinter her, was dazu führt, dass kein Weg aus der Rezession geebnet werden kann (vgl. Malkoutzis 2011: 3).

Durch die starke Rezession und die Kapitalmängel kam es in dieser Zeit außerdem zu Schließungen von zahlreichen Firmen (vgl. ebd.). Durch die Einschnitte bei Sozialausgaben hatten viele Menschen keinen oder nur einen sehr schlechten Zugang zu Sozialleistungen. Viele fühlten sich machtlos und übergegangen, was sich durch den Verlust von institutionellen Möglichkeiten, wie Gewerkschaften nur noch mehr verstärkte. Gerade in einer Zeit, in der die Bevölkerung auf Unterstützungsleistungen des Staates angewiesen wäre, konnte dieser kaum Hilfeleistungen bieten. Viele Menschen versuchten Halt bei Nichtregierungsorganisationen zu finden (vgl. ebd.).

Eine der dramatischsten Auswirkungen auf die Bevölkerung ist der Anstieg der Arbeitslosigkeit. Im Laufe der Krise stieg die Arbeitslosenquote (der Anteil der Arbeitslosen an der Summe aller Erwerbstätigen in einem Land) stark an. Von 8,29 Prozent im Jahr 2007 über 12,53 Prozent im Jahr 2010, bis hin zu 26,99 Prozent im Jahr 2013 (vgl. Statistica 2013). Von diesen Entwicklungen sind laut International Labour Organisation (ILO) (2011) Jugendliche und Frauen am meisten betroffen:

Women, especially pregnant women and mothers, were very much affected by the recent legislative measures introduced in order to increase flexibility in the labour market[.] (ILO 2011)

Lang anhaltende Folgen werden die Politiken auch im öffentlichen Gesundheitsbereich haben (vgl. Allebeck 2013: 721). Durch die Vereinbarungen mit der Troika wurden die Zahlungen in diesem Bereich drastisch gekürzt. Krankenhäuser werden geschlossen, keine Gelder für Labore bereitgestellt, Personal entlassen und das sind nur einige Punkte. „[...] [T]here has been a lack of interest and concern among European leaders to follow public health consequences[.]“ (ebd.)

Für die Gewerkschaften stellt die Krise ebenfalls schwerwiegende Veränderungen dar, da sie ihre institutioneller Rolle gewissermaßen verlieren und somit sehr geschwächt werden. Ihre Verhandlungsmacht wurde in den letzten Jahren stark eingeschränkt und ohne Mitverhandlungsrechte wird ihre Position überflüssig. Durch die Schwäche der Gewerkschaften verlieren Arbeitnehmer natürlich jegliche Unterstützung auf dem Arbeitsmarkt gegenüber Arbeitgebern. Auf der Suche nach einer Möglichkeit die Arbeiter in der Krise in irgendeiner Form unterstützen zu können, gewannen die Gewerkschaften bei den Protesten in Griechenland zunehmend an Bedeutung. In den letzten Jahren stehen sie im Kampf für die Rechte der Bürger und gegen den massiven Spardruck, der ihrer Ansicht nach der Bevölkerung mehr Schaden als Nutzen bringen würde, an erster Stelle (vgl. Lanara 2012: 11).

Insgesamt kam es durch die Krise in Griechenland zu einem starken Anstieg der Ungleichheit und zu einer massiven Erhöhung der Armut und sozialer Ausgrenzung (vgl. EUROSTAT 2012). Die Meinung des IWF Experten (Interview 2013) zu den sozialen Problemen in Griechenland besagt, dass die Einsparungen die im Land durchgeführt wurden unmöglich verhindert werden können. Er sei zwar für eine weniger starke Auflagenpolitik, wenn ein

Land jedoch aus einer Schuldsituation wie dieser kommen müsse, so hätte es keine andere Möglichkeit als dramatische Einsparungsmaßnahmen durchzuführen.

Neben den sozialen Folgen unter denen Griechenland nun leidet, kommt noch dazu, dass das Land in den vergangenen Jahren in der europäischen Medienlandschaft als das Sorgenkind Europas dargestellt wurde und nach wie vor wird (vgl. Tatje 2010; Kaiser 2012). Das hat dazu geführt, dass Boulevardzeitungen die Situation so darstellten, dass Griechenland die Krise vollkommen selbst zu verschulden hatte und nur noch ein hilfsbedürftiges Land sei, das auf Kosten anderer (nämlich der anderen EU-Länder) lebe und den Euroraum möglicherweise besser verlassen sollte. Es sei selbst schuld an der Krisensituation, da es mit zu hohen Löhnen, zu geringen Steuern und einem zu geringen Pensionsantrittsalter, über seine Verhältnisse gelebt hätte (siehe Bild Zeitung; Kronenzeitung, the Sun).

Meiner Ansicht nach, stellen die Berichte einiger Zeitungen ein großes Problem dar, da sie ein verfälschtes Bild von den Ursachen und Folgen der Krise in Griechenland vermitteln. Außerdem ist es in keiner Weise zielführend nur einen Schuldigen für die in Finanzkrisen geratenen Länder zu suchen, da es in erster Linie darum gehen sollte, wie die Probleme gelöst werden könnten.

Nach Malkoutzis (2011: 1) hätten Debatten wie diese keine Berechtigung und keinen Sinn, da Griechenland wie beschrieben mit sehr großen Problemen zu kämpfen hat.

9.1 Proteste

Seit dem Ausbruch der Krise bis zum heutigen Zeitpunkt kam es in Griechenland, aufgrund der schlechten Situation in der sich die Menschen befinden, einige Male zu groß organisierten Protesten der Bevölkerung.

Die Menschen hatten ohne gewerkschaftliche Hilfeleistungen und Rückhalte das Gefühl dem System völlig machtlos gegenüber zu stehen.

Die erste landesweite Großdemonstration mit über 100000 Menschen fand im Mai 2010 im Zuge der beschlossenen Sparmaßnahmen für die Bevölkerung statt. Im Zuge der Demonstration kam es zum Generalstreik der öffentlichen und privaten Angestellten (vgl. Frankfurter Allgemeine 2010).

Besonders war den Protesten seit dem Beginn der Krise, dass sie nicht von Parteien organisiert wurden, sondern, dass sich ein breiter ideologie- und parteiloser Teil der Bevölkerung mobilisierte und für Veränderungen stark machte. Die Bewegung der „empörten Bürger“ die damals entstand ist eine unabhängige Bewegung die landesweite, relativ friedliche Proteste organisiert (vgl. Malkoutzis 2011: 4).

Laut einem Artikel in der FAZ (2011) würden die Proteste eine nie zuvor dagewesene Masse an Menschen ansprechen. Die Demonstranten seien nicht von Partikularinteressen getrieben, sondern ihre Themen und Ziele gingen über Parteien, Organisationen und sonstige Zusammenschlüsse hinaus (vgl. Martens 2011).

Durch die neuen 2012 im griechischen Parlament durchgesetzten Maßnahmen sollte es zu weiteren Sparprogrammen (Pensionen, Löhne) kommen. Im Zuge dessen kam es zu mehreren Protesten und Generalstreiks. Ein Artikel in der Zeit zitiert die Aussage von Nikos Kioutsoukis, dem Generalsekretär der Dachorganisation der Gewerkschaften während der Proteste Ende 2012. Die Maßnahmen seien "das schwerste politische und soziale Verbrechen gegen Land und Leute", das es je gab. "Wir werden nicht zulassen, dass sie das Land zerstören" (Die Zeit 2012).

Bis zum heutigen Zeitpunkt finden vor allem durch das große Engagement der Gewerkschaften, in Griechenland permanent Streiks und Demonstrationen statt, da sich die Situation für die Bevölkerung seit Beginn der Einführung der Sparprogramme nicht verbessert hat.

Die Krisenbewegungen der letzten Jahre hielten das Land zwar auf der einen Seite in Aufruhr, andererseits wurde durch sie keine Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage für die Bevölkerung erzielt. Die Frage, ob durch Bewegungen wie diese internationale Machtsysteme aufgebrochen werden könnten, oder sich eventuell im Rahmen der Gruppierungen Gegenhegemonien bilden könnten, halte ich für schwer möglich.

10. Conclusio

Im Rahmen der Diplomarbeit wurde versucht die Beiden zu Beginn aufgestellten Hypothesen zu verifizieren oder zu falsifizieren.

Hypothese 1:

Wenn es in den letzten Jahren zu einem Paradigmenwechsel im Internationalen Währungsfonds gekommen wäre und somit eine Abkehr vom Washington Consensus hin zu einem Post Washington Consensus stattgefunden hätte, dann wäre eine Veränderung bei den Konditionen, die mit den Krediten einher gehen, erkennbar.

Hypothese 2:

Je mehr die Politik des Internationalen Währungsfonds vom Paradigma des Washington Consensus beeinflusst wurde, desto problematischere Konsequenzen ergaben sich für die betroffene Bevölkerung.

Die Kritik die in den neunziger Jahren aufkam, richtete sich vor allem gegen die eng gefassten Auflagen, die im Rahmen der Strukturanpassungsprogramme in verschiedenen Ländern implementiert wurden. Kritisiert wurde, dass die Wirtschaftspolitik des Washington Consensus in den Krisenländern nicht nur zu keinen Erfolgen geführt hätten, sondern die sozialen Verhältnisse in den Regionen drastisch verschlechtert hätten. Aufgrund dieser Kritik kam es in Teilen des IWF zu einer Debatte, wie die Politik des Fonds verändert und verbessert werden könnte.

Man kam zu dem Schluss, dass ein zu schwacher Staat und zu drastische Liberalisierungsmaßnahmen nicht die gewünschten Ergebnisse erzielen würden. Außerdem sollten die Länder mehr Mitbestimmungsrechte bei den Programmen haben. Nun ist es anhand der gewonnenen Erkenntnis so, dass der IWF bei der Krisenpolitik in Griechenland nicht die treibende Kraft ist, sondern die Europäische Union.

Dennoch lässt sich anhand der sehr umfassenden Selbstdarstellung des IWF auf seiner Homepage unschwer erkennen, dass auch bei seinen Programmen Liberalisierungen, Privatisierungen und Kürzungen im sozialen Bereich an der Spitze stehen. Da die Politik der EU und des IWF in Bezug auf die Finanzkrise nicht eindeutig zu trennen ist, kann schwer gesagt werden in wie weit die Ideen des Post Washington Consensus tatsächlich durchgeführt werden. Durch die Programme, die in den nächsten Jahren in den einzelnen Ländern durch

den IWF implementiert werden, wird sich zeigen, ob sich die wirtschaftspolitischen Auflagen tatsächlich verändert haben.

Die Einsicht des Fonds auf die Kritik, die im Zuge der Lateinamerika und Asienkrise Ende des letzten Jahrhunderts aufkam, sowie das *paper* in Bezug auf die Fehleinschätzungen während der Krise in Griechenland, zeigen deutlich, dass in den letzten Jahren Versuche des Fonds gestartet werden transparenter und selbstkritischer zu arbeiten. Im Vergleich zu den vergangenen Krisen, in denen drastische Liberalisierungsmaßnahmen und Kürzungen im staatlichen Bereich durchgeführt wurden, kann jedoch gesagt werden, dass dies in Griechenland auf ähnliche Weise geschehen ist. Der Fonds ist sich zwar der schwerwiegenden, aus seiner Perspektive kurzfristigen Konsequenzen für das Land und die Bevölkerung bewusst, ist jedoch der Ansicht, dass die Maßnahmen auf jeden Fall notwendig sind. Die wirtschaftspolitischen Veränderungen werden einerseits eingeleitet, weil der IWF glaubt, dass wirtschaftliche Entwicklung durch freie Märkte und liberale Politiken erreicht werden könnten, bei denen der Staat eine eher marginale Rolle einnehmen soll. Andererseits sind die Maßnahmen, die die Staaten dazu bringen sollen wettbewerbsfähiger zu werden und Überschüsse zu erzielen, auch deshalb nötig, weil der Fonds der Ansicht ist, dass die Staaten ihre Schulden nur so zurückzahlen können.

Nun ist es schwierig zu sagen, inwiefern die Länder ihre Schulden jemals zurückzahlen werden können. Einige Ökonomen, die seit Jahrzehnten Krisen, ähnlich wie die in Griechenland beobachten, sind der Ansicht, dass die Menge an Schulden, die das Land bereits hat, niemals zurückgezahlt werden können. Und dass es nur eine Frage der Zeit wäre, bis das die Gläubiger erkennen. Wenn die Schulden also vermutlich nie beglichen werden können, so stellt sich die Frage warum die Konditionen auf diese Art und Weise in Griechenland durchgeführt werden mussten.

Da ich nicht der Ansicht bin, dass dem IWF unterstellt werden kann, er würde in dieser Hinsicht seine nur eigenen Interessen verfolgen, ist der Grund für die Konditionen vermutlich wirklich jener, dass versucht werden soll das Land (vor allem auch weil es innerhalb der Eurozone liegt) zu einem wettbewerbsfähigen Staat zu machen. Hier sehe ich das Problem, dass keine ausreichende Debatte darüber geführt wird, ob die liberale „Schocktherapie“ tatsächlich der beste Weg für die Länder sei, oder ob nicht zumindest zu Beginn (wenn nach

einer Krise versucht wird die Wirtschaft in einem Staat zu stärken) teilweise protektionistische Maßnahmen, auf lange Frist größere Erfolge erzielen würden.

Die Frage, ob eine tatsächliche Abkehr vom Washington Consensus stattgefunden hat, ist also nicht leicht zu beantworten. Theoretisch kam es auf jeden Fall zu Veränderungen, die sich teilweise auch in der Praxis zeigen. Beispielsweise halte ich es für sehr bedeutend, dass der IWF erstmals so eng mit der Europäischen Union zusammenarbeitet, auch wenn das noch keine unbedingte Abkehr vom WC zeigen kann. Außerdem scheint sich der IWF durch die Krise, auf jeden Fall seiner neu aufkommenden, gestärkten Rolle klar zu sein und durchaus fähig zu sein, sich mit Kritik zu befassen.

Die drastische und relativ plötzliche Verschlechterung der Lebensbedingungen für die Bevölkerung Griechenlands, die in den letzten Jahren, seit Beginn der Krise entstanden ist, spricht jedoch eher dafür, dass sich an den auferlegten Konditionen des IWF kaum etwas geändert haben dürfte. Natürlich kann der Fonds oder die EU nicht alleine für die Verhältnisse in Griechenland verantwortlich gemacht werden, da relativ klar ist, dass in dem Land strukturelle und bürokratische Mechanismen stark unterentwickelt sind und gewisse wirtschaftspolitische Veränderungen in jedem Fall zwingend notwendig gewesen wären. Dennoch kritisiere ich das Ausmaß und die zu schnelle Implementierung der Veränderungen. Diese hat auf jeden Fall zu nicht geahnten Auswirkungen für die Menschen in Griechenland geführt.

In den neunziger Jahren wurden unter anderem wirtschaftspolitische Maßnahmen, wie die Reduzierung und Umstrukturierung staatlicher Aufgaben, die Reform des Steuersystems, die Liberalisierungen im Handel, die Privatisierung staatlicher Unternehmen und öffentlicher Einrichtungen, die Deregulierung von Märkten und Preisen, als Washington Consensus bekannt, aus denen Lohnkürzungen, Entlassungen, Anhebungen des Pensionsantrittsalters, Kürzung des Arbeitslosengeldes, Steuererhöhungen und Einsparungen in öffentlichen Bereichen hervorgehen können. Aufgrund der Analyse der wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die in den letzten Jahren in Griechenland durchgeführt wurden kann gesagt werden, dass sich an den Konditionen, die vom Internationalen Währungsfonds beschlossen werden, kaum etwas verändert hat.

Hypothese 3:

Wenn innerhalb der, im Zuge der Europäischen Finanzkrise gegründeten Troika (Internationalem Währungsfonds, Europäischer Kommission und Europäischer Zentralbank), ein dominanter Akteur ermittelt werden kann, dann würde diese Rolle vermutlich die Europäische Kommission einnehmen.

Hypothese 4:

Wenn der IWF eine wichtige Rolle in der Finanzkrise in Griechenland spielt, dann tendenziell deshalb, weil durch ihn einerseits eine Teil der Verantwortung, die die Europäische Union trägt auf eine internationale Ebene abgegeben wird und andererseits, weil er dazu dient die überdominante Rolle einiger EU-Mitgliedsstaaten zu verschleiern.

Durch die genauere Betrachtung der Troika und ihrer Aufgaben hat sich gezeigt, dass die Europäische Union, neben dem Währungsfonds die eindeutig dominantere Position einnimmt. Für diese Feststellung können unterschiedliche Gründe genannt werden. Zum einen sieht sich die EU als Gemeinschaftsprojekt, die großes (wirtschaftliches) Interesse daran hat die Europäische Union sowie die Währungsunion weiter aufrecht zu erhalten. Hätte sie dies nicht, so wäre mehr auf die Stimmen eingegangen, die einen Austritt Griechenlands aus der Union gefordert haben und das Land wäre möglicherweise bereits aus der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion ausgetreten.

Weil der Wille der Aufrechterhaltung und die Angst vor einem Zusammenbruch der Union jedoch größer war, war die Europäische Union seit offiziellem Beginn der Krise, 2008, der zentrale Akteur bei der „Rettung“ von Griechenland. In den ersten Krisenmonaten versuchte die Europäische Union einer Zusammenarbeit mit dem Währungsfonds aus dem Weg zu gehen. Warum dem so war, ist nicht eindeutig zu erklären. Einerseits war es laut dem Experten im IWF (Interview 2013) so, dass die Europäische Union den Ernst der Lage relativ spät erkannte und daher der Ansicht war die Krise könnte alleine bewältigt werden. Auf der anderen Seite wollte die EU die Zusammenarbeit vielleicht auch aufgrund der in den achtziger und neunziger Jahren aufkommenden Kritik am IWF von Seiten der Union vermeiden. Kritisiert wurden damals, wie schon ausführlicher beschrieben, vor allem die Strukturanpassungsprogramme des Fonds.

Mit der Zeit wurde jedoch klar, dass das Problem alleine nicht lösbar sein würde und dass der IWF möglicherweise von großer Hilfe sein könnte. Er brachte die notwendige Erfahrung mit,

um mit der Krisensituation umgehen zu können. Als langjähriger „Krisenmanager“ weiß er über Kreditvergaben und die Erstellung von wirtschaftspolitischen Auflagen bestens Bescheid. Außerdem konnte die EU, indem sie den IWF mit einbezog einen Teil der Verantwortung an eine internationale Organisation abgeben. Ich gehe davon aus, dass das für die Union von großer Bedeutung war, da es eine große Herausforderung für viele Länder des Euroraums darstellt, die Griechenlandrettung vor der Bevölkerung zu legitimieren. Wie beschrieben versuchen vor allem Boulevardzeitungen die finanzielle Unterstützung Griechenlands als ungerechtfertigt und als Ausbeutung gegenüber dem eigenen Land darzustellen. Es steht für mich jedoch außer Frage, dass die Hilfe für Griechenland notwendig ist und kaum anders durchführbar wäre, als durch die starke finanzielle Unterstützung durch die reicheren Länder der Europäischen Union. Mit der Vergabe von Krediten wird das Problem, jedoch vermutlich nicht gelöst werden können. Auf lange Frist sei der einzig realistische Weg der des Schuldenerlasses, wie es die USA im Zuge der Krise in den achtziger Jahren in einigen Ländern Lateinamerikas tat.

Der IWF erfüllte laut Expertenmeinung (Interview 2013) noch den weiteren Zweck. Durch sein Eingreifen hatten die Märkte wieder mehr Vertrauen in die Eurozone, da ohne den Fonds befürchtet wurde, die Europäische Union würde aus der Krise nicht alleine herauskommen.

Als die „unangenehme Wahrheit“ über Griechenlands falsche Wirtschaftsdaten ans Licht kam, muss die EU relativ schnell erkannt haben, dass das Land neben den Unterstützungsleistungen aus der Europäischen Union auch drastische Sparmaßnahmen durchführen werden müsste. Möglicherweise war damals schon klar, dass es zu einem Legitimitätsproblem führen könnte, wenn die EU alleine für alle wirtschaftspolitischen Maßnahmen verantwortlich gemacht würde. Es kann nicht unbedingt gesagt werden, dass es durch die Mitarbeit des IWF zu einer höheren Legitimation der wirtschaftspolitischen Umstrukturierungen kommt. Dennoch bin ich der Ansicht, dass eine zweite (in dem Fall viel erfahrenere) Meinung auf jeden Fall für alle Beteiligten nützlich sein kann. Dadurch, dass IWF in den neunziger Jahren in heftige Kritik geraten war, so war er möglicherweise ein gutes Mittel um die Verantwortung ein bisschen von der EU abzulenken und die Machtkonzentration in Bezug auf die Entscheidungen über die Zukunft des griechischen Staates zwischen mehreren Akteuren zu verteilen.

Es kann also gesagt werden, dass der IWF abgesehen von der finanziellen Unterstützung (Kredite), auch in vielen anderen Punkten für die Europäische Union von großer Bedeutung

ist. Natürlich stellt die Zusammenarbeit zwischen den beiden große Herausforderungen dar, da es sich von Grund auf um verschiedene Akteure handelt. Solange die Troika jedoch aufgrund ihrer fehlenden Rechtsgrundlage nicht auch von Seiten der Europäischen Union stärker in Frage gestellt wird, so wird die Zusammenarbeit meiner Ansicht nach, weiter bestehen.

Ich denke, dass mit der Schaffung einer geeigneten rechtlichen Grundlage für die Zusammenarbeit zwischen EU und IWF große Erfolge, in Bezug auf die Handlungen in Krisensituationen und möglicherweise sogar auch auf die gemeinsame Arbeit in den ärmsten Regionen der Welt, erzielt werden könnten.

11. Abstracts

Deutsch

Basierend auf den Entwicklungen im Internationalen Währungsfonds seit den 1990er Jahren und den Ereignissen, die in den letzten Jahren in Europa- im speziellen in Griechenland stattgefunden haben, beschäftigt sich die Arbeit mit zwei Hauptfragen. Einerseits soll analysiert werden, welche Akteure innerhalb der Troika (Europäische Kommission, Europäische Zentralbank und Internationaler Währungsfonds) eine dominante Position einnehmen. Andererseits soll festgestellt werden, ob es innerhalb des IWF seit den neunziger Jahren zu einer Abkehr vom Washington Consensus hin zum Post Washington Consensus gekommen ist und woran sich diese zeigt. Im Zuge dieser Fragestellungen wird ein chronologischer Überblick über die Finanzkrise in Griechenland präsentiert. Außerdem wird die, durch EU und IWF für das Land beschlossene Austeritätspolitik sowie ihre Auswirkungen auf die griechische Bevölkerung besprochen.

Die Ergebnisse der Analyse sprechen dafür, dass die Europäische Union innerhalb der Troika die dominante Rolle einnimmt. In Bezug auf die zweite Frage konnte gezeigt werden, dass aufgrund der seit den achtziger Jahren aufkommenden Kritik am IWF zwar Maßnahmen ergriffen wurden, die als langsamer Beginn der Abkehr vom Washington Consensus gedeutet werden könnten, jedoch ohne dass man zum jetzigen Zeitpunkt von einem definitiven Paradigmenwechsel sprechen kann.

Englisch

Based on the development of the International Monetary Fund (IMF) since the 1990s and the events that took place in the recent years in Greece, the thesis deals with two main questions. Firstly, it should be analyzed which actor within the Troika (the European Commission, the European Central Bank and the IMF) captures a dominant position. Secondly, it will be discussed if there has been a development from the Washington Consensus to the Post Washington Consensus inside the IMF during the recent years. In this context a chronological overview of the financial crisis in Greece is presented. Furthermore, austerity politics, imposed by the European Union (EU) and the IMF, and its impacts on the Greek population are analyzed.

The results of the analysis indicate that the EU captures the dominant role within the Troika. It has furthermore been shown that due to the criticism during the 1980s the IMF has taken certain measures which could be interpreted as a beginning renunciation from Washington Consensus. Still, there is no conclusive evidence that indicates a permanent paradigm shift.

12. Literatur

Allebeck, Peter (2013): Health effects of the crisis: challenges for science and policy. In: European Journal of Public Health. Vol. 23. Nr. 5, S. 721.

Akyüz, Yilmaz (2005): Reforming the IMF: Back to the Drawing Board, G-24 Discussion Paper Series, Nr.38. New York and Geneva: United Nations.

Bergthaler, Wolfgang/Giddings, Andrew (2013): Recent Quota and Governance Reforms at the International Monetary Fund. In: Herrmann, Christoph/Krejowski, Markus/Terhechte, Jörg. (Hrsg.) (2013): European Yearbook of International Economic Law. Berlin; Heidelberg: Springer Verlag.

Brasche, Ulrich (2013): Europäische Integration: Wirtschaft, Erweiterung und regionale Effekte. Oldenbourg: Wissenschaftsverlag GmbH.

Breitinger, Matthias (2010): Europas Wackelkandidaten. IN: Die Zeit.
<http://www.zeit.de/wirtschaft/2010-04/griechenland-portugal-spanien-irland-italien>.
[17.11.2013].

Breuel, Christian (2011): Die Verschuldungskultur. Finanzkrise, Weltordnungspolitik, geistiger Niedergang der Moderne. Hamburg: tredition GmbH.

Brenke, Karl (2012): Modernisierung der Griechischen Wirtschaft. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. S. 16-23.

Bundesministerium für Finanzen (BMF) (2012): Monatsbericht des BMF März 2012: Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik. S. 31.
http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/Monatsbericht/2012/monatsbericht_2012_03_deutsch.pdf?__blob=publicationFile&v=6. [17.11.2013].

Cornia, Giovanni/Andrea; Jolly/Richard; Steward, Francis (1987): Adjustment with a human face. Oxford: Clarendon Press.

Die Zeit (2012): Griechen protestieren gegen neues Sparprogramm. In: Die Zeit.
<http://www.zeit.de/wirtschaft/2012-11/griechenland-sparpaket-protest>. [Zugriff: 14.12.2013].

Dreher, Axel (2009): IMF conditionality: theory and evidence. In: Public Choice. Vol. 141.
Nr. 1-2, S. 233-267.

Driscoll, David D. (1998): Was ist der Internationale Währungsfonds.
<http://www.imf.org/external/pubs/ft/exrp/what/ger/whatg.pdf>. [Zugriff: 20.11.2013].

Eder, Florian (2013): Europaparlament greift die Troika an. Abgeordnete planen
Untersuchungsbericht zur Arbeit des Kontrollgremiums. In: Die Welt.
http://www.welt.de/print/die_welt/wirtschaft/article121308626/Europaparlament-greift-die-Troika-an.html. [Zugriff: 20.11.2013].

Europäische Kommission (EC) (2010): Bericht zu den Statistiken Griechenlands über das
öffentliche Defizit und den öffentlichen Schuldenstand. Brüssel.

Europäische Kommission (EC) (2011): The Economic Adjustment Programme for Greece.
Fourth Review. European Economy.
http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/occasional_paper/2011/pdf/ocp82_en.pdf
[Zugriff: 10.12.2013].

Europäische Kommission (EC) (2013): Financial assistance to Greece.
http://ec.europa.eu/economy_finance/assistance_eu_ms/greek_loan_facility/ [Zugriff:
10.12.2013].

Europäische Union (EU) (2013): Europäische Kommission. http://europa.eu/about-eu/institutions-bodies/european-commission/index_de.htm [Zugriff: 10.12.2013].

Europäische Zentralbank (EZB) (2013): Aufgaben.
<https://www.ecb.europa.eu/ecb/tasks/html/index.de.html>. [Zugriff: 10.12.2013].

Eurostat (2012): Armutsgefährdung und soziale Ausgrenzung in der EU27. Pressemitteilung vom 8.2.2012. http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/3-08022012-AP/DE/3-08022012-AP-DE.PDF. [Zugriff: 10.12.2013].

Experteninterview (2013): Interview mit einem Direktor des Internationalen Währungsfonds. Februar 2013, Washington (D.C.).

Falk, Rainer (2001): Die Reform des Internationalen Währungsfonds (IWF). Zwischenbilanz und Perspektiven der internationalen Debatte. Bonn: WEED.

Fink, Pierre Christian (2013): "Deutschland muss das durchziehen". Das Programm des US-Ökonomen Jeffrey Sachs: Schuldenerlass für die Griechen, Reformen in Südeuropa, höhere Steuern für Amerika. In: Die Zeit. <http://www.zeit.de/2013/03/Wirtschaftskrise-Oekonom-Jeffrey-Sachs>. [Zugriff: 2.1.2014].

Flassbeck, Heiner (2011): Die unendliche Krise. <http://www.flassbeck.de/Deutsch/Publikationen/Aufsaeetze2011.html>. [Zugriff: 10.12.2013].

Frankfurter Allgemeine (FAZ) (2010): Drei Tote in Athen - Bank in Flammen. In: Frankfurter Allgemeine. <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/eurokrise/proteste-in-griechenland-drei-tote-in-athen-bank-in-flammen-1985641.html>. [Zugriff: 14.12.2013].

Fritzsche, Ulrich (2004): Stabilisierungs- und Strukturanpassungsprogramme des Internationalen Währungsfonds in den 90er Jahren: Hintergründe, Konzeptionen und Kritik. Berlin: Druckner & Humbolt.

Führmann, Brigitte (2003): Abkehr vom Washington Consensus? Die wirtschaftspolitische Strategie der Weltbank zur Armutsbekämpfung. Duisburg. <http://duepublico.uni-duisburg-essen.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-29273/report71.pdf>. [Zugriff: 10.12.2013].

Gerster, Richard (1982): Fallstricke der Verschuldung. Der Internationale Währungsfonds und die Entwicklungsländer. Z-Verlag: Zürich

Grossmann, Volker (2011): Wirkungen und Nebenwirkungen des EU/IWF-Rettungsschirms für verschuldete Euroländer. In: Wirtschaftsdienst. Vol. 91. Nr. 3, S. 179-185.

Hefeker, Carsten (2006): Korrektur des Defizits: Griechenland. In: Wirtschaftsdienst, Vol. 86. Nr. 10, S. 621.

Hoover Institution Stanford University (2012): Allan H. Meltzer.
<http://www.hoover.org/fellows/8543>. [Zugriff: 9.1.2014].

Illing, Falk (2013a): Deutschland in der Finanzkrise. Chronologie der deutschen Wirtschaftspolitik 2007–2012. Wiesbaden: Springer Fachmedien.

Illing, Falk (2013b): Die Euro-Krise Analyse der europäischen Strukturkrise. Wiesbaden: Springer.

IMFdirekt- International Monetary Fund's global economy forum (2013): Poul M. Thomsen.
<http://blog-imfdirect.imf.org/bloggers/poul-m-thomsen>. [Zugriff: 19.12.2013].

International Labour Organisation (ILO) (2011): Report on the High Level Mission to Greece. Athen.

International Monetary Fund (IMF homepage) (o.J.): History.
<http://www.imf.org/external/about/history.htm>. [Zugriff: 22.11.2013].

International Monetary Fund (IMF) (1999): The IMF's Enhanced Structural Adjustment Facility (ESAF): Is It Working?. <http://www.imf.org/external/pubs/ft/esaf/exr/index.htm>. [Zugriff: 22.11.2013].

International Monetary Fund (IMF) (2001): IMF Reviews Strengthening Country Ownership of Fund-Supported Programs. <https://www.imf.org/external/np/sec/pn/2001/PN01125.HTM>. [Zugriff: 23.11.2013].

International Monetary Fund (IMF) (2011): Agreement Between the United Nations and the International Monetary Fund.

<http://www.imf.org/external/pubs/ft/sd/index.asp?decision=DN15>. [Zugriff: 23.11.2013].

International Monetary Fund (IMF) (2013a): The IMF at a Glance.

<http://www.imf.org/external/np/exr/facts/glance.htm>. [Zugriff: 20.11.2013].

International Monetary Fund (IMF) (2013b): What we do.

<http://www.imf.org/external/about/whatwedo.htm#key>. [Zugriff: 20.11.2013].

International Monetary Fund (IMF) (2013c): Articles of Agreement of the International Monetary Fund. <http://www.imf.org/external/pubs/ft/aa/index.htm> [20.11.2013].

International Monetary Fund (IMF) (2013d): IMF Members' Quotas and Voting Power, and IMF Board of Governors <http://www.imf.org/external/np/sec/memdir/members.aspx#3>. [20.11.2013].

International Monetary Fund (IMF) (2013e): How the IMF Makes Decisions.

<http://www.imf.org/external/np/exr/facts/govern.htm>. [20.11.2013].

International Monetary Fund (IMF) (2013f): A Guide To Committees, Groups, And Clubs.

<http://www.imf.org/external/np/exr/facts/groups.htm#IC>. [Zugriff: 20.11.2013].

International Monetary Fund (IMF) (2013g): IWF-Quoten und Quotenüberprüfungen.

<http://www.imf.org/external/np/exr/facts/quotas.htm>. [Zugriff: 20.11.2013].

International Monetary Fund (IMF) (2013h): IMF Quotas.

<http://www.imf.org/external/np/exr/facts/quotas.htm>. [Zugriff: 20.11.2013].

International Monetary Fund (IMF) (2013i): Special Drawing Rights (SDRs).

<http://www.imf.org/external/np/exr/facts/sdr.htm>. [Zugriff: 21.11.2013].

International Monetary Fund (IMF) (2013j): IMF Lending.

<http://www.imf.org/external/np/exr/facts/howlend.htm>. [Zugriff: 21.11.2013].

International Monetary Fund (IMF) (2013k): Acceptances of the Proposed Amendment of the Articles of Agreement on Reform of the Executive Board and Consents to 2010 Quota Increase. <http://www.imf.org/external/np/sec/misc/consents.htm>. [Zugriff: 23.11.2013].

International Monetary Fund (IMF) (2013l): The IMF and Europe. International Monetary Fundo Factsheet. <http://www.imf.org/external/np/exr/facts/europe.htm>. [Zugriff: 23.11.2013].

International Monetary Fund (IMF) (2013m): The IMF and the Millennium Development Goals. <http://www.imf.org/external/np/exr/facts/mdg.htm>. [Zugriff: 23.11.2013].

International Monetary Fund (IMF) (2013n): Greece: Ex Post Evaluation of Exceptional Access under the 2010 Stand-By Arrangement. <http://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2013/cr13156.pdf>. [Zugriff: 2.1.2014].

IWF-Jahresbericht (2011): Ausgewogenes Wachstum verfolgen für Alle. www.imf.org/external/german/pubs/ft/ar/2011/ar11_deu.pdf. [Zugriff: 23.11.2013].

IWF-Jahresbericht (2012): Gemeinsam Die Globale Erholung Unterstützen. http://www.imf.org/external/german/pubs/ft/ar/2012/ar12_deu.pdf. [Zugriff: 23.11.2013].

Joffe, Joseph (2012): Der "gute Hegemon". Die wundersame Wandlung der einst gefürchteten Deutschen. <http://www.zeit.de/2012/02/P-Zeitgeist>. [Zugriff: 23.11.2013].

Kaiser, Stefan (2012): Griechenland-Krise: Jetzt hilft nur noch die Pleite. In: Spiegel Online. <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/griechenland-krise-jetzt-hilft-nur-noch-die-pleite-a-850178.html>. [Zugriff: 10.12.2013].

Kalinowski, Thomas (2005): Der Internationale Währungsfonds in Südkorea. Strukturanpassung und Reformen seit der Asienkrise. Hamburg: IFA.

Kellermann, Christian (2006): Die Organisation des Washington Consensus. Der Internationale Währungsfonds und seine Rolle in der internationalen Finanzarchitektur. Bielefeld: Transcript Verlag.

Korab-Karpowicz, Julian (2013): Political Realism in International Relations. In: The Stanford Encyclopedia of Philosophy.
<http://plato.stanford.edu/archives/sum2013/entries/realism-intl-relations>. [Zugriff: 25.11.2013].

Krajewski, Markus (2012): Wirtschaftsvölkerrecht. Heidelberg; München; Landsberg; u.a.: C.F. Müller.

Krugman, Paul (2012): Wie der Euro gerettet werden kann. In: Der Spiegel.
<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/nobelpreistraeger-paul-krugman-ueber-den-ausweg-aus-der-euro-krise-a-828724.html>. [Zugriff: 2.1.2014].

Krugman, Paul (2013): Greek Regrets. In: The New York Times.
<http://krugman.blogs.nytimes.com/2013/06/05/greek-regrets>. [Zugriff: 2.1.2014].

Küblböck, Karin/Kolm, Isabella (2010): Krisengewinner IWF?. In: Österreichische Forschungsstiftung für Internationale Entwicklung (Hrsg.) (2010): Krisen und Entwicklung. S. 35-62.
<http://www.oefse.at/Downloads/publikationen/oepol/OEPOL2010.pdf>. [Zugriff: 2.1.2014].

Lanara, Zoe (2012): Griechische Gewerkschaften und die Krise. Ein wichtiger Akteur unter Druck. Berlin: Friedrich Ebert Stiftung.

Malkoutzis, Nick (2011): Griechenland – ein Jahr in der Krise. Analyse der sozialen und politischen Auswirkungen eines beispiellosen Sparprogramms. Berlin: Friedrich Ebert Stiftung.

Martens, Michael (2011): Keine Parteien, nur empörte Bürger. In: Frankfurter Allgemeine.
<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/eurokrise/griechenland-keine-parteien-nur-empoerte-buerger-1651668.html>. [Zugriff: 14.12.2013].

Mikesell, Raymond (2001): The Meltzer Commission Report on International Institutions. In: Economic Development and Cultural Change. Vol. 49. Nr. 4, S. 883-894.

Meltzer, Allan H. (2000): The Report of the International Financial Institution Advisory Commission. Comments on the critics. Tepper School of Business.
<http://repository.cmu.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=1029&context=tepper>. [Zugriff: 14.12.2013].

Meltzer, Allan H. (2011): The IMF returns. In: The Review of International Organizations. Vol. 6. Nr. 3-4, S. 443-452.

Nevradakis, Michael (2012): A Conversation With Noam Chomsky. In: Huffingtonpost.
http://www.huffingtonpost.com/michael-nevradakis/a-conversation-with-noam-_b_1990361.html. [Zugriff: 14.12.2013].

Palma, José Gabriel (2008): Drei Muster internationaler Finanzkrisen. In: Küblböck, Karin/Staritz, Cornelia (Hrsg.) (2008): Asienkrise: Lektionen gelernt?. Hamburg: VSA Verlag.

Raffer, Kunibert (2012a): Griechenland, Eurokrise und die Notwendigkeit einer geordneten Staatsinsolvenz. <http://homepage.univie.ac.at/kunibert.raffer>. [Zugriff: 14.12.2013].

Raffer, Kunibert (2012b): Eurokrise und griechische Tragödie verlangen eine Staatsinsolvenz. In: Ecollex. Jänner 2012. S. 101- 104.

Reisenbichler, Alexander/Morgan, Kimberly (2013): How Germany Won the Euro Crisis And Why Its Gains Could Be Fleeting. In: Foreign Affairs.
<http://www.foreignaffairs.com/articles/139520/alexander-reisenbichler-and-kimberly-j-morgan/how-germany-won-the-euro-crisis>. [Zugriff: 14.12.2013].

Rickens, Christian (2012): Euro-Krise: Troikas taugen nichts! In: Spiegel Online.
<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/warum-die-troika-nicht-ueber-griechenland-schicksal-entscheiden-kann-a-858787.html>. [Zugriff: 14.12.2013].

Rittberger, Volker/Zangl, Bernhard/Kruck, Andreas (2013): Internationale Organisationen. Berlin: Springer.

Roth, Karl Heinz (2011): Griechenland und die Eurokrise. In: Sozialgeschichte Online. Nr. 6, S. 156-176.

Sachs, Jeffrey (2012): To save the eurozone, save the banks. In: Financial Times. <http://blogs.ft.com/the-a-list/2012/05/21/to-save-the-eurozone-save-the-banks/#axzz1vVG0RTJN>. [Zugriff: 14.12.2013].

Scharpf, Fritz (2011): Eurokrise: Die Währungsunion selbst ist das Problem. Max Planck Gesellschaft. <http://www.mpg.de/4397700/eurokrise?seite=1>. [Zugriff: 14.12.2013].

Schrader, Klaus/Laaser, Claus-Friedrich (2010): Den Anschluss nie gefunden: Die Ursachen der griechischen Tragödie. In: Wirtschaftsdienst. Vol. 90. Nr. 8, S. 540-547.

Sehring, Jenniver (2003): Post-Washington Consensus und PRSP – Wende in der Weltbankpolitik? Mainz: Johannes Gutenberg-Universität.

Spiegel, Peter/Chaffin, Joshua (2012): EU-IMF feud erupts over Greek debt. IN: Financial Times. <http://www.ft.com/cms/s/0/2f1e8b0e-2d21-11e2-beb2-00144feabdc0.html#axzz2o6RQ1451>. [Zugriff: 20.12.2013].

Statistica (2013): Griechenland: Arbeitslosenquote von 2003 bis 2013. <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/17312/umfrage/arbeitslosenquote-in-griechenland/>. [Zugriff: 20.12.2013].

Stiglitz, Joseph (1999): More Instruments and Broader Goals: Moving Toward the Post-Washington Consensus. German Foundation for International Development.

Stiglitz, Joseph (2002): Die Schatten der Globalisierung. Berlin: Siegler.

Stiglitz, Joseph (2004): The Post Washington Consensus Consensus. The Initiative for Policy Dialogue. Slight revision of a paper presented in Barcelona in September 2004, “From the Washington Consensus towards a new Global Governance”.

Stiglitz, Joseph/Serra, Narcis (2008): The Washington Consensus Reconsidered. Towards a new global Governance. New York: Oxford University Press.

Stiglitz, Joseph (2011): The IMF's Switch in Time. In: Economists' Voice. Vol. 8. S. 1-2.

Strubbe, Ralph (2012): Der EURO-Rettungsschirm EFSF / ESM: Eine Maßnahme zur Bewältigung der europäischen Schuldenkrise. München: Grin Verlag.

Tatje, Claas (2010): Problemfall Griechenland – Europa bangt um den Euro. In: Zeitonline. <http://www.zeit.de/politik/ausland/2010-02/griechenland-eu-gipfel>. [Zugriff: 10.12.2013].

Temme, Philipp (2006): Wie man sein Geld nicht los wird und dabei Pleite geht. Zur Struktur-, Finanzierungs- und Legitimationskrise des Internationalen Währungsfonds. Berlin: BLUE 21.

The Economist (2011): Papandreou's people; Greece and the euro. In: The Economist. Vol.401.S.61. <https://univpn.univie.ac.at/+CSCO+00756767633A2F2F66726E6570752E63656264687266672E70627A++/docview/902561593>. [Zugriff: 18.11.2013].

Schlemmer-Schulte, Sabine (2009): Internationales Währungs- und Finanzrecht. In: Tietje, Christian (Hrsg.) (2009): Internationales Wirtschaftsrecht. Berlin: De Gruyter.

United Nations Development Programme (2013): The Millennium Development Goals. Eight Goals for 2015. <http://www.undp.org/content/undp/en/home/mdgoverview>. [Zugriff: 14.12.2013].

Wehr, Andreas (2011): Griechenland, die Krise und der Euro. Köln: PapyRossa Verlag.

Weiss, Martin (2013): International Monetary Fund: Background and Issues for Congress. <http://www.fas.org/sgp/crs/misc/R42019.pdf>. [Zugriff: 14.12.2013].

Webber, Douglas (2013): How likely is it that the European Union will disintegrate? A critical analysis of competing theoretical perspectives. In: European Journal of International Relations. Jänner 2013.

Williamson, John (1990): What Washington Means by Policy Reform. In: Latin American Adjustment: How Much Has Happened? Washington: Institute for International Economics.

Wittrock, Philipp (2011): Krisentreffen in Cannes: Euro-Retter setzen Papandreou unter Druck. In: Spiegel Online. <http://www.spiegel.de/politik/ausland/krisentreffen-in-cannes-euro-retter-setzen-papandreou-unter-druck-a-795413.html>. [Zugriff: 14.11.2013].

Yataganas, Xénophon (2010): Die Wirtschaftskrise, Griechenland und Europa. In: Hans Jankowski/Karin Bohr-Jankowski (Hrsg.): Europa 2010- das Ende der Solidarität?. München: Herbert Utz Verlag.

Curriculum Vitae

Stefanie Lamp

E-Mail-Adresse: lampstefanie@gmail.com

Ausbildung

2008-2013	Studium der Internationalen Entwicklung an der Universität Wien Schwerpunkte: Internationale Politik, Europäische Union, Entwicklungszusammenarbeit, Öffentlichkeitsarbeit, Zeitgeschichte
2003-2007	Bundesgymnasium und Bundesrealgymnasium Boerhaavegasse abgeschlossen mit Reifeprüfung
1999-2003	Bundesgymnasium und Bundesrealgymnasium Klosterneuburg

Berufliche Erfahrungen

2012-2014	Übungsleitung an der Universität Wien (Thema: Transdisziplinäre Entwicklungsforschung)
2012-2013	Praktikum im Kelman Institute (Friedens- und Konfliktforschung). Tätigkeitsbereich: Recherche, Eventplanung und Eventmanaging, administrative Tätigkeiten
2012	Praktikum bei der IAEA im Austrian Institute of Technologies in Tulln und Seibersdorf. Tätigkeitsbereich: Recherchemitarbeit bei Projekten, Excel, administrative Tätigkeiten, etc.
2008-2014	Architekturzentrum Wien: Tätigkeitsbereich: Eventplanung und Eventmanaging, Presse, Administrative Tätigkeiten, Werbung, Shopbetreuung

Zusätzliche Ausbildungen

Computerführerschein ECDL (2003 bestanden)

Sprachen: Englisch (C1), Französisch (B1), Spanisch (A2), Latein (Grundkenntnisse),

Sprachaufenthalte in Lyon, Irland, St. Malo, Mallorca, Argentinien, Kuba

Projektmanagement Basic Zertifikat (2009 bestanden, Projekt Management Austria)

Lehrgang Journalismus und Öffentlichkeitsarbeit (2013/2014 Wiener Bildung)